

# BESCHLÜSSE

<b>Statutenändernde Anträge</b>	<b>1</b>
<b>Arbeit / Wirtschaft</b>	<b>1</b>
<b>Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung</b>	<b>7</b>
<b>Bezirke</b>	<b>17</b>
<b>Bildung</b>	<b>18</b>
<b>Gesundheit</b>	<b>29</b>
<b>Gleichstellung</b>	<b>31</b>
<b>Internationales / Europa</b>	<b>33</b>
<b>Inneres / Recht</b>	<b>45</b>
<b>Inneres / Verwaltung</b>	<b>49</b>
<b>Kultur</b>	<b>51</b>
<b>Mobilität</b>	<b>52</b>
<b>Organisation</b>	<b>63</b>
<b>Rechtsextremismus</b>	<b>65</b>
<b>Rentenpolitik</b>	<b>66</b>
<b>Seniorenpolitik</b>	<b>67</b>
<b>Verschiedenes</b>	<b>67</b>
<b>Wahlen</b>	<b>67</b>
<b>Konsensliste</b>	<b>68</b>
<b>Resolution</b>	<b>68</b>
<b>Initiativanträge</b>	<b>70</b>

## 01 **STATUTENÄNDERNDE ANTRÄGE**

02  
03

04 **Antrag 01/I/2013**  
05 **AG 60plus**

06

07 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

08 § 4 der Wahlordnung - Verfahren bei Kandidatenaufstellungen - soll dahingehend  
09 erweitert werden, dass bei den Bezirkswahlvorschlägen zu den Bezirksverordneten-  
10 versammlungen mindestens jeder vierte Platz mit einer/einem Kandidaten im Alter  
11 60plus besetzt wird.

12

13 **Antrag 02/I/2013**  
14 **AG Migration**

15 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

16 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

17

18 **Unvereinbarkeit der öffentlichen Verbreitung von rassistischen oder sozialdarwi-  
19 nistischen Thesen mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei  
20 Deutschlands**

21 In § 6 Abs. 2 des Organisationsstatuts der SPD ist als neuer Satz 2 folgender Satz  
22 einzufügen:

23

24 „Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD ist auch die öffentliche Verbreitung  
25 von Thesen in Schriften oder mittels Rundfunk-, Medien- oder Telediensten, in de-  
26 nen Menschen ihre Gleichwertigkeit aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Abstammung,  
27 ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer religiösen oder politischen Anschauungen abge-  
28 sprochen wird.“

29

30 Die bisherigen Sätze 2, 3 und 4 werden die Sätze 3, 4 und 5.

31

32

33 **Änderungsantrag zum 02/I/2013**

34 **Schwusos**

35

36 Nach den Wörtern „aufgrund ihres Geschlechts,“ wird „ihrer sexuellen Identität,“  
37 eingefügt.

38

39

40

## 41 **ARBEIT / WIRTSCHAFT**

42

43

44 **Antrag 03/I/2013**

45 **KDV Reinickendorf**

46 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

47

48 Die sozialdemokratischen Mitglieder in Senat, Abgeordnetenhaus und den Bezirks-  
49 verwaltungen werden aufgefordert, unter Wahrung der Tarifautonomie die unter  
50 dem Begriff der „Guten Arbeit“ verstandenen Prinzipien im Verantwortungs- und  
51 Einflussbereich der SPD konsequent umzusetzen: im öffentlichen Dienst, in den  
52 landeseigenen Unternehmen und Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, bei  
53 öffentlich geförderten Projekten, bei öffentlich vergebenen Aufträgen und staatlich  
54 geförderter Arbeit.

55

56 Im Sinne der „Guten Arbeit“ sind von der SPD in Regierungsverantwortung folgende  
57 Kriterien zu überprüfen und einzufordern:

- 58 ■ die Einhaltung/Umsetzung des im Vergabegesetz definierten Mindestlohnes als  
59 Grundlohn 22 (ohne Zulagen und Aufschläge),
- 60 ■ der Verzicht auf sachgrundlose Befristungen,
- 61 ■ die Einschränkung von Befristungen mit Sachgrund,
- 62 ■ Reduzierung von Leiharbeit auf ein Mindestmaß unter der Bedingung, dass

Überweisung an Statutenkom-  
mission

Überweisung an Statutenkom-  
mission mit Stellungnahme zum  
LPT II 2013

Annahme

Annahme in der Fassung der AK

- 01 andere organisatorische und personelle Maßnahmen nicht möglich sind und  
02 Leiharbeiter gleich bezahlt werden wie im öffentlichen Dienst,  
03 ■ die Förderung von Vollzeitstellen, ohne aber die individuelle Möglichkeit auf  
04 Teilzeitarbeit zu erschweren,  
05 ■ Eindämmung des Missbrauchs von Minijobs,  
06 ■ der Verzicht auf Werkverträge, durch die reguläre Beschäftigungsverhältnisse  
07 umgangen werden,  
08 ■ die Respektierung von Tarifbindung und Tariftreue (keine Tarifflicht, keine  
09 tariffreien 34 Räume, Anwendung von Flächentarifverträgen),  
10 ■ die Respektierung und Anerkennung von Betriebsräten/Personalräten und  
11 gewerkschaftlicher Tätigkeit.

## 13 Antrag 07/I/2013

### 14 KDV Marzahn-Hellersdorf

15 Der Landesparteitag möge beschließen:

16 Der Bundesparteitag möge beschließen:

17  
18 Das Betriebsverfassungsgesetz ist dahingehend zu ändern, dass auch Beschäftigte,  
19 die befristet beschäftigt nach Teilzeitbefristungsgesetz sind, einen rechtlichen An-  
20 spruch auf unbefristete Beschäftigung nach eigenem Verlangen haben, wenn diese  
21 Mitarbeiter sich zu Betriebsratswahlen aufstellen lassen und gewählte Betriebsräte  
22 werden bzw. sind. Dies soll analog zum §78a Betriebsverfassungsgesetz für die unbe-  
23 fristete Beschäftigung von Jugend- und Auszubildendenvertretern geregelt werden.

## 25 Antrag 09/I/2013

### 26 AGS Berlin

27 Der Landesparteitag möge beschließen:

### 29 Die Berliner SPD setzt sich für ein BID-Gesetz zur Stärkung von Berliner Geschäfts- 30 straßen ein

31 BID (Business Improvement District) sind Einzelhandels- und Dienstleistungszentren,  
32 die auf Initiative Betroffener in einem bestimmten, abgegrenzten Bereich gegründet  
33 werden. Der Bereich des BID kann eine oder mehrere Straßen oder Straßenzüge  
34 umfassen. Gegenstand des BID ist die Erarbeitung eines Konzepts zur Verbesserung  
35 der gewerblichen Struktur des BID und die Bereitstellung von Geld zur Umsetzung  
36 des Konzepts. Finanziert wird das BID von allen anliegenden Grundstückseigentü-  
37 mern durch eine Abgabe. Regelungen zum BID finden sich bereits in zahlreichen  
38 Bundesländern, u.a. in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Am Hamburger  
39 Gesetz zur Stärkung der Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gewerbezentren  
40 (GSED) sollte sich ein Berliner Gesetz weitgehend orientieren, aber eigene Akzente  
41 setzen

42  
43 Der Berliner SPD setzt sich deshalb für ein Gesetz zur Stärkung von Geschäftsstraßen  
44 in Berlin nach folgenden Maßgaben ein:

45  
46 **1. Gegenstand:** Das Gesetz soll auf Antrag in einem festzulegenden Bereich die  
47 Durchführung von Maßnahmen erlauben, die für die Erhöhung der Attraktivität  
48 eines Einzelhandels- und Dienstleistungszentrums für Kunden, Besucher und Be-  
49 wohner für erforderlich gehalten werden. Das können insbesondere werbliche  
50 und/oder bauliche Maßnahmen sein wie gemeinsame Werbeauftritte, Veranstaltun-  
51 gen, Verbesserung des Branchenmixes, Aufwertungsmaßnahmen (wie die Aufstel-  
52 lung von Pflanzenbehältern, Arkaden, Fahrradständern, Weihnachtsbeleuchtung,  
53 etc.). Ausgenommen sein sollen rein hoheitliche Aufgaben sowie Aufgaben der öf-  
54 fentlichen Daseinsvorsorge.

55  
56 **2. Antrag:** Antragsberechtigt sollen Aufgabenträger sein, die aus ansässigen Gewer-  
57 betreibenden und/oder Grundstückseigentümern zusammengesetzt oder von sol-  
58 chen beauftragt sind. Die Antragsteller sollen ihren BID abgrenzen und dafür ein  
59 Maßnahmen- und Finanzierungskonzept erstellen. Zugleich sollen die Antragsteller  
60 nachweisen, dass sie mindestens 15 Prozent der Grundstückseigentümer mit min-  
61 destens 15 Prozent der Grundstücksfläche im BID vertreten. Die Antragsteller müs-  
62 sen geeignet und zuverlässig sein.

Überweisung an FA VII - Wirt-  
schaft und Arbeit

Überweisung an AH-Fraktion

01  
02  
03  
04  
05  
06  
07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62

**3. Zuständigkeit:** Der Antrag auf Schaffung eines BID soll grundsätzlich von den Bezirken bearbeitet werden; für BIDs, die überbezirklich angelegt sind oder für die eine überregionale Bedeutung angenommen wird, soll der Senat zuständig sein. Die Bezirke sollen die Antragsteller bei der Erstellung ihres Maßnahmen- und Finanzierungskonzepts unterstützen. Der zu schaffende BID soll keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen.

**4. Finanzierung:** Die BIDs sollen über eine Abgabe finanziert werden. Abgabepflichtig sollen Grundstückseigentümer, Teil- und Miteigentümer sowie Erbbauberechtigte sein. Ausgenommen von der Abgabepflicht sollen Eigentümer von öffentlichen Verkehrs-, Gewässer- und Grünflächen sein sowie Eigentümer von Grundstücken, die wirtschaftlich nicht nutzbar sind oder nur zu Gemeinbedarfszwecken nutzbar sind.

**5. Verfahren:** Die potentiell Abgabepflichtigen sollen angeschrieben werden. Das beantragte Vorhaben soll der Öffentlichkeit im Auslegungsverfahren mit Erörterungstermin bekannt gemacht werden. Vertreter von Einzelhandel und Dienstleistungen sollen angehört werden. Wenn mehr als ein Drittel der potentiell Abgabepflichtigen eines BID dessen Errichtung widersprechen, soll der Antrag abgelehnt werden. Mit den Aufgabenträgern soll die Verwaltung öffentlich-rechtliche Verträge schließen.

**6. Abgaben:** Die Abgaben sollen 10 Prozent des Einheitswerts der Grundstücke nicht übersteigen.

**7. Mieten:** Die Maßnahmen im Rahmen des BID dürfen nicht als Modernisierungsmaßnahmen (§ 559 BGB) gelten. Eine Umlage der Abgaben auf die Mieten (Wohn- und Gewerberaumieten) soll ausgeschlossen werden.

**8. Dauer:** Die Dauer der Maßnahmen soll fünf Jahre nicht überschreiten, aber verlängert werden können.

## **Antrag 10/I/2013**

**AfA Berlin**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

### **Tarifvertrag für Bodenverkehre für Allgemeinverbindlich erklären**

Die SPD-Mitglieder im Berliner Senat und in der Landesregierung Brandenburg werden aufgefordert, sich aktiv dafür einzusetzen, dass der von ver.di und dem Allgemeinen Verband der Wirtschaft Berlin und Brandenburg (AVVB) abgeschlossene Tarifvertrag für die Bodenabfertigung bei den Flughäfen für allgemeinverbindlich erklärt wird

## **Antrag 12/I/2013**

**AfA Berlin**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

### **Tarifautonomie gegen Pläne der EU verteidigen**

Der SPD Landesparteitag/Bundesparteitag fordert den SPD Parteivorstand, die Mitglieder im Deutschen Bundestag und im Europaparlament auf, die Tarifautonomie gegen die Pläne der EU zu verteidigen und alle Leitlinien und Vorgaben unter dem Etikett der „Lohnangleichung“ und „Koordination“ unter dem Vorwand „Unausweichlichkeit des Schuldenabbaus“ und des Diktats der „leeren Kassen“, sei es auf nationaler oder europäischer Ebene, abzulehnen. Das gilt auch für mögliche Vorgaben der EU-Kommission und von dieser geplanten „tripartiten Lohnbeobachtungsgruppe“ aus EU-Kommission, Arbeitgebern und Gewerkschaften.

## **Antrag 13/I/2013**

**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Annahme

Annahme

Annahme

01 **Keine prekären Arbeitsverhältnisse bei der CFM dulden**

02 Die SPD-Mitglieder im Berliner Senat und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus  
03 werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die öffentliche Anteilmehrheit in  
04 der CFM umgehend genutzt wird, um prekäre Arbeitsverhältnisse zu vermeiden und  
05 die gesetzlichen Rechte des Betriebsrates zu garantieren.

06

07 **Antrag 15/I/2013**

08 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

09 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

10

11 **Betriebegesetz – Wasserpreise**

- 12 1. Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und die sozialdemokrati-  
13 schen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich für einen konkreten  
14 Zeitplan zur Änderung des Betriebegesetzes und zum Rückerwerb der Anteile  
15 von Veolia einzusetzen.
- 16 2. Die notwendige Kurskorrektur bei der Preisbildung muss von der Feststellung  
17 ausgehen, dass »die kalkulatorischen Kosten sowohl absolut als auch relativ  
18 überdurchschnittlich hoch sind«. Kalkulatorische Kosten, das sind zum einen  
19 der hohe garantierte Zinssatz und zum anderen hohe kalkulatorische Abschrei-  
20 bungen u.a. durch sehr kurze Abschreibungszeiträume und eine »sehr hohe  
21 Bewertung des Anlagevermögens« (BKartA).

22

23 **Antrag 16/I/2013**

24 **SGK Berlin (über GLV)**

25 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

26 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

27

28 **Keine Ausschreibungsverpflichtungen für die Wasserwirtschaft**

29 **EU-Richtlinie für die Konzessionsvergabe stoppen!**

30 Im Zusammenhang mit der Reform des EU-Vergaberechts hat die EU-Kommission im  
31 Dezember 2011 einen Entwurf für eine eigenständige Richtlinie über die Vergabe  
32 von Konzessionen vorgelegt. Die SPD spricht sich nachdrücklich gegen eine EU-  
33 Richtlinie über die Vergabe von Konzessionen aus – ebenso wie die kommunalen  
34 Spitzenverbände, der Bundesrat und fast alle im Bundestag vertretenen Parteien.  
35 Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in seinen Entscheidungen zur Vergabe von  
36 Dienstleistungskonzessionen mehrfach die Grundsätze des EU-Primärrechts, insbe-  
37 sondere der Transparenz, Nichtdiskriminierung und Verhältnismäßigkeit, betont.  
38 Hieraus ergeben sich für die Kommunen ausreichende Leitlinien, die es ermöglichen,  
39 Dienstleistungskonzessionen rechtssicher und europarechtskonform zu vergeben.  
40 Ein weitergehender Regelungsbedarf besteht insofern nicht, da das europäische  
41 Primärrecht ganz offenkundig schon einen hinreichenden Rechtsrahmen bietet.

42

43

44 **Antrag 17/I/2013**

45 **KDV Spandau**

46 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

47 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

48

49 **Privatisierung**

50 Die SPD lehnt jede Form der Privatisierung staatlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge  
51 ab. Das gilt insbesondere für die Privatisierung in der Form der angeblichen Zusam-  
52 menarbeit von Privaten und dem Staat (PPP).

53

54 Die SPD setzt sich daher insbesondere dafür ein,

- 55 ■ dass die Zahlungsverpflichtungen aus PPP-Verträgen bundesweit in die Ver-  
56 schuldung eingerechnet werden, die Deutschland an Maastricht meldet,
- 57 ■ die ÖPP Deutschland AG aufgelöst wird,
- 58 ■ eine Verpflichtung zur Veröffentlichung aller PPP-Verträge gesetzlich einzufüh-  
59 ren,
- 60 ■ Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nur von staatlichen Behörden anstellen zu  
61 lassen und dafür die personellen Grundlagen zu schaffen,
- 62 ■ die Kommunen finanziell so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben in der Daseins-

**Annahme in der Fassung der AK**

**Annahme in der Fassung der AK**

**Annahme in der Fassung der AK**

01 vorsorge ohne private Finanzierung durchführen können.

02

03 Privatisierungen – in welcher Form auch immer – durch die ein Monopol geschaffen  
04 wird, wie dies beispielsweise bei der Wasserversorgung der Fall ist, müssen rekommunalisiert werden.

05

06

07 **Antrag 19/I/2013**

08 **KDV Spandau**

09 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

10

11 **Rieselfelder Gatow dauerhaft in öffentlichem Eigentum sichern für Naherholung  
12 und Landwirtschaft**  
13 Die SPD lehnt den von den Berliner Wasserbetrieben vorgesehenen Verkauf der  
14 Rieselfelder Gatow an einen privaten Eigentümer ab.

15

16 Ein Verkauf der geschützten Rieselfelder wäre ein großer Fehler. Es geht um fast 3  
17 Millionen Quadratmeter, das ist mehr als die Fläche des Großen Tiergartens oder  
18 fünfmal die Fläche des Berliner Messegeländes. Diese weitläufigen Grünflächen  
19 dienen der Naherholung vieler Menschen und werden landwirtschaftlich genutzt. Sie  
20 sollen ohne Ausschreibung für einen Spottpreis von 80 Cent pro Quadratmeter ver-  
21 schertelt werden. Die Wasserbetriebe wollen sich damit nach jahrzehntelanger  
22 Nutzung der Rieselfelder einfach aus der Verantwortung stehlen. Dabei gibt es bis  
23 heute keine Klarheit über die massiven Schadstoffbelastungen des Bodens. Das seit  
24 langem angekündigte Nachnutzungskonzept verzögert sich weiter und wird nach  
25 Auskunft der Wasserbetriebe frühestens im Januar 2013 vorliegen.

26

27 Die SPD begrüßt die Aktivitäten des „Runden Tisches Rieselfelder Gatow“, an dem  
28 engagierte Bürgerinnen und Bürgern, betroffene Landwirte sowie Verbände und  
29 Vereinigungen nachhaltige Ideen für die zukünftige Nutzung der Flächen entwickeln.  
30 Die gemeinsam mit der SPD organisierte Bürgerversammlung war mit mehr als 250  
31 BesucherInnen ein voller Erfolg. Die interessierte Öffentlichkeit ist bei allen weiteren  
32 Schritten umfassend zu informieren und einzubeziehen. Eine verbindliche Nachnut-  
33 zungskonzeption und eine Bewirtschaftungskonzeption für die Rieselfelder ein-  
34 schließlich des Betriebshofes soll mit den Betroffenen erarbeitet und diskutiert wer-  
35 den. Ausgleichs- und Ersatzverpflichtungen der BWB an anderer Stelle zur Umset-  
36 zung eventuell notwendiger Rückbaumaßnahmen (Absetzbecken, Kanäle) sind ein-  
37 zubeziehen.

38

39 Für uns steht fest: Flächen, die der Allgemeinheit dienen, sind Teil der Daseinsvor-  
40 sorge und dauerhaft im öffentlichen Eigentum zu halten. Die Rieselfelder Gatow  
41 sollen in ihrem jetzigen Umfang uneingeschränkt für die Öffentlichkeit zugänglich  
42 bleiben. Das sichert sie für die Naherholung und den ökologischen Wert des Land-  
43 schaftsschutzgebietes. Die großen Freiflächen sind auch ein wichtiger Beitrag für das  
44 Stadtklima. Die Landwirte sollen zukünftig länger laufende Pachtverträge erhalten,  
45 um eine wirtschaftliche Nutzung der geeigneten Bereiche zu ermöglichen.

46

47 **Antrag 20/I/2013**

48 **KDV Lichtenberg**

49 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

50

51 **Mehr kommunale Geschäftsführungen der Berliner Jobcenter**

52 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich für einen  
53 erhöhten Anteil kommunaler Mitarbeiter/innen in der Funktion der Geschäftsfüh-  
54 rungen der Berliner Jobcenter mit dem Ziel einer paritätischen Besetzung dieser  
55 verantwortlichen Stellen durch kommunale Mitarbeiter/innen gegenüber Mitarbei-  
56 ter/innen der Agentur für Arbeit einzusetzen.

57

58 **Antrag 21/I/2013**

59 **KDV Lichtenberg**

60 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

61

62 **Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen**

Annahme

Überweisung an FA VII - Wirt-  
schaft und Arbeit

Annahme in der Fassung der AK

01 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats wer-  
02 den aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass von den Regelungen des § 573 Abs. 2  
03 Nr. 3 BGB so umfassend wie möglich Gebrauch gemacht wird.

04  
05

## 06 **Antrag 23/I/2013**

07 **KDV Pankow**

08 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

09 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

10

## 11 **Reform der Hartz-Gesetze**

12 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die arbeitslos werden, müssen von Anfang an  
13 als Kundinnen und Kunden behandelt werden.

14 Dabei muss der Focus darauf liegen, sinnvolle Fördermaßnahmen, wie Umschulun-  
15 gen, oder Weiterbildungen anzubieten.

16

17 Heute erleben wir gerade bei Empfängerinnen und Empfängern von Leistungen nach  
18 SGB II, dass der Focus nicht auf der Förderung liegt, sondern hauptsächlich versucht  
19 wird zu fordern und zu kürzen. Hier brauchen wir einen Paradigmenwechsel.

20

21 Verbesserung des Zuganges zu Fortbildungsmaßnahmen im ersten Arbeitsmarkt für  
22 ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Fortbildungen auch für über 50-  
23 jährige, betriebliche Ausbildung auch für über 30-jährige – angelehnt an die Forde-  
24 rungen aus dem Papier „BerlinArbeit“ von Dilek Kolat)

25

## 26 **Antrag 24/I/2013**

27 **KDV Pankow**

28 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

29 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

30

## 31 **Umgang mit „neuen Arbeitsverhältnissen“**

32 Gerade in Berlin ist folgende Entwicklung zu beobachten: Immer mehr Menschen  
33 haben eine Arbeitsbiographie, die geprägt ist von Selbständigkeit (oftmals kombi-  
34 niert mit Minijobs), Kleinunternehmertum, Solo-Selbständigkeit und verschiedens-  
35 ten Variationen davon.

36 Neben einer „digitalen Boheme“, die bewusst diese Berufswelt wählt, für die sozial-  
37 versicherungspflichtige Beschäftigung keine Alternative darstellt, und für die kreative  
38 Lösungen bezüglich ihrer sozialen Sicherung gefunden werden müssen, sind hier  
39 auch viele Menschen, die von Ihrer Selbständigkeit nur mehr schlecht als recht exis-  
40 tieren können und denen die sozialen Sicherungssysteme mehr im Wege stehen als  
41 nützen. Die SPD hat bis heute auf diese Thematik keine Antwort gefunden.

42

43 Dazu ein Beispiel:

44 *„Eine Dozentin in Integrationskursen mit einem Stundenhonorar von 18,- Euro*  
45 *kommt im Durchschnitt auf etwa 1125,- Euro im Monat, wenn sie 24 Unterrichts-*  
46 *stunden wöchentlich arbeitet. Das ist bereits ein Vollzeitjob, da Vor- und Nachberei-*  
47 *tungszeiten dazu kommen, aber nicht extra bezahlt werden. Berücksichtigt werden in*  
48 *der Rechnung 20 % Betriebsausgaben (Werbungskosten) und drei Monate beschäfti-*  
49 *gungslose Zeiten im Jahr (Ferien, Feiertage, Krankheitszeiten, Fortbildungen).*  
50 *Wenn sie nicht die Hartz-IV-Kriterien erfüllt, zahlt diese Lehrerin an die Krankenkasse*  
51 *den Mindestbeitrag von 336,65 Euro und an die Rentenversicherung weitere 220,50*  
52 *Euro, zusammen also 557,15 Euro. Das sind 49,5 % des Einkommens – ohne Steuern!*  
53 *Ihr bleiben 567,85 Euro als Nettoeinkommen.“*

54

55 Unser Auftrag an den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der SPD ist es,  
56 den Blick auf diesen Themenkomplex zu werfen, die politischen Bedürfnisse der  
57 oben beschriebenen Gruppen zu analysieren und Schritt für Schritt Lösungen zu  
58 generieren, die in einem Gesamtkonzept münden.

59

## 60 **Antrag 25/I/2013**

61 **ASG Berlin**

62 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Überweisung an FA VII - Wirt-  
schaft und Arbeit

Überweisung an FA VII - Wirt-  
schaft und Arbeit

Rücküberweisung an Antragstel-  
ler zur Konkretisierung

01  
02  
03  
04  
05  
06  
07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62

## **Mehrmittel für Krankenhäuser müssen den Beschäftigten zu Gute kommen!**

Die ASG Berlin / die Berliner SPD begrüßt die Initiative der Bundesländer und der Bundesregierung, den Krankenhäusern über die Krankenkassen noch im Jahr 2013 erhebliche Mehrmittel zukommen zu lassen. Seit Jahren kämpfen viele Kliniken mit einer Unterfinanzierung, die vor allem auf Kosten des Personals geht.

Die ASG Berlin / die Berliner SPD fordert die SPD- Abgeordnetenhausfraktion sowie die SPD-Senatsmitglieder dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass die zur Verfügung stehenden Mehrmittel für Berlin den Beschäftigten in den Berliner Krankenhäusern zu Gute kommen. Vor allem müssen die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals in den Kliniken verbessert werden.

### **Antrag 145/I/2013**

**AGS Berlin**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

### **Zulagengeförderte Altersvorsorge für Selbstständige**

Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Selbstständige in den Kreis der unmittelbar Zulagenberechtigten für die „Riester“-Förderung aufgenommen werden. Die geltende mittelbare Zulagenberechtigung über den Ehegatten entfällt. Berechnungsgrundlage für das Einkommen ist der Unternehmensgewinn. Der förderfähige Jahreshöchstbetrag wird allgemein auf die monatliche Bezugsgröße in der Sozialversicherung angehoben. Neuverträge mit „Rürup“-Förderung sind nicht mehr möglich.

## ***BAUEN / WOHNEN / STADTENTWICKLUNG***

### **Antrag 26/I/2013**

**KDV Reinickendorf**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

### **Es bleibt bei der Schließung des Flughafens Tegel**

Die Berliner SPD bekräftigt ihren Beschluss, dass nach der Eröffnung des neuen Flughafens BER der innerstädtische Flughafen Tegel vollständig zu schließen ist. Ein Weiterbetrieb auch von Teilen des Flughafens oder für Regierungsfüge ist ausgeschlossen. Wir wollen einen Single-Airport am Standort Schönefeld, um die Sicherheitsrisiken in der Stadt zu vermindern und rund 400.000 Berlinerinnen und Berliner vom Fluglärm zu befreien.

Wir setzen uns bereits heute dafür ein, dass bis zur Inbetriebnahme von BER mehr Flugverkehr als bisher vom Flughafen Tegel zum Flughafen Schönefeld-Alt verlagert wird. Dafür wollen wir auch wirksame Anreize durch veränderte Start- und Landgebühren schaffen und entsprechende Gespräche zur Verlagerung mit den Fluggesellschaften zu führen.

Wir lehnen Investitionen zur Ertüchtigung und zum Ausbau vom Flughafen Tegel ab, da unser Ziel die längst überfällige Verlagerung von Flügen nach Schönefeld ist. Um Flüge vom völlig überlasteten Flughafen Tegel nach Schönefeld zu verlagern, müssen Anreize geschaffen werden. Insoweit halten wir es für konsequent, den Flughafen in Schönefeld zu ertüchtigen und attraktiver zu gestalten. Wir fordern die Einhaltung des Planfeststellungsbeschlusses und ein klares Bekenntnis vom neuen Flughafenchef Mehdorn, dass Tegel geschlossen wird. Die SPD-Mitglieder des Senats, des Berliner Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen werden aufgefordert, diese Ziele zügig zu unterstützen.

### **Antrag 32/I/2013**

**KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Überweisung an FA IX - Gesundheit und Soziales

Annahme in der Fassung der AK

Annahme



01  
02  
03  
04  
05  
06  
07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62

## **Tempelhofer Freiheit**

Die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordnetenhaus und Senat von Berlin werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass in Veröffentlichungen, Ausschreibungen, Presseerklärung des Senats und dessen Eigenbetrieben oder nachgeordneten Einrichtungen der Begriff „Tempelhofer Freiheit“ nicht mehr verwendet wird.

## **Antrag 33/I/2013**

### **FA X Natur, Energie, Umweltschutz**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### **Sicherung und Erhalt des Naturschutzes und der Grünflächen in Berlin**

Die SPD-Mitglieder des Abgeordnetenhauses, des Senats und der BVVen werden aufgefordert, sich für folgendes einzusetzen:

Die Grünflächengestaltung und Pflege ist auch künftig in der Regie der Bezirke zu leisten.

Die Berechnung der Personal- und Sachmittelzuweisungen für die Grünflächenpflege soll sich künftig auf fachplanerischer Grundlage und Zielsetzung und den dadurch entstehenden Kosten ausrichten. Dabei sind fachplanerische Mindestveranschlagungen im Rahmen der Globalzuweisungen der Bezirke festzulegen.

Die Situation der Naturschutzverwaltungen in den Bezirken ist zu überprüfen. Dabei ist die ausreichende personelle Ausstattung und die Organisation in eigenen Fachbereichen schrittweise wieder herzustellen.

Die Ämterstruktur mit der Aufteilung in ein Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt einerseits und in ein Umwelt- und Naturschutzamt andererseits ist im Hinblick auf mögliche problematische Entwicklungen zu evaluieren.

## **Antrag 34/I/2013**

### **ASJ**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### **Investoreninteresse versus Gemeinwohl und Demokratieprinzip**

Der Senat von Berlin, der zuständige Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, hilfsweise die Fraktion der SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin werden aufgerufen, eine rechtsstaatlichen Anforderungen entsprechende Umsetzung des BauGB zu gewährleisten.

I. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass in Berlin bei der nach dem BauGB der Gemeinde obliegenden städtebaulichen Planung die Vorschriften, die eine Erarbeitung von Planungsentwürfen durch die Investoren fördern, einheitlich und restriktiv am Gemeinwohl orientiert angewendet werden. Dies gilt für den Vorhaben- und Erschließungsplan des Investors heute geregelt in § 12 Baugesetzbuch (BauGB), für den städtebaulichen Vertrag mit dem Investor heute § 11 BauGB sowie für § 13a BauGB.

Die Anwendung dieser Vorschriften zentral etwa durch Änderung des Berliner Ausführungsgesetzes zum BauGB zu regeln, ist geboten und möglich, da das Land Berlin Kommune i.S.v. Art. 28 Abs. 2 GG und des BauGB ist, nicht der jeweilige Bezirk. Zentral zu regeln ist vor allem die Anwendung von § 13a BauGB. Diese Vorschrift gilt in Berlin nahezu flächendeckend, denn Berlin ist mit Ausnahme der Forsten und der ehemaligen Reichsbahnflächen, beinahe überall Innenbereich. Daher kommt der Zweck des § 13a BauGB, eine Bebauung des Außenbereichs zu vermeiden, hier nicht zum Tragen.

Zentral sollte geregelt werden:

- der Umfang, in dem die Erleichterungen der §§ 13a, 33 BauGB genutzt werden dürfen,
- die Geltung von § 13a BauGB in den Außenbezirken,
- die Fälle, in denen ausnahmsweise die Privilegierung nach § 13a BauGB gerechtfertigt ist,

**Überweisung an Landesvorstand  
/ AG Bezirksfinanzen**

**Annahme**

01 ■ die Unzulässigkeit des mit § 13a BauGB ermöglichten Abweichens vom Fläche-  
02 nnutzungsplan, da dies in Berlin mit der Gewaltenteilung kollidiert  
03

04 II. Die für die Genehmigung von Bauvorhaben zuständigen Bezirksämter sind  
05 personell und finanziell so auszustatten, dass sie ihre in §§ 1 bis 3 BauGB festgeleg-  
06 ten Pflichten sorgsam und kritisch am Gemeinwohl, nicht an Investoreninteressen  
07 orientiert ausüben können. Sie müssen für ihre besonders verantwortungsvollen  
08 Entscheidungen auch durch entsprechende Schulungs- und Fortbildungsveranstal-  
09 tungen sensibilisiert werden. Die planerische Entwicklung unserer Stadt darf nicht  
10 zur Ersparung von Verwaltungspersonal und Kosten unter Einschränkung der Beteili-  
11 gungsrechte der Bürger und des Rechtsschutzes weitgehend in die Hände von Inves-  
12 toren gelegt werden.  
13

14 III. Das Land Berlin soll im Bereich der städtebaulichen Planung unter Aus-  
15 schöpfung der rechtlichen Möglichkeiten vor allem über den Bundesrat der Tendenz  
16 entgegenwirken, die städtebauliche Planung einseitig nach den Vorstellungen von  
17 Investoren, statt durch die Bedürfnisse der Bevölkerung, auch der künftigen, also  
18 durch das Wohl der Allgemeinheit, zu bestimmen. Keinesfalls dürfen im Baupla-  
19 nungsrecht Gesetzesentwürfe des Bundes mit Bestrebungen um weitere Verfah-  
20 renserleichterung bzw. Beschleunigung unterstützt werden. Vielmehr sollte eine  
21 Revision der in der letzten Legislaturperiode erlassenen Vereinfachungsvorschriften  
22 offen gehalten und angestrebt werden.  
23

## 24 **Antrag 35/I/2013**

### 25 **KDV Mitte**

#### 26 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### 27 **Strategische Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik**

28 Der Senat wird ersucht, bei der Ausgestaltung der neu beschlossenen Liegenschafts-  
29 politik folgende Ziele umzusetzen:  
30

##### 31 **1. Strategisches Flächen-Management statt nur Verkauf.**

32 Die Berliner Liegenschaftspolitik muss weg vom Vorrang des Verkaufs, hin zu einem  
33 strategischen Umgang mit Flächen verändert werden. Dazu gehören auch der (Zwi-  
34 schen-) Erwerb von Flächen und die verstärkte Nutzung von Vorkaufsrechten. Die  
35 Erlöse aus Verkäufen sollen in einen revolvingierenden Grundstücksfonds eingebracht  
36 und für strategisch sinnvolle Flächenankäufe zur Verfügung gestellt werden (Ham-  
37 burger Modell).  
38

##### 39 **2. Vorrang für Erbbau- und Pachtverträge.**

40 Die Realisierung fachpolitischer Ziele kann durch Erbbaurechte und Pachtverträge  
41 langfristiger, differenzierter und sicherer vereinbart werden als durch Kaufverträge.  
42 Neben dem so langfristig gesicherten Nutzen für Berlin, können auch kontinuierlich  
43 und langfristig Einnahmen für den Haushalt generiert werden.  
44

##### 45 **3. Konzeptverfahren als Regelverfahren bei Verkäufen.**

46 Sofern Grundstücke langfristig nicht benötigt werden, können sie im Einzelfall ver-  
47 kauft werden. Um politische Ziele der Stadtentwicklung, der Kultur, der Wirtschaft  
48 und des Sports ausreichend berücksichtigen zu können, ist das sog. Konzeptverfah-  
49 ren anzuwenden. Dabei erfolgt zunächst die Auswahl des Käufers bzw. der Investo-  
50 ren nach dem am besten geeigneten Konzept, erst im zweiten Schritt nach dem  
51 erzielbaren Verkaufspreis. Bedingungsfreie Bieterverfahren dürfen nur die Ausnah-  
52 me sein, weil die optimale Nutzung über das Planungsrecht allein nicht ausreichend  
53 gesteuert werden kann und keine Abwägung von Preis und Konzept möglich ist.  
54

##### 55 **4. Aktive Unterstützung der Wohnungspolitik.**

56 Eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre ist der sozialverträgliche  
57 Wohnungsneubau. Beim strategischen Umgang mit Flächen muss dieser Vorrang  
58 haben, ohne wirtschafts-, kultur-, sozial- und andere fachpolitische Ziele außer Acht  
59 zu lassen.  
60  
61  
62

Überweisung an FA VIII - Soziale  
Stadt

01 **5. Erhalt von Werten durch Sachwerteinlagen.**

02 Zuweisungen von Liegenschaften an städtische Wohnungsbau- und andere landesei-  
03 gene Gesellschaften müssen als Sachwerteinlage möglich sein.

04 Auch die Direktvergabe an Wirtschaftsunternehmen (unter Berücksichtigung der  
05 tatsächlichen und dauerhaft gesicherten Nutzung), an Genossenschaften, Woh-  
06 nungsbauengesellschaften und Andere kann in gut begründeten Fällen durchgeführt  
07 werden.

08

09 **6. Umgang mit öffentlichen Flächen als öffentliche Angelegenheit.**

10 Die neue Berliner Liegenschaftspolitik und der Umgang mit strategisch wichtigen  
11 Flächen sind intensiv mit der Stadtgesellschaft, dem Abgeordnetenhaus und den  
12 Bezirksverordnetenversammlungen zu diskutieren. Dabei sind auch Flächen des  
13 Bundes auf dem Berliner Stadtgebiet einzubeziehen.

14

15 **Antrag 36/I/2013**

16 **KDV Lichtenberg**

17 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

18

19 **Abschluss eines Trägerwohnungs-Rahmenvertrages zwischen den Berliner kom-  
20 munalen Wohnungsbaugesellschaften und den Trägern der Sozialen Arbeit**

21 Die Mitglieder der SPD-Fraktionen des Kreises und des Landes sowie die sozialdemo-  
22 kratischen Mitglieder des Senats setzen sich ein für den Abschluss eines Vertrages  
23 zwischen den Berliner kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und Trägern der  
24 Sozialen Arbeit in Berlin bzw. den Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege über die  
25 bedarfsgerechte Vergabe von Trägerwohnungen aus dem kommunalen Wohnungs-  
26 bestand für die Wohnraumversorgung von Menschen in sozial betreuten Wohnfor-  
27 men, von wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen.

28 Dieser Vertrag soll konkrete Angaben über die Anzahl der jährlich neu zur Verfügung  
29 zu stellenden Wohnungen beinhalten und den Trägern langfristig die notwendige  
30 Planungssicherheit für ihre Arbeit geben. Gleichzeitig soll er die Möglichkeit zur  
31 Übernahme des Mietvertrages der Wohnung durch den/die jeweilige/n Bewohner/in  
32 enthalten.

33 Diesem Vertrag sollen auch private Wohnungsunternehmen und Wohnungsbauge-  
34 nossenschaften beitreten können.

35 Eine vorgenannte Regelung kann alternativ auch Bestandteil eines Maßnahmenpa-  
36 ketes zum Wohnen in Berlin, beispielsweise eines Bündnisses für Wohnen, sein.

37

38 **Antrag 39/I/2013**

39 **KDV Tempelhof-Schöneberg**

40 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

41 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

42

43 **150 Jahre SPD: Widerstand war/ist möglich - Kohlenhandlung von Julius und An-  
44 nedore Leber zu erhalten, ist historische Verpflichtung**

45 Die SPD unterstützt aktiv den Erhalt und die Nutzung der Kohlenhandlung von Julius  
46 und Annedore Leber in Berlin-Schöneberg als lebendigen Erinnerungs- und Lernort  
47 des zivilen Widerstandes und des Aufbaus der demokratischen Wirtschafts- und  
48 Gesellschaftsordnung nach 1945. Die Kohlenhandlung, ein wichtiger Ort des Wider-  
49 standes gegen den Nationalsozialismus, soll als Ort Raum geben, sich mit dem zivilen  
50 Widerstand zu beschäftigen und aktuelles bürgerliches Handeln mit Zivilcourage und  
51 gegen populistische und rechtsextreme Entwicklungen zu bestärken und zu unter-  
52 stützen.

53

54 Die SPD wird sich als Partei, in den Parlamenten und in Regierungsfunktion mit den  
55 Verantwortlichen im Land Berlin und im Bund für eine gesicherte Finanzierung des  
56 Erhalts und der Nutzung der Kohlenhandlung einsetzen und unterstützt bürger-  
57 schaftliches Engagement, um den Gedenkort mit Leben zu erfüllen.

58

59 **Antrag 41/I/2013**

60 **SGK-Berlin (über GLV)**

61 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

62 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Überweisung an FA VIII - Soziale  
Stadt

Annahme

Überweisung an FA VIII - Soziale  
Stadt

01  
02  
03  
04  
05  
06  
07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62

## **Handlungsfelder eines Aktionsplans Wohnen**

### **Forderungen für ein stärkeres Engagement von Bund, Länder und Kommunen**

#### **Wohnungsmärkte sind regionale Teilmärkte – Soziale Wohnraumpolitik muss darauf reagieren**

In der wohnungspolitischen Debatte ist es unbedingt erforderlich, die aufgrund der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung sehr unterschiedlichen Ausgangslagen in den regionalen Wohnungs- und Immobilienmärkten zu berücksichtigen. Sie spiegeln sich in der zum Teil auch in den Stadtregionen differenzierten Situation auf den Teilmärkten wider.

- Es gibt wachsende Städte und Regionen, in denen sich die Wohnungsmarktsituation bereits über einen langen Zeitraum zugespitzt hat und die ein überdurchschnittlich hohes Mietenniveau erreicht haben. Hier ist vor allem preiswerter Wohnraum knapp. Dies führt bei einkommensschwachen Haushalten zu nicht mehr tragbaren Mietbelastungen.
- Dagegen liegt gerade in einigen ostdeutschen Städten ein durchschnittliches und teilweise niedriges Mietenniveau vor. In attraktiven Teilmärkten ist aber eine überdurchschnittliche und besonders dynamische Mietentwicklung festzustellen, die räumliche Verdrängungsprozesse auslöst.
- In anderen Städten und Regionen, entwickeln sich die Wohnungsmärkte ausgehend von einem mittlerem bis niedrigem Mietniveau relativ stabil.
- Schließlich gibt es in vielen Regionen schrumpfende Städte und Gemeinden, in denen sich aufgrund von Abwanderung und rückläufigen Bevölkerungszahlen Wohnungsleerstände mehren und die Notwendigkeit besteht, Marktberaumungsprozesse durch Rückbau und Stadtumbaumaßnahmen zu unterstützen.

Die Unterschiedlichkeit der Verhältnisse vor Ort muss bei der Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen und geeigneter Förderungsinstrumente in den einzelnen politischen Handlungsfeldern unbedingt beachtet werden.

Wenn im Folgenden für acht Handlungsfelder Maßnahmenvorschläge unterbreitet werden, sind sie daher immer im Hinblick auf ihre Anwendbarkeit in der jeweiligen Region und Kommune zu sehen. Erforderlich ist daher eine Wohnungspolitik, die auch differenziert und maßgeblich zwischen den Kommunen und ihren Ländern ausgehandelt werden muss. Der Bund ist gefordert, hierfür einen entsprechenden Rahmen zu setzen und Länder und Kommunen zu unterstützen.

#### **(1) Mietrecht, Mieterschutz stärken**

Es besteht Handlungsbedarf zur Begrenzung der Mieterhöhungen in besonders dynamischen Wohnungsmärkten und in Gebieten mit Wohnraummangel und Aufwertungstendenzen wachsender Stadtteile und ganzer Stadtregionen.

Der Mietrechtskompromiss muss an diese veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden. Das im Dezember 2012 von der schwarz-gelben Koalition beschlossene Mietrechtsänderungsgesetz fällt hingegen zuungunsten der Mieter aus. Es besteht erheblicher Nachbesserungsbedarf.

Unsere mietenpolitischen Forderungen zielen auf eine stärkere und regionalisierte Begrenzung von Mieterhöhungen sowohl bei der Modernisierung und bei bestehenden Altmietverträgen als auch beim Abschluss von Neumietverträgen im Bestand. Deshalb soll die Modernisierungsumlage von derzeit 11 Prozent auf 9 Prozent abgesenkt werden, bei Altmietverträgen soll der Erhöhungsspielraum generell auf 15 Prozent in vier Jahren begrenzt werden. Beim Abschluss von Neumietverträgen im Bestand soll eine 10-prozentige Kappungsgrenze oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete eingeführt werden.

Der Mietwucherparagraph § 5 im Wirtschaftsstrafrecht, nach dem ordnungswidrig handelt, wer bei der Neuvermietung von Wohnraum unangemessen hohe Entgelte fordert (mehr als 20 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete), soll im Hinblick auf seine Anwendbarkeit so geändert werden, dass der Aspekt „geringes Angebot an vergleichbaren Wohnraum“ zur maßgeblichen Voraussetzung der Anwendbarkeit

01 der Vorschrift wird.

02

03 Es ist zu überprüfen, wie die Qualität der Mietspiegel im Hinblick auf die Ermittlung  
04 der ortsüblichen Vergleichsmieten verbessert werden kann, so dass sich eine über-  
05 durchschnittliche Dynamik in der Mietenentwicklung weniger stark im Mietspiegel  
06 abbildet. Ergänzend geht es um den gezielten Einsatz des städtebaulichen Instru-  
07 mentariums zur Dämpfung von Aufwertungs- und Umwandlungsprozessen. Dazu  
08 zählt die sogenannte Milieuschutzsatzung nach § 172 BauGB nach der auf Grundlage  
09 einer Rechtsverordnung der Länder die Bildung von Eigentum oder Teileigentum im  
10 Mietwohnungsbestand genehmigungspflichtig gemacht werden kann. Ein weiteres  
11 Instrument sind Zweckentfremdungsverordnungen, mit denen einer Nutzungsum-  
12 wandlung von Wohnungen in Büroräume, Praxen oder Ferienwohnungen und Pensi-  
13 onen entgegengewirkt werden kann.

14

## 15 **(2) Sozialer Wohnungsbau, Notwendigkeit der Objektförderung**

16 In Regionen mit Wohnungsknappheit muss der Wohnungsbau verstärkt werden. Im  
17 frei finanzierten mehrgeschossigen Wohnungsneubau ergeben sich aufgrund der  
18 vorgegebenen Standards und hohen Baukosten aus immobilienwirtschaftlicher Sicht  
19 relativ hohe Eingangsmieten.

20

21 Der Neubau schafft dementsprechend zusätzliche Angebote in gehobenen Preis-  
22 segmenten.

23 Um im Teilmarkt mit relativ niedrigeren Mieten zusätzliche Angebote zu erhalten  
24 und dem Auslaufen bestehender Belegungsbindungen entgegenzuwirken, bedarf es  
25 also sozialen Wohnungsbaus, um deutlich niedrigere Mieten zu erreichen. Deshalb  
26 ist der Bund aufgefordert, sich auch künftig mit den von ihm an die Länder gezahlten  
27 Kompensationsmitteln für die soziale Wohnraumförderung in Höhe von jährlich 518  
28 Millionen Euro zu engagieren. Dabei muss die Zweckbindung der Mittelverwendung  
29 für sozialen Mietwohnungsbaus und soziale Wohnraumförderung eng ausgelegt und  
30 möglichst stringent überprüft werden.

31

32 Es ist Aufgabe der Länder, gemeinsam mit den Kommunen für die Regionen ange-  
33 passte soziale Wohnraumförderprogramme zu entwickeln. Kommunale Wohnraum-  
34 konzepte müssen sich dabei stärker mit der Frage des Auslaufens von Belegungsbin-  
35 dungen in den Beständen, einer engen Kooperation mit den Wohnungsunternehmen  
36 und den übrigen Instandhaltungs- und Modernisierungsanforderungen auseinander-  
37 setzen. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns für starke kommunale Woh-  
38 nungsunternehmen aus, um Versorgungsaufgaben zu bewältigen, die Entwicklung  
39 neuer Dienstleistungen rund ums Wohnen voranzubringen und nicht zuletzt um sie  
40 als Partner in Stadtumbau- und Stadtentwicklungsprozessen zu haben.

41

## 42 **(3) Bauland- und Liegenschaftspolitik**

43 Um einen verstärkten sozialen Wohnungsbau in wachsenden Regionen zu realisie-  
44 ren, bedarf es einer aktiven Liegenschaftspolitik der Kommunen. Bei der Schaffung  
45 von Baurechten muss ein Anteil an sozialem Wohnungsbau durchgesetzt werden.  
46 Voraussetzung ist eine entsprechende Baulandpolitik. Insbesondere in den stark  
47 wachsenden Regionen mit geringen Flächenreserven bedarf es eines verstärkten  
48 regionalen Flächenmanagements zur Ausweitung des Angebotes.

49

50 Der Bund ist aufgefordert, seine Möglichkeiten zur Aktivierung von integrierten  
51 Konversionsflächen im Bereich ehemaliger militärischer Liegenschaften bei der Bun-  
52 desanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und seinen Einfluss gegenüber dem bun-  
53 deseigenen Unternehmen Deutsche Bahn AG geltend zu machen, damit nicht be-  
54 triebnotwendige Flächen auch für Wohnungsbauzwecke zu günstigen Preisen ver-  
55 fügbar gemacht werden können. Gleiches gilt für die Länder und landeseigene Im-  
56 mobilien. Die Liegenschaftspolitik darf nicht allein den Kriterien einer kurzfristigen  
57 Verwertungslogik folgen. Sie muss sich an den stadtentwicklungspolitischen Erfor-  
58 dernissen orientieren.

59

## 60 **(4) Energetische Sanierung**

61 Aus Klimaschutzgründen und zur Unterstützung der Energiewende besteht das am-  
62 bitionierte Ziel, jährlich mindestens 2 Prozent des Gebäudebestands energetisch zu

01 sanieren, um die damit verbundenen CO<sub>2</sub>- und Energieverbrauchseinsparziele zu  
02 erreichen. Entsprechende Modernisierungserfordernisse führen zu einer Steigerung  
03 der Wohnkosten und damit auch der Mietbelastungen. Die längerfristig erzielbaren  
04 monetären Einspareffekte durch sinkenden Wärmebedarf und niedrige Heizkosten,  
05 schaffen nicht die notwendigen Anreize für Wohnungseigentümer und Vermieter.  
06 Weitere ordnungsrechtliche Vorschriften, z.B. durch eine verschärfte Energieein-  
07 sparverordnung, werden von der Bundes-SGK allerdings für kontraproduktiv gehalten.  
08 Die energetische Sanierung darf sich nicht nur am technisch Machbaren, sondern  
09 muss sich am ökologisch Sinnvollen und sozial Tragfähigen orientieren.

10

11 Um die energetische Gebäudesanierung möglichst effektiv zu gestalten, bedarf es  
12 einer Mischung aus Investitionsförderung und einer an den Bedürfnissen der betroffenen  
13 Eigentümer und Mieter orientierten Beratung. Insofern müssen Förderprogramme  
14 und unabhängige Beratung angepasst und verstärkt werden. Dabei bietet  
15 ein quartiersbezogener Ansatz erweiterte Möglichkeiten, Eigentümer und Mieter für  
16 die energetische Sanierung zu gewinnen.

17

## 18 **(5) Altersgerechtes Wohnen**

19 Im Bereich des Wohnens steht unsere Gesellschaft vor einer weiteren Herausforderung,  
20 die bauliche Maßnahmen durch Stadtumbau in den Siedlungen, Häusern und  
21 Wohnungen erforderlich macht: die Schaffung altersgerechter Wohnungen mit  
22 dem dazugehörigen Wohnumfeld.

23

24 Die Alterung unserer Gesellschaft erfordert eine Anpassung des Wohnraums an die  
25 Anforderungen älterer und zum Teil pflegebedürftiger Menschen. Dazu zählen Maßnahmen  
26 zur Reduzierung von Barrieren ebenso wie die Unterstützung durch ergänzende soziale  
27 Dienste und die Erreichbarkeit direkter Hilfen. Über die von der Pflegeversicherung  
28 hinaus bestehenden Zuschüsse für entsprechende Anpassungen der Wohnungen und  
29 des Wohnumfeldes bedarf es einer umfassenderen Förderung für einen altersgerechten  
30 Umbau der Wohnungen, um den Menschen auch im hochbetagten Alter einen Verbleib  
31 in ihrer Wohnung zu ermöglichen. Deshalb fordern wir vom Bund, das entsprechende  
32 Programm der KfW wieder mit den notwendigen Mitteln auszustatten.

33

34  
35 Dabei bieten neue Wohnmodelle generationenübergreifenden und gemeinschaftlichen  
36 Wohnens neue Chancen, die es zu unterstützen gilt.

37

## 38 **(6) Wohnen ist Bestandteil einer integrierte Stadtteilentwicklung für eine soziale Stadt**

39

40 Die gesellschaftliche Entwicklung ist durch eine zunehmende soziale Ungleichheit  
41 zwischen den Regionen und innerhalb der Regionen geprägt. Einkommens- und  
42 Vermögensungleichheiten sind genauso gewachsen wie Bildungsunterschiede. Verschärfte  
43 räumliche Segregationsprozesse stellen erhöhte Integrationsanforderungen an die  
44 unterschiedlichen sozialen und ethnischen Milieus. In vielen Regionen sind soziale  
45 Brennpunkte entstanden und es droht dort eine sich verfestigende soziale Spaltung.  
46 Neben der Frage der Schaffung ausreichenden bezahlbaren Wohnraums tritt die  
47 Notwendigkeit, auf der Ebene der Stadtteile neue Perspektiven für die dort  
48 wohnende Bevölkerung zu schaffen.

49

50 Es gehört zu den traditionellen Aufgaben der Städtebauförderung, in diesen Gebieten  
51 zu einer Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse beizutragen. Dabei hat  
52 sich das Teilprogramm „Soziale Stadt“ als wichtige Unterstützung zur Beteiligung der  
53 Bewohnerinnen und Bewohner und zur Schaffung einer sozialen Infrastruktur etabliert.  
54 Es geht um eine ressortübergreifende sich an dem Sozialraum orientierende integrierte  
55 Stadtteilentwicklungspolitik.

56

57 Deshalb fordern wir den Bund auf, die Städtebauförderung verlässlich mit 700 Millionen  
58 Euro jährlich zu fördern und das Teilprogramm „Soziale Stadt“ wieder mit mehr  
59 Mitteln auszustatten.

60

61 Um die energetische Sanierung voran zu bringen, muss die Betrachtung vom Objekt  
62 zum Quartier gehen, um vorhandene Effizienzsteigerungspotenziale nicht allein am

01 Einzelfall zu betrachten und konzertierte Aktionen zu ermöglichen. Deshalb spricht  
02 sich die Bundes-SGK und die Berliner-SGK dafür aus, die energetische Stadtsanierung  
03 als Teilprogramm der Städtebauförderung mit zusätzlichen 100 Millionen Euro aus-  
04 zustatten.

05

## 06 **(7) Stadtumbau, Rückbau und Werterhaltung**

07 In schrumpfende Regionen, in denen sich aufgrund von deutlichen Abwanderungs-  
08 prozessen und rückläufigen Bevölkerungszahlen Wohnungsleerstände mehren,  
09 bedarf es eines Instrumentariums, um einer dauerhaften negativen Entwicklung  
10 entgegenzuwirken. Deshalb müssen auch hier die Teilprogramme der Städtebauför-  
11 derung „Stadtumbau-Ost“ und „Stadtumbau-West“ weiterentwickelt werden. Die  
12 Kommunen müssen Stabilisierungsmaßnahmen zur Erhaltung städtebaulicher Quali-  
13 tätäten, den Abriss nicht mehr benötigter Gebäude und Schrottimmobilien, die neue  
14 Entwicklungen verhindern, sowie die Umnutzung von Brachen durchführen und  
15 finanzieren können.

16

17 Es gilt, damit auch dem Wertverfall der Immobilien entgegenzuwirken, die für viele  
18 Familien Bestandteil der Alterssicherung sind.

19

20 Hilfreich ist in diesem Zusammenhang die aktuelle Novellierung des Rückbaugesetzes  
21 in § 179 BauGB. Wir befürworten die bessere Anwendbarkeit des Rückbaugesetzes  
22 für Schrottimmobilien unabhängig von einem Bebauungsplanverfahren und die  
23 Verpflichtung der Eigentümer zur Kostentragung, um Spekulation und Leerstand  
24 entgegenzuwirken zu können.

25

26 Aus Sicht vieler Kommunen sollte die Finanzierung der Folgenutzungen brach gefal-  
27 lener Flächen und Liegenschaften z.B. durch einen von den jeweiligen Ländern für  
28 diesen Zweck zu schaffenden Grundstücksfonds unterstützt werden, da die Kommu-  
29 nen selber oft nicht über genügend Mittel verfügen oder es ihnen aufgrund der  
30 bestehenden Verschuldung seitens der Kommunalaufsicht untersagt wird, eigene  
31 Grundstückskäufe vorzunehmen.

32

## 33 **(8) Bündnisse für Wohnen**

34 Auf kommunaler Ebene müssen die wesentlichen Akteure in den Wohnungs- und  
35 Immobilienmärkten als Partner der Stadtentwicklung gewonnen werden. In solchen  
36 Bündnissen für Wohnen können die Städte mit den Wohnungsunternehmen Verein-  
37 barungen über Belegungsfragen, Mietentwicklungen, Förderungen zur Moderni-  
38 sierung, Einbindung des Wohnungsbaus in stadtentwicklungspolitische Maßnahmen  
39 verabreden und damit einen wesentlichen Beitrag für eine Sicherung des Angebotes  
40 an preiswerten Wohnungen leisten.

41

42 Eine an der Qualitätssteigerung der Wohnquartiere für ihre Bewohnerinnen und  
43 Bewohner orientierte Wohnungspolitik muss die Entwicklung des Quartiers, des  
44 Wohnumfeldes und der ergänzenden Funktionen im Blick haben. Begegnungsmög-  
45 lichkeiten, Aneignungsmöglichkeiten des Freiraums, Versorgungsmöglichkeiten,  
46 Sicherheit im öffentlichen Raum werden durch die städtebauliche Qualität des Quar-  
47 tiers bestimmt. Sie sollte im öffentlichen Interesse stärker in die wohnungswirt-  
48 schaftlichen Interessenbetrachtungen einfließen. Gemeinschaftlich angelegte Wohn-  
49 formen von Genossenschaften bis zu Baugruppen, von Wohngemeinschaften bis  
50 zum betreuten Wohnen mit der Möglichkeit, unterschiedliche Dienstleistungen  
51 hinzuzukaufen, sollten kommunal unterstützt werden.

52

53 Mit der Stärkung des Genossenschaftswesens besteht auch die Möglichkeit, Alternativen  
54 zum freifinanzierten Wohnungsbau zu schaffen, und durch den Erwerb von  
55 Genossenschaftsanteilen Haushalte zu einer Wohneigentumsbildung anzuregen, die  
56 sich Eigentumswohnungen nicht leisten können. Gemeinsam mit den Ländern und  
57 dem Bund müssen neue Förderwege entwickelt werden, die auf die Investitionsbe-  
58 reitschaft von Haushalten mit mittlerem und geringerem Einkommen abzielen und  
59 Anstöße für Wohninvestitionen geben.

60

## 61 **(9) Anpassung des Wohngeldes, Stärkung der Subjektförderung**

62 Das Wohngeld sollte durch eine deutliche Anpassung der Leistungen an die Miet-

01 und Einkommensentwicklung in den Regionen so weiter entwickelt werden, dass es  
02 seiner ursprünglichen Funktion als vorgelagertes System zur Sozialhilfe wieder ge-  
03 recht wird. Kein Haushalt sollte nur aufgrund der Wohnkosten auf Leistungen des  
04 Jobcenters angewiesen sein müssen. Das Wohngeld muss seiner Funktion, Armutsri-  
05 siken abzudecken, die allein mit den hohen Kosten des Wohnens verbunden sind,  
06 wieder gerecht werden. Dabei gilt es, die Entwicklung der zweiten Miete, also die  
07 Kosten für Strom, Heizenergie, Wasser und andere öffentliche Dienstleistungen mit  
08 in den Blick zu nehmen.

09  
10 Bei der Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende wurden seinerzeit das  
11 Wohngeld für Sozialhilfeempfänger abgeschafft und die Kosten der Unterkunft (KdU)  
12 als von den Kommunen zu tragende Leistung der Grundsicherung für Arbeitssuchen-  
13 de bestimmt. Bei den KdU handelt es sich um eine Vollkostenerstattung der soge-  
14 nannten „angemessenen Wohnkosten“. Im Wohngeld, welches durch Bund und  
15 Länder finanziert wird, verblieben nur noch deutlich weniger Haushalte, die auf-  
16 grund ihres Status keinen Anspruch auf KdU haben, wie z.B. Studenten, Rentner und  
17 Haushalte mit Einkommen knapp oberhalb der Bezugsberechtigung von KdU im SGB  
18 II.

19  
20 Zumindest für alle Haushalte, die nur wegen der zu hohen Wohnkosten in den Bezug  
21 von KdU gelangen, sollte das Wohngeld so angepasst werden, dass es den Leistun-  
22 gen der KdU entspricht. Dabei sollte hinsichtlich der Nebenkosten eine Pauschalie-  
23 rung erfolgen, um Anreize für die betroffenen Haushalte zu setzen, ihre Verbrauchs-  
24 kosten möglichst niedrig zu halten.

25  
26 Eine auf diese Weise verstärkte Subjektförderung könnte in stark wachsenden und  
27 sich zumindest teilträumlich dynamisch entwickelnden Märkten einen wichtigen  
28 Beitrag zum bezahlbaren Wohnen leisten. Das gilt insbesondere dort, wo durch  
29 Wohnungsneubau allein die angestrebte Entlastung nicht erbracht werden kann.

## 30 31 **Antrag 42/I/2013**

### 32 **KDV Spandau**

33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

34 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

35

### 36 **Energetische Sanierung muss mieterfreundlich werden**

37 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin sowie im Deut-  
38 schen Bundestag werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass der gesetzliche  
39 Rahmen und Anreize geschaffen werden, energetische Gebäudesanierung im Woh-  
40 nungsbau warmmietenneutral für die Mieter sicherzustellen.

41

## 42 **Antrag 43/I/2013**

### 43 **Jusos Berlin**

44 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

45

### 46 **Interessen der Mieter\_innen vertreten - Wohnungsbau für alle**

47 Die sozialdemokratische Familie bekennt sich zur Interessenvertretung der Mie-  
48 ter\_innen dieser Stadt. Diesem Anspruch müssen auch Taten folgen. Momentan  
49 wird prognostiziert, dass Berlin pro Jahr um 40 000 Einwohner\_innen wächst. Die  
50 Folgen des Stadtwachstums sind bereits heute zu spüren. In den Innenstadtkiezen  
51 steigen die Mieten rapide. Eine wichtige Schlussfolgerung aus dem angespannten  
52 Wohnungsmarkt ist die Entspannung des Marktes durch Wohnungsneubau. Leitziel  
53 dabei bleibt der Bau durch das Land und die eigenen Unternehmen, um perspekti-  
54 visch Marktmechanismen bestimmen und aussetzen zu können. Diese Maßnahmen  
55 gelten auch für die Planungen auf dem Tempelhofer Feld. Aus dieser Logik heraus  
56 bekennt sich die SPD zur Randbebauung des Tempelhofer Feldes.

57

### 58 **Die Planungen des Senats kurz gefasst**

59 Insgesamt werden auf dem ehemaligen Flugplatz Tempelhof von 404ha 76ha als  
60 reine Baufläche genutzt. Auf diesen 76ha sollen 4200 Wohneinheiten entstehen. Auf  
61 der Tempelhofer Seite entstehen auf 3,4ha Fläche 1330 Wohneinheiten. Zu Grunde  
62 gelegt werden durchschnittlich 105qm pro Wohnung in der 1,7 Menschen wohnen.

Überweisung an FA X - Natur,  
Energie, Umweltschutz

Überweisung an FA Soziale Stadt



01 Insgesamt sollen auf Tempelhofer Seite also ca. 2200 Menschen angesiedelt werden.  
02 Denkbar soll eine sieben bis zehngeschossige Bauweise sein. Auf dem Gelände des  
03 Südrings sollen circa 1200 Wohneinheiten entstehen. Geplant wird hier mit durch-  
04 schnittlich 110qm großen Wohnungen in denen 1,8 Einwohner Platz finden. In dem  
05 Quartier sollen also ca. 2200 Menschen Platz finden. Aktuell werden auf der Neu-  
06 köllner Seite an der Oderstraße 1660 Wohneinheiten geplant. Durchschnittlich sollen  
07 2 Menschen in einer 120qm Wohnung leben. So sollen 3300 Menschen dort ange-  
08 siedelt werden. Es wird mit einer vier bis sechsgeschossigen Bebauung gerechnet.  
09

## 10 **Forderungen**

11 Im Kern müssen wohnpolitische Maßnahmen immer darauf abzielen, Gestaltungs-  
12 macht auf den Mietspiegel zu gewinnen. In diesem Sinne sind die Liegenschaften auf  
13 dem Tempelhofer Feld, die Wohnbebauung vorsehen, ausschließlich an städtische  
14 Wohnungsbauunternehmen und Wohnungsbaugenossenschaften bzw. gemein-  
15 wohlorientierte Privatinvestoren zu vergeben. Der Liegenschaftsfonds oder eine  
16 künftig andere Institution hat politisch diesen Auftrag auszuführen.  
17

18 Die soziale Mischung in den Quartieren ist entscheidend, um Abwärtsspiralen von  
19 Kiezen zu verhindern und gleichzeitig Aufwertungsprozesse einzudämmen. Die Net-  
20 tokaltmieten/qm sollen sich deshalb in einer Spanne von 5 € bis zu auf 12 € bewe-  
21 gen. Dabei sollen 75% der künftigen Bestände zu Nettokaltmieten kleiner-gleich 6  
22 €/qm angeboten werden. Wir halten an unserer Forderung fest, dass 20% der abso-  
23 lut angebotenen Wohnungen zu Nettokaltmieten kleiner gleich 7,5€ /qm angeboten  
24 werden sollen. Der Senat hat entsprechende Auflagen an die Unternehmen zu ma-  
25 chen.

26 Wir unterstützen die Berliner SPD in ihrer Forderung nach einer gekoppelten Sub-  
27 jekt-Objekt-Förderung.

28 Die Senatspläne für die Wohnbebauung berechnen die Anzahl der Wohnungen ak-  
29 tuell mit einem Schlüssel von 1Person/60qm. Das heißt der Senat geht davon aus,  
30 dass eine Person einen Bedarf von 60qm hat. Dies erscheint unrealistisch, sind die  
31 Realitäten in den angrenzenden Kiezen doch wesentlich andere. Es ist deshalb ein  
32 Schlüssel von 1/50qm anzusetzen, um einen radikalen Bruch in der anvisierten Be-  
33 völkerungsgruppe zu verhindern und gleichzeitig eine großes Wohnungskontingent  
34 anbieten zu können. Weder die Zahl der anvisierten Wohneinheiten, noch die durch-  
35 schnittliche Einwohnerzahl pro Wohneinheit sollen verändert werden. Deshalb ist in  
36 den jeweiligen Quartieren die anvisierte Bebauungsfläche oder die Geschosshöhe  
37 um 16% zu reduzieren. Ein Mix ist hier anzustreben, um mehr Parkfläche und eine  
38 Reduzierung der Geschosshöhen zu erreichen.  
39

40 Die Gesellschaften, die die oben genannten Aufträge ausführen sollen, können die  
41 damit verbundenen Kosten nicht alleine tragen. Das Land Berlin ist hier in der Bring-  
42 schuld dies auch finanziell auszugleichen. Aus diesem Grund ist der Wohnungsbau  
43 auf der Tempelhofer Feld zu subventionieren, so dass für die Wohnbebauung eine  
44 Kostendeckung ermöglicht wird und die beauftragten Gesellschaften keine finanziel-  
45 len Einbußen haben. Deshalb lehnen wir Eigentumswohnungen auf dem Tempelho-  
46 fer Feld ab. Ziel soll es sein eine Wohnbebauung zu ermöglichen, die die oben ge-  
47 nannten Ziele, insbesondere bezüglich des anvisierten Mietniveaus, erfüllen. Dies ist  
48 selbstverständlich nur durch staatliche Subventionen zu ermöglichen, da das Land  
49 hier auch eindeutige Interessen verfolgt. Eine zeitliche Begrenzung dieser Subventi-  
50 onen ist durch eine zu kalkulierende Amortisierung der Kosten (Deckung der Investi-  
51 tionskosten) gegeben. Auflage für das Auslaufen ist eine Mietpreisstabilität, die sich  
52 an der Entwicklung der durchschnittlichen Einkommen im Land Berlin orientiert und  
53 die Vereinbarungen des Mietenbündnisses (Nettokaltmieten entsprechen 1/3 des  
54 Haushaltseinkommens) erfüllt.  
55

56 Auf dem Gelände des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers auf dem Tempelhofer Feld  
57 ist eine angemessene Gedenkstätte zu errichten. Jede andere Bebauung an dieser  
58 Stelle wird prinzipiell ausgeschlossen.  
59

## 60 **Soziale Infrastruktur**

61 Aktuell plant der Senat eine dreizügige Grundschule an der Oderstraße. Dies er-  
62 scheint äußerst knapp berechnet, da die umliegenden Schulen bereits stark ausge-

01 lastet sind. Gleiches gilt für die erreichbaren Oberschulen. In sozialdemokratischer  
02 Bildungstradition eröffnet sich hier die einmalige Chance eine Gemeinschaftsschule  
03 nach dem Campusprinzip, angelehnt an den Campus Rütli, auch bautechnisch zu  
04 planen. Wir fordern den Senat auf, zusammen mit dem Bezirk dort eine mindestens  
05 fünfzügige Gemeinschaftsschule nach dem Campusprinzip zu planen und zu bauen.  
06  
07  
08  
09

## 10 **BEZIRKE**

### 13 **Antrag 44/I/2013**

#### 14 **KDV Mitte**

#### 15 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

##### 17 **Personalsituation in den Bezirken Berlins**

18 Die MandatsträgerInnen der SPD in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen,  
19 im Berliner Abgeordnetenhaus und im Berliner Senat setzen sich für folgende Vor-  
20 gehensweise ein, um für die Zukunft qualifiziertes Personal für die Bezirksämter  
21 sicherzustellen, damit langfristig die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bür-  
22 ger auf der Grundlage des Bedarfs und der Bürgerorientierung gewährleistet werden  
23 können:  
24

25 1. Die quantitativen Festlegungen in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und  
26 CDU zur pauschalen Personalreduzierung im Berliner Landesdienst berücksichtigen  
27 die demographische Entwicklung in Berlin und seinen Bezirken nicht und können  
28 deshalb nur eine Orientierung für die laufende Wahlperiode darstellen, sie müssen  
29 daher einer grundsätzlichen kritischen Überprüfung unterzogen werden und noch  
30 bis 2016 zu einem aufgabenbezogenen, aufgabenkritischen, differenziert kennziffer-  
31 gestütztem und dynamischen Bemessungsmodell führen.  
32

33 2. Auf der Grundlage zu 1. ist von der Senatsverwaltung ein gemeinsam mit den  
34 Bezirken entwickeltes und zukunftsfähiges Fachkräftekonzept für die zwölf Bezirke  
35 bis Ende 2014 dem Abgeordnetenhaus von Berlin zur Beschlussfassung vorzulegen.  
36 Die Bezirke werden finanziell und konzeptionell bei der Umsetzung umfassender  
37 bezirklicher Personalentwicklungskonzepte unterstützt.  
38

39 3. Die politische Debatte über in die Zukunft gerichtete Personalentwicklungskon-  
40 zepte für die Bezirke wird die SPD mit den betroffenen Beschäftigtenvertretungen  
41 und Gewerkschaften solidarisch führen und um gemeinsame Positionen und Strate-  
42 gien ringen.  
43

44 4. Der SPD-Landesvorstand ist angehalten – wahrnehmbar für die Bevölkerung und  
45 die betroffenen Beschäftigten – gegenüber Senat und Abgeordnetenhaus darauf  
46 hinzuwirken, dass diese in ihrer Haushaltspolitik gegenüber den Bezirken neben der  
47 betonten Haushaltskonsolidierung ebenso deutlich machen, dass es sozialdemokra-  
48 tisches Grundverständnis ist, dass:

- 49 ■ öffentliche Dienstleistungen guter Qualität ein Recht der Bürgerinnen und Bür-  
50 ger sowie Standortfaktor für Handel, Dienstleistungssektor, Gewerbe und In-  
51 dustrie sind
- 52 ■ die Sozialdemokratie die gewerkschaftliche Programmatik „Gute Arbeit“ nicht  
53 nur verbal und in Wahlprogrammen unterstützt, sondern sie dort – wo sie Ver-  
54 antwortung trägt – das Verwirklichen von „Guter Arbeit“ auch inhaltlich als Qua-  
55 litätsmerkmal der Arbeit im öffentlichen Dienst (ÖD) für die Bürgerinnen und  
56 Bürger sowie die Beschäftigten umsetzt.  
57

58 5. Erzwungene Fremdvergaben von Dienstleistungen in den Bezirken kritisch unter  
59 dem Aspekt der Daseinsvorsorge und der Wirtschaftlichkeit zu überprüfen und ggf.  
60 unter Veränderung der VZÄ-Abbauvorgabe zu revidieren.

61 Auf der Grundlage dieser Maßstäbe sind auch – in einem beteiligungsorientierten  
62 Verfahren unter verbindlicher Einbeziehung der Bezirke – die derzeit angewandten

Überweisung an Landesvorstand

01 Kriterien und Instrumente zur Ermittlung der Haushaltsbedarfe der Bezirke dringend  
02 zu evaluieren.

03

04 **Änderungsantrag zum Antrag 44/I/2013**

05 **Gotthard Krupp-Boulboulle (Charlottenburg-Wilmersdorf), Gerlinde Schermer**  
06 **(Friedrichshain-Kreuzberg)**

07

08 Ein Neuer Punkt 6 wird hinzugefügt:

09

10 Angesichts der Tatsache,

- 11 ▪ dass im letzten Jahrzehnt die Ausgaben um ¼ preisbereinigt abgesenkt wurden,
- 12 ▪ dass die Finanzplanung des Senats eine weitere Absenkung der Ausgaben vor-  
13 sieht,
- 14 ▪ dass der Investitionsbedarf groß ist und ständig steigt,
- 15 ▪ fordert die Berliner SPD eine Umkehr.
- 16 ▪ Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD Fraktionen der BVV werden  
17 aufgefordert, keinem Haushalt zuzustimmen, der nicht
- 18 ▪ die Erfüllung der Pflichtaufgaben sichert und neue Handlungsspielräume für die  
19 freiwilligen Aufgaben zusichert;
- 20 ▪ der die notwendigen Investitionen in Bildung, Krankenhäusern und die soziale  
21 und kulturelle Infrastruktur vorsieht.
- 22 ▪ Ob diese Bedingungen erfüllt sind, muss ein Landesparteitag diskutieren und  
23 entscheiden.
- 24 ▪ Berlin, seine Bürgerinnen und Bürger, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-  
25 mer, die Erwerbslosen, die Rentnerinnen und Rentner, und Jugend brauchen die
- 26 ▪ Verteidigung und Wiederherstellung der Öffentlichen Daseinsvorsorge!
- 27 ▪ Öffentliche Investitionen in Bildung, Krankenhaus, Umwelt und in die soziale  
28 und kulturelle Infrastruktur der Kommunen und der Länder!

29

30

## 31 **BILDUNG**

32

33

34 **Antrag 46/I/2013**

35 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

36 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

37

38 **Arbeitsbedingungen Berliner Lehrerinnen und Lehrer verbessern**

39 **Arbeitsbedingungen Berliner Lehrerinnen und Lehrer verbessern**

40 Die Arbeitsbedingungen der Berliner Lehrerinnen und Lehrer müssen dringend mit-  
41 tels effizienter Maßnahmen verbessert werden.

42

43 Wir fordern explizit:

- 44 ▪ In Brennpunktschulen mit einer großen Zahl von Kindern aus schwierigem sozia-  
45 lem Umfeld muss die Klassengröße dieser Belastung angepasst werden.
- 46 ▪ Die personelle Ausstattung (z.B. durch Erzieher/-innen, Sozialarbeiter/-innen,  
47 Schulpsycholog/-innen) ist zu verbessern; um insbesondere Projekte wie JüL  
48 (Jahrgangsübergreifendes Lernen) nicht zu gefährden.
- 49 ▪ Die Berliner Lehrerinnen und Lehrer müssen – gerade vor dem Hintergrund der  
50 eingeleiteten Schulreformen – besser begleitet werden in Form eines guten An-  
51 gebots von Fortbildungsmöglichkeiten.
- 52 ▪ Die Möglichkeit der Jobrotation soll helfen, das gerade bei Lehrer/-innen häufig  
53 anzutreffende Burnout-Syndrom zu vermeiden.
- 54 ▪ Der bauliche Zustand bzw. die Ausstattung der Berliner Schulhäuser muss zügi-  
55 ger verbessert werden.
- 56 ▪ Die Ausstattung an Lehrmaterialien muss ebenfalls verbessert werden.

57

58 Es muss schnell gehandelt werden, um dem bereits herrschenden Lehrermangel  
59 entgegen zu treten und die Abwanderung gerade junger Lehrer/-innen in andere  
60 Bundesländer zu stoppen.

61

62 **Antrag 47/I/2013**

Überweisung an Landesvorstand

Annahme in der Fassung der AK

vertagt

01 **Abt. 3 | Steglitz-Zehlendorf**

02 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

03

04 **Überprüfung des Einschulungsalters**

05 Der Senat wird aufgefordert, das Regel-Einschulungsalter für alle Kinder von fünf  
06 Jahren zu überprüfen.

07

08 **Antrag 49/I/2013**

09 **Abt. 6/3 Lichterfelde-West**

10 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

11

12 **JÜL stärken!**

13 Die SPD Berlin steht zum Konzept des jahrgangsübergreifenden Lernens (JÜL) in der  
14 Schuleingangsphase und sieht mit Sorge die Abkehr vieler Schulen vom JÜL.

15 Die SPD Berlin fordert daher den Senat auf, die räumlichen, sachlichen und personel-  
16 len Rahmenbedingungen zu schaffen. Dies umfasst auch gezielte Fortbildungen für  
17 Grundschullehrerinnen und -lehrer, um diese besser auf das JÜL vorzubereiten und  
18 so den Vorbehalten an den Schulen entgegen zu treten. Der Senat wird außerdem  
19 aufgefordert zu prüfen, ob an den Schulen im Einzelfall mehr Unterstützung für die  
20 Umsetzung von JÜL notwendig ist und diese in zukünftige Schulplanungen aufzu-  
21 nehmen.

22 Ferner wird der Senat aufgefordert, bereits im letzten Kita-Jahr allen Eltern verbind-  
23 lich eine Informationsveranstaltung über Gestaltung und Zielsetzung sowie Erfolge  
24 von JÜL anzubieten.

25

26 **Antrag 50/I/2013**

27 **Jusos Berlin**

28 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

29

30 **Echte Partizipation für SchülerInnen ermöglichen**

31 Wir fordern bessere Partizipationsmöglichkeiten für SchülerInnen. Der derzeitige  
32 Zustand ist für SchülerInnen nicht weiter vertretbar. Die "Ochsentour" durch die  
33 Gremien auf Landes- und Bezirksebene muss abgeschafft werden. Die endlose Gre-  
34 mienspirale entspricht weder den sich immer weiter verdichtenden Lebenssituatio-  
35 nen junger Menschen, noch zeigt sie einfach und selbsterklärend auf, wie gute Parti-  
36 zipation in ihr verwirklicht werden kann. SchülerInnen werden aufgrund mangelnder  
37 Infrastruktur auf nahezu allen Beteiligungsebenen mit sich und ihren Anliegen allein  
38 gelassen und befinden sich somit bei der Vertretung ihrer Interessen in einem ekla-  
39 tanten Nachteil gegenüber gut organisierten und vernetzten LehrerInnen und Eltern.

40

41 Auch außerhalb von Gremienarbeit muss Schülerinnen und Schülern die Partizipati-  
42 on erleichtert werden. Gerade in eigenständigen Gruppen für Projekte leben Schüle-  
43 rinnen und Schüler Demokratie. Organisation von Projekttagen oder Arbeit in Schü-  
44 lerInnenzeitingen: Partizipation kann vielfältig sein. Engagement und Partizipation  
45 sind sowohl innerhalb, als auch außerhalb fest strukturierter Gremien grundlegend  
46 für jede Schule und Interessenswahrnehmung von Jugendlichen für Jugendliche.  
47 Schulen sollen Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen, statt sie durch immer  
48 längere Schultage und Hausaufgaben zu belasten. Leider wird bisher vielfach solches  
49 Engagement behindert, statt gefördert. Das muss sich ändern.

50 Wir fordern direktere und transparentere Wahlmöglichkeiten für SchülerInnen,  
51 damit diese sich je nach Interesse und ohne Umwege in das von ihnen bevorzugte  
52 Gremium wählen lassen können.

53

54 Berliner SchülerInnen müssen zudem besser über Ihre Rechte und Pflichten im Rah-  
55 men der schulgesetzlich zugesicherten Mitbestimmungsmöglichkeiten informiert  
56 werden. An viel zu vielen Schulen werden aus Unwissenheit keine Wahlen durchge-  
57 führt. Aus diesem Grund sprechen wir uns für die Einführung von Wahlprotokollen  
58 für Wahlen zu im Schulgesetz verankerten Gremien aus.

59 Zur konkreten Gestaltung einer neuen SchülerInnenvertretungsstruktur fordern wir  
60 die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses sowie die Senatsver-  
61 waltung für Bildung auf, gemeinsam mit den Jusos und VertreterInnen der bisheri-  
62 gen SchülerInnenvertretungsorgane an einem Konzept zu arbeiten.

vertagt

Annahme in der Fassung der AK

01  
02  
03  
04  
05  
06  
07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62

An das geforderte Konzept haben wir folgende Ansprüche:  
Vergleichbar mit der Wahl der SchülerInnensprecherInnen an den einzelnen Schulen wählt die gesamte SchülerInnenschaft aus ihrer Mitte heraus direkt zwei VertreterInnen für den BezirksschülerInnenausschuss (BSA). Die Wahlen finden im Rahmen einer Vollversammlung oder innerhalb der Klassen statt.  
Der BSA wiederum wählt entsprechend der SchülerInnenzahlen des Bezirkes VertreterInnen für eine neu zu schaffende LandeschülerInnenkonferenz (LSK). Diese besteht aus etwa 100 SchülerInnen und ist das höchste beschlussfassende Gremium für SchülerInnenbelange im Land Berlin. Delegierte der LSK müssen nicht ihrem jeweiligen BSA angehören, sich dort bei der Wahl jedoch mindestens schriftlich vorstellen. Alle SchülerInnen Berlins haben damit die Chance, sich bei der ersten Schuljahrsitzung ihres BSA als Delegierte zur LSK wählen zu lassen.  
Die LSK wählt einen Vorstand, der koordinierend wirkt, geschlechterparitätisch besetzt ist und in dem mindestens einE VertreterIn jeder Schulform vertreten sein muss. Auf der LSK können Anträge beschlossen werden, mit denen sich der Bildungsausschuss des Abgeordnetenhauses des Landes Berlin zu befassen hat. Die LSK findet etwa zweimal im Jahr statt, der Vorstand tagt monatlich und soll die Beschlüsse der LSK nach außen vertreten. Im Rahmen des Konzeptes muss auch geprüft werden, welche Unterstützung die Partizipationsstrukturen der SchülerInnen seitens der Bezirke und des Senats bekommen sollen.

## **Antrag 51/I/2013**

**Abt. 6 | Steglitz-Zehlendorf**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die Abgeordneten und Senatoren der SPD werden aufgefordert, die notwendige Erhöhung der Kostenbeteiligung am Essen an Schulen nicht ohne eine soziale Staffelung vorzunehmen. Neben einer Staffelung nach Familieneinkommen sollte auch eine Geschwisterregelung wieder eingeführt werden.  
Dazu soll auch die Verordnungsermächtigung in §1 Absatz 2 des Tagesbetreuungskostenbeteiligungsgesetzes (TKBG) entsprechend präzisiert werden.

## **Antrag 52/I/2013**

**KDV Spandau**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

### **Schulessen**

Die SPD bekennt sich dazu, dass die Qualität des Berliner SchulesSENS verbessert wird. Wir erkennen an, dass gesunde, vollwertige Essensportionen zu einem höheren Preis als bisher gekauft und zubereitet werden müssen. Dabei soll der Elternbeitrag von 23,00 € pro Monat für das SchulesSEN jedoch nicht erhöht werden.  
Mittelfristig wollen wir das SchulesSEN kostenfrei anbieten.  
Darüber hinaus befürworten wir die Essenszubereitung direkt in den Schulen.

Gleichzeitig ist darauf hinzuwirken, dass die Mittagspause der Schülerinnen und Schüler zeitlich so ausreichend ist, dass ein qualitativ hochwertiges Mittagessen eingenommen werden kann.

## **Antrag 53/I/2013**

**FA V | Stadt des Wissens**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

### **Die Zukunft der Berliner Hochschulen verlässlich vertraglich gestalten**

Die mehrjährigen Hochschulverträge haben sich als Finanzierungs- und Steuerungsinstrument für die Hochschulen in Berlin bewährt. Durch die langfristigen Vereinbarungen haben die Hochschulen Planungssicherheit bekommen und der Wissenschaftsbereich konnte vor kurzfristigen Kürzungen geschützt werden. Mit dem Abschluss der letzten Hochschulverträge 2009-2013 erfolgte außerdem eine Trendumkehr, die die mehrjährige rigide Sparpolitik im Wissenschaftsbereich beendete und seitdem erfolgreich auf den Ausbau des Hochschulsystems setzt.

**Überweisung an FA V - Stadt des Wissens / AG Schule**

**Überweisung an FA V - Stadt des Wissens**

**Überweisung an AH-Fraktion**

01 Trotz der angespannten Haushaltslage des Landes Berlin konnte die Zahl der Studi-  
02 enanfängerInnen deutlich gesteigert werden, was die klare Priorität unterstreicht,  
03 Berlin zu einem der attraktivsten Wissenschaftsstandorte in Deutschland zu entwi-  
04 ckeln. Das System der leistungsbezogenen Mittelvergabe hat darüber hinaus zu  
05 großen inhaltlichen Erfolgen vor allem im Bereich Gleichstellung beigetragen. Beide  
06 Bereiche zeigen, die Wirksamkeit der inhaltlichen Steuerung über die Hochschulver-  
07 träge.

08  
09 Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, soll daher am System der mehrjährigen Hoch-  
10 schulverträge und an der leistungsbezogenen Mittelvergabe festgehalten werden.  
11 Für die laufenden Verhandlungen über neue Hochschulverträge ist es entscheidend,  
12 die Erfolge zu verstetigen und gleichzeitig an einigen Stellen die Prioritäten neu zu  
13 justieren. Oberste Priorität genießt für die Berliner SPD die weitere Öffnung der  
14 Hochschulen und die Verbesserung der Studienbedingungen.

15  
16 Von übergeordneter Bedeutung ist hierfür eine steigende Mittelausstattung der  
17 künftigen Hochschulverträge. Wir fordern den Senat und das Abgeordnetenhaus auf,  
18 die Bedeutung des Wissenschaftsbereiches für Berlin durch eine jährliche Steigerung  
19 der Gelder von mindestens 3,5 % zu unterstreichen.

20  
21 Darüber hinaus bittet die SPD Berlin die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und  
22 Wissenschaft als federführende Senatsverwaltung für die Verhandlungen mit den  
23 Hochschulen um die Berücksichtigung der folgenden Punkte in den zukünftigen  
24 Hochschulverträgen:

#### 25 26 **1. Laufzeit**

27 Auch in der kommenden Förderperiode muss den Hochschulen die notwendige  
28 Planungssicherheit gegeben werden. Die Laufzeit der Hochschulverträge sollte des-  
29 halb wieder 4 Jahre umfassen.

#### 30 31 **2. Studienanfängerzahlen**

32 Unabhängig vom Ausgang der Verhandlungen über den Hochschulpakt, müssen die  
33 Hochschulverträge die Hochschulen verpflichten und in die Lage versetzen, die Stu-  
34 dienanfängerplätze mindestens auf der Basis des Jahres 2012 fortzuschreiben.

#### 35 36 **3. Indikator Lehre**

37 Die Lehre muss an den Hochschulen eine größere Rolle spielen. Die steigenden Stu-  
38 dienanfängerzahlen sind für die Hochschulen eine enorme Herausforderung und  
39 müssen mit Anstrengungen zur Verbesserung der Lehre einher gehen. Aus diesem  
40 Grund soll der Indikator Lehre in den kommenden Hochschulverträgen gerade an  
41 den Universitäten relativ ein größeres Gewicht einnehmen. Statt wie bisher 50%  
42 sollen künftig 60% der Globalsumme durch den Lehrindikator an den Universitäten  
43 vergeben werden. Der Anteil an den früheren Fachhochschulen bleibt unverändert  
44 bei 80 %.

45  
46 Bei den Studienanfängerplätzen müssen die kommenden Hochschulverträge einen  
47 Anreiz schaffen, mehr Masterstudienplätze zu schaffen und damit weitere Studien-  
48 möglichkeiten über den Bachelor heraus zu bieten. Die Übergangsquote von 50 %  
49 bezogen auf die bestehenden Bachelorstudienplätze ist in allen Studienbereichen bei  
50 ausreichender Nachfrage sicherzustellen, soweit nicht eine generelle Übergangs-  
51 möglichkeit berufsbezogen zu garantieren ist. Eine durchschnittliche Übergangsquo-  
52 te von 50 % außerhalb der Studiengänge für Lehrberufe, Architektur und Wirt-  
53 schaftswissenschaften wird als Indikator eingeführt und im Umfang mit 30 % aus  
54 dem Anteil des Indikators für Absolventen in der Regelstudienzeit + 2 Semester  
55 ausgestattet.

#### 56 57 **4. Indikator Forschung**

58 Auf Grund der ohnehin großen Bedeutung der Forschung für die Fachbereiche und  
59 Lehrstühle und einer stärkeren Priorität auf der Sicherstellung einer guten Lehrsitua-  
60 tion soll der Indikator relativ an Gewicht verlieren. Statt wie bisher 45% sollen künf-  
61 tig 30% der Globalsumme über diesen Indikator vergeben werden. Dabei ist der von  
62 den Hochschulen faktisch nicht beeinflussbare Indikator für Promotionen zu strei-

01 chen.

02

## 03 **5. Indikator Gleichstellung**

04 Unter anderem durch die Hochschulverträge verzeichnen die Berliner Hochschulen  
05 große Fortschritte im Bereich Gleichstellung, auch wenn nach wie vor das wissen-  
06 schaftliche Personal und die Lehrstühle überwiegend männlich besetzt sind. Aus  
07 diesem Grund sollte der Indikator Gleichstellung relativ mehr Gewicht erhalten und  
08 zukünftig 10% der Globalsumme ausmachen.

09

## 10 **6. Indikator Internationalismus und Migration**

11 Da die Herkunft der StudienanfängerInnen nicht für die Hochschulen steuerbar ist,  
12 ist für die Förderung des Internationalismus der bisherige Indikator "Internationali-  
13 tät" abzuändern. Künftig sollen sowohl Auslandsstudien der eigenen Studierenden,  
14 als auch den Austausch mit Studierenden aus dem Ausland in diesem Indikator  
15 ebenso aufgenommen werden, wie erfolgreiche Zusammenarbeiten mit Migrations-  
16 projekten.

17

### 18 **Antrag 54/I/2013**

#### 19 **AG Migration und Vielfalt**

20 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

21

#### 22 **Sprachfördermittel müssen bedarfsgerecht den Schulen zugewiesen werden - 23 Erfassung der NdH-Quote durch Sprachstanderfassung ersetzen**

24 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert die Vergabe  
25 der Sprachfördermittel an Berliner Schulen an dem tatsächlichen Bedarf der Schü-  
26 ler\_innen zu orientieren.

27 Somit soll nicht die Herkunftssprache die Grundlage der Mittelvergabe sein, sondern  
28 der tatsächliche Sprachförderbedarf der einzelnen Schüler\_innen. Die bereits in der  
29 Praxis angewandten Tests zur Sprachstanderhebung der Berliner Schüler\_innen sind  
30 als Werkzeug für die Sprachfördermittelvergabe hinzuzuziehen.

31

### 32 **Antrag 58/I/2013**

#### 33 **Jusos Berlin**

34 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

35

#### 36 **Schmeißt uns nicht ins kalte Wasser: SchülerInnenpraktika besser reglementieren!**

37 Betriebspraktika sind schulische Veranstaltungen, die, gemäß § 4 Abs. 7 und § 5 Abs.  
38 2 des Schulgesetzes, zur Förderung von SchülerInnen dienen und ihnen einen Ein-  
39 blick in die Wirtschafts-, Arbeits- und Berufswelt ermöglichen sollen. Das Betriebs-  
40 praktikum ist für alle Schulformen außer Gymnasien verpflichtend. Es findet meist in  
41 der Jahrgangsstufe 9 statt, kann aber auch in den anderen Jahrgangsstufen der Se-  
42 kundarstufe I durchgeführt werden. Auch die Dauer des Betriebspraktikums variiert  
43 von Schule zu Schule. Bezugsfach für diese Praktika ist in Gesamtschulen das Fach  
44 Arbeitslehre, für SchülerInnen der Integrierten Sekundarschulen das Fach "Wirt-  
45 schaft-Arbeit-Technik" (WAT).

46

47 Obwohl Praktika darauf abzielen, SchülerInnen auf das Berufsleben vorzubereiten  
48 und ihnen in ihrer Orientierung zu helfen, kommt es durch die mangelhafte Regle-  
49 mentierung oft dazu, dass SchülerInnen schlecht vorbereitet in schlecht vorbereitete  
50 Betriebe geschickt werden oder sogar kein Praktikum absolvieren. Das können wir so  
51 nicht akzeptieren.

52

53

#### 54 **1. Bessere Vor- und Nachbereitung: "Arbeitslehre" für alle 9./10. Klassen**

55 Das Fach Arbeitslehre gibt es in Berlin schon ab Klassenstufe 7. Arbeitslehre wird  
56 zurzeit an Gesamtschulen gelehrt und je nach Schule entweder ab der 7. oder 9.  
57 Klasse unterrichtet. Es befasst sich mit Themen wie Ökonomie, Ökologie, Wirtschaft  
58 und Technik, technische Kommunikationsformen, Gesundheit, Berufsorientierung  
59 und vor allem mit Arbeit.

60 Das Fach Arbeitslehre ist in zwei Doppeljahrgangsstufen eingeteilt. Zum einen in  
61 Doppeljahrgangsstufe 7/8 mit Schwerpunkten wie Kommunikationsformen und  
62 erste Begegnungen mit der Arbeitswelt. Zum anderen mit der zweiten Doppeljahr-

Annahme

Annahme

01 gangsstufe 9/10 welche als Schwerpunkt die Berufsorientierung hat. Es werden  
02 Fertigkeiten wie das erfolgreiche Schreiben einer Bewerbung und das selbstbewusst-  
03 tes Auftreten in einem Bewerbungsgespräch vermittelt. So ist das Fach Arbeitslehre  
04 eng mit dem Betriebspraktikum verknüpft. Die Schülerinnen und Schüler werden im  
05 Unterricht auf das Praktikum vorbereitet und es findet eine gründliche Nachberei-  
06 tung statt.

07

08 Aus diesem Grund sind wir davon überzeugt, dass Arbeitslehre nicht nur an Gesamt-  
09 schulen gelehrt werden soll, sondern auch verpflichtend in Doppeljahrgangsstufen  
10 9/10 aller Gymnasien angeboten werden muss (1 Wochenstunde). In diesem Fach  
11 muss u.a. eine effiziente Vor- und Nachbereitung des Praktikums stattfinden, um zu  
12 gewährleisten, dass dieses einen Erfolg für alle SchülerInnen darstellt.

13

## 14 **2. Praktikumpflicht an allen Schulen durchsetzen**

15 Obwohl das Praktikum als Förderung der SchülerInnen anerkannt ist, wurde die  
16 Praktikumpflicht immer  
17 noch nicht auf Gymnasien ausgeweitet. Wir glauben jedoch, dass ein Praktikum auch  
18 für Gymnasiasten eine wichtige Erfahrung ist.

19

20 Um SchulleiterInnen das Recht zu nehmen, ihren SchülerInnen diese Erfahrung vor-  
21 zuenthalten, fordern wir die Ausweitung der Praktikumpflicht auf alle Schulen -  
22 einschließlich Gymnasium.

23

## 24 **3. Verpflichtendes Sozialpraktikum einführen**

25 Da wir glauben, dass Praktika auch der Förderung der Sozialkompetenzen von Schü-  
26 llerInnen dienen sollten, fordern wir außerdem ein sog. Sozialpraktikum. In einem  
27 solchen Praktikum müssen sich die SchülerInnen Berufen im sozialen Bereich wid-  
28 men, was sie in einem frei wählbaren Betriebspraktikum möglicherweise nicht getan  
29 hätten. Besonders Jungen können so an Berufe wie Erzieher herangeführt werden, in  
30 denen es immer noch eine hohe Quote von Frauen gibt. Des Weiteren können Schü-  
31 llerInnen bei einem Sozialpraktikum prägende Erfahrungen für ihre Entwicklung  
32 sammeln und es kann sie zu mehr sozialem Engagement bewegen. Es zeigt sich an  
33 vielen Schulen, dass ein solches Konzept die Sozialkompetenzen der SchülerInnen  
34 fördert und diese sich durchaus schnell mit diesem Konzept anfreunden.

35

36 Für beide Praktika, sowohl Betriebs-, als auch Sozialpraktikum, fordern wir eine  
37 verpflichtende Dauer von 2 Wochen. Die Zeitpunkte der Praktika können die Schulen  
38 aber weiterhin selber wählen.

39

## 40 **4. Schaffung einer Datenbank zur Bewertung und zum Austausch über Praktika**

41 Wenn wir solche Praktika einführen, müssen wir uns jedoch auch dafür einsetzen,  
42 dass die Praktika zu spannenden und prägenden Erfahrungen werden. Viele Schü-  
43 llerInnen kommen aus ihren Praktika zurück und das einzige, was sie gelernt haben ist,  
44 wie man Kaffee kocht. Und genau das müssen wir verhindern! Deswegen fordern wir  
45 eine berlinweite Datenbank in die jede/r SchülerIn nach dem Abschluss ihres/seines  
46 Praktikums bewerten muss, wie es ihm/ihr dort gefallen hat und ob sie/er das Prak-  
47 tikum weiterempfehlen würde. Das Bewertungssystem könnte man sich mit Sternen  
48 vorstellen. z.B.: "Ein supertolles Praktikum bei Bäcker xy ! Ich vergebe 8 Sterne."  
49 oder "Ich hab mich bei Werkstatt xy den ganzen Tag nur gelangweilt. Ich vergebe 3  
50 Sterne."

51 So können andere SchülerInnen, die vorhaben, sich bei einem bestimmten Betrieb  
52 zu bewerben, sich darüber informieren, wie anderen SchülerInnen das Praktikum bei  
53 diesem Betrieb gefallen hat und ob diese es weiterempfehlen würden. Eine solche  
54 Datenbank könnte viel Langeweile verhindern und den SchülerInnen, die nicht wis-  
55 sen, wo sie sich bewerben sollen, zu einer besseren Orientierung verhelfen.

56

## 57 **5. Effizientere Vorbereitung der Betriebe**

58 Um ein sinnvolles und fruchttragendes Praktikum zu gewährleisten, müssen auch  
59 die Betriebe besser auf die SchülerInnen vorbereitet sein. Es kommt immer wieder  
60 vor, dass die Betriebe weder darüber informiert sind, dass manche SchülerInnen  
61 einer Praktikumpflicht unterliegen, noch, dass bestimmte Reglementierungen und  
62 Ziele das Praktikum begleiten. Daher fordern wir, dass die Betriebe einerseits durch



01 Informationspapiere langfristig darauf vorbereitet werden, dass SchülerInnen sich  
02 bei ihnen bewerben werden und das Recht auf eine Antwort haben. Andererseits  
03 fordern wir eine bessere Unterrichtung der Betriebe über die Rahmenbedingungen  
04 eines SchülerInnenpraktikums (wie zum Beispiel die Beschränkung auf sechs Stun-  
05 den Arbeitszeit pro Tag) und dessen Ziele.

06

07 Um bessere SchülerInnenpraktika für alle zu garantieren, fordern wir deshalb kurz  
08 und knapp:

09

- 10 ■ die Einführung eines verpflichtenden Betriebs- und eines Sozialpraktikums (je 2  
11 Wochen) für alle Schulen
- 12 ■ die Einführung des Pflichtfaches "Arbeitslehre" an Gymnasien in der 9. und 10.  
13 Klasse (eine Wochenstunde), in dem das Praktikum vor- und nachbereitet wird
- 14 ■ den Aufbau einer virtuellen Datenbank, in der SchülerInnen ihr Praktikum be-  
15 werten und ggf. weiterempfehlen können
- 16 ■ eine bessere Vorbereitung der Betriebe auf die SchülerInnen

17

## 18 **Antrag 59/I/2013**

19 **KDV Tempelhof-Schöneberg**

20 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

21

### 22 **Berufsorientierung muss auch Berufsbefähigung enthalten!**

#### 23 **Analyse:**

24

24 Wir ziehen u.a. mit dem Slogan „Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb“ in den  
25 Wahlkampf um die Bundestagswahl 2013. Hierfür sind mündige ArbeitnehmerInnen,  
26 die um ihre Rechte und Pflichten wissen, unerlässlich!

27

28 Im Rahmen der Berufsorientierung sollen SchülerInnen der Sekundarschulen und  
29 gymnasialen Oberstufen auf die Hochschul- und Berufswelt vorbereitet werden. Es  
30 finden sich im Rahmenlehrplan von Berlin verschiedene Fachbereiche, welche sich  
31 mit dem Themenkomplex der Arbeitswelt und der Berufsorientierung beschäftigen  
32 (Fach „Wirtschaft, Arbeit und Soziales“ für die Sekundarstufe II bzw. das Ergänzung-  
33 fach „Studium und Beruf“ für die gymnasiale Oberstufe). Diese sind jedoch weder  
34 verpflichtend noch einheitlich geregelt. Außerdem werden z.B. auf dem Bildungsser-  
35 ver Berlin Brandenburg diverse Unterrichtsmaterialien zur Berufserkundung angebo-  
36 ten. Erschreckenderweise wird in keiner der o.g. Informationsmöglichkeiten auf die  
37 Funktionsweise der komplexen rechtlichen Rahmenbedingungen des Arbeitsmarkts  
38 oder an einer Hochschule eingegangen. Um die Möglichkeiten von Machtmissbrauch  
39 an Studierenden und ArbeitnehmerInnen einzuschränken, ist es unbedingt erforder-  
40 lich, dass neben Angeboten zur Unterstützung bei der Berufswahl und Berufser-  
41 kundungsmöglichkeiten, Kenntnisse über die rechtlichen Grundlagen der Hochschul-  
42 und Arbeitswelt vermittelt werden!

43

#### 44 **Forderungen:**

45

45 Daher fordern wir folgende Themenpunkte verbindlich in den Rahmenplan der Se-  
46 kundarschulen und gymnasialen Oberstufen zur Berufsorientierung aufzunehmen:  
47 Darstellung der Rechte und Pflichten von ArbeitnehmerInnen in Bezug auf die ver-  
48 schiedenen Arbeitsverhältnisse (Werkverträge, befristete Arbeitsverhältnisse, Leih-  
49 arbeit u.a.), die zukünftigen Lebensphasen (Ausbildung, Elternzeit, Teilzeitarbeit u.a.)  
50 und von Kündigungsgründen.

51

51 Ergänzung für SchülerInnen der gymnasialen Oberstufen:

52

- 52 ■ Übersicht über den strukturellen Aufbau einer Hochschule einschließlich der  
53 Anlaufstellen bei Beschwerden gegen Ungleichbehandlungen
- 54 ■ Erläuterung des Bewerbungsverfahren für einen Studienplatz, der Auswahlkrite-  
55 rien und der möglichen Handlungsspielräume bei Nichtannahme
- 56 ■ Darstellung von hochschulpolitischen Instanzen
- 57 ■ Erläuterung der Finanzierungsmöglichkeiten des Studiums
- 58 ■ Funktionsweise und Gründungsvoraussetzungen von Betriebsräten und Erläute-  
59 rung der Anlaufstellen bei unrechtmäßiger Behandlung für MitarbeiterInnen in  
60 einem Unternehmen ohne Betriebsrat
- 61 ■ Darstellung über den Versicherungsschutz eines Arbeitnehmers während eines  
62 Arbeitsverhältnisses in Bezug auf Unfallversicherung, krankheitsbedingtem Aus-

Überweisung an FA V - Stadt des  
Wissens

01 scheiden aus dem Berufsleben, Sozialversicherungen, verschiedene Rentenver-  
02 sorgungsmodelle u.a. sowie über Möglichkeiten eine vollständige Vorsorge pri-  
03 vat zu ergänzen

04

05 **Antrag 60/I/2013**

06 **Jusos Berlin**

07 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

08

09 **Berufsorientierung muss auch Berufsbefähigung enthalten!**

10 **Analyse:**

11 Wir ziehen u.a. mit dem Slogan „Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb“ in den  
12 Wahlkampf um die Bundestagswahl 2013. Hierfür sind mündige ArbeitnehmerInnen,  
13 die um ihre Rechten und Pflichten wissen, unerlässlich!

14 Im Rahmen der Berufsorientierung sollen SchülerInnen der Sekundarschulen und  
15 gymnasialen Oberstufen auf die Hochschul- und Berufswelt vorbereitet werden. Es  
16 finden sich im Rahmenlehrplan von Berlin verschiedene Fachbereiche, welche sich  
17 mit dem Themenkomplex der Arbeitswelt und der Berufsorientierung beschäftigen  
18 (Fach „Wirtschaft, Arbeit und Soziales“ für die Sekundarstufe II bzw. das Ergänzungs-  
19 fach „Studium und Beruf“ für die gymnasialen Oberstufe). Diese sind jedoch weder  
20 verpflichtend noch einheitlich geregelt. Außerdem werden z.B. auf dem Bildungsser-  
21 ver Berlin Brandenburg diverse Unterrichtsmaterialien zur Berufserkundung angebo-  
22 ten.

23 Erschreckenderweise wird in keiner der o.g. Informationsmöglichkeiten auf die Funk-  
24 tionsweise der komplexen rechtlichen Rahmenbedingungen des Arbeitsmarkts oder  
25 an einer Hochschule eingegangen. Um die Möglichkeiten von Machtmissbrauch an  
26 Studierenden und ArbeitnehmerInnen einzuschränken, ist es unbedingt erforder-  
27 lich, dass neben Angeboten zur Unterstützung bei der Berufswahl und Berufserkun-  
28 dungsmöglichkeiten, Kenntnisse über die rechtlichen Grundlagen der Hochschul- und  
29 Arbeitswelt vermittelt werden!

30

31 **Forderungen:**

32 Daher fordern wir, dass folgende Aspekte verbindlich in zu schaffenden Berufsorien-  
33 tierungswochen in den Schulen, durch Fachkräfte (bspw. Gewerkschaften, Arbeit-  
34 nehmerInnen- und ArbeitgeberInnenvertretungen, AStA etc.), thematisiert werden:

- 35 ■ Beratung und Training für Bewerbungsverfahren
- 36 ■ Vorbereitung auf Berufsausbildungsverhältnisse
- 37 ■ Darstellung der Rechte und Pflichten von ArbeitnehmerInnen in Bezug auf die  
38 verschiedenen Arbeitsverhältnisse (Werkverträge, befristete Arbeitsverhältnis-  
39 se, Leiharbeit u.a.), die zukünftigen Lebensphasen (Ausbildung, Elternzeit, Teil-  
40 zeitarbeit u.a.) und von Kündigungsgründen

41 Ergänzung für SchülerInnen der Sekundarschulen und gymnasialen Oberstufen:

- 42 ■ Übersicht über den strukturellen Aufbau der Hochschulen und Fachhochschulen  
43 einschließlich der Anlaufstellen bei Beschwerden gegen Ungleichbehandlungen  
44 einschließlich der weiteren Beratungsangebote durch Universitätsverwaltung,  
45 Studentenwerk und AStA
- 46 ■ Erläuterung des Bewerbungsverfahren für einen Studienplatz, der Auswahlkrite-  
47 rien und der möglichen Handlungsspielräume bei Nichtannahme
- 48 ■ Darstellung von hochschulpolitischen Instanzen
- 49 ■ Darstellung der Möglichkeiten der studentischen Beteiligungs- und Mitwir-  
50 kungsmöglichkeiten
- 51 ■ Erläuterung der Finanzierungsmöglichkeiten des Studiums
- 52 ■ Funktionsweise und Gründungsvoraussetzungen von Betriebsräten und Erläute-  
53 rung der Anlaufstellen bei unrechtmäßiger Behandlung für MitarbeiterInnen in  
54 einem Unternehmen ohne Betriebsrat
- 55 ■ Darstellung über den Versicherungsschutz eines Arbeitnehmers während eines  
56 Arbeitsverhältnisses in Bezug auf Unfallversicherung, krankheitsbedingtem Aus-  
57 scheiden aus dem Berufsleben, Sozialversicherungen, verschiedene Rentenver-  
58 sorgungsmodelle u.a. sowie über Möglichkeiten eine vollständige Vorsorge pri-  
59 vat zu ergänzen

60

61 **Antrag 61/I/2013**

62 **KDV Spandau**

Überweisung an FA V - Stadt des  
Wissens

Überweisung an FA IX - Gesund-  
heit und Soziales

01 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

02 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

03

04 **Duale Ausbildung für alle Pflegeberufe**

05 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, sich  
06 dafür einzusetzen, dass für alle Pflegeberufe die Ausbildung für die Auszubildenden  
07 kostenfrei möglich ist.

08

09 **Antrag 62/I/2013**

10 **KDV Pankow**

11 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

12 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

13

14 **Aufbau eines relevanten Anreizsystems für SchulleiterInnen und Lehrkräfte an  
15 Brennpunktschulen**

16 Es sind wirksame Anreize für Schulleiterinnen und Schulleiter sowie für Lehrerinnen  
17 und Lehrer zu schaffen, um diese an die Berliner Brennpunktschulen zu bekommen  
18 und dort zu binden:

19

20 Deutliche Stundenzahlreduzierung für Lehrerinnen Lehrern für Elternarbeit, Kon-  
21 fliktmanagement, Kooperationsarbeit sowie Weiterbildung (3-5 Wochenstunden)  
22 Schulleiterinnen und Schulleiter werden von Verwaltungsarbeit signifikant entlastet,  
23 um den gestiegenen pädagogischen Führungsaufgaben gerecht werden zu können.

24

25 **Antrag 63/I/2013**

26 **Jusos Berlin**

27 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

28

29 **Antisemitismus in Kita, Schule und Jugendfreizeiteinrichtung bekämpfen – Fortbil-  
30 dung der Berliner , Erzieher\_innen, Sozialarbeiter\_innen, Sozialpädagogen\_innen  
31 und Lehrer\_innen fördern**

32 Der Senat von Berlin wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Berliner Kitas,  
33 Schulen und Jugendeinrichtungen eine Bildungsoffensive gegen Antisemitismus zu  
34 entwickeln und umzusetzen. Die verpflichtende Fortbildung soll dazu beitragen,  
35 Hass, Vorurteile und Ressentiments gegenüber Jüdinnen und Juden, aber auch gene-  
36 rell dem Judentum abzubauen und die Akzeptanz von unterschiedlichen Religionen  
37 in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern. Dadurch soll die Informationslage  
38 über antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung bzw. unter Jugendlichen ver-  
39 bessert werden.

40 Die Rahmenlehrpläne der Berliner Schule sind im Hinblick auf das Phänomen Anti-  
41 semitismus zu modernisieren und zu aktualisieren, da sich Antisemitismus heute vor  
42 allem aus der Wahrnehmung des Nahostkonfliktes speist. Für Kitas und Jugendfrei-  
43 zeiteinrichtungen sind Bildungsmaterialien zu entwickeln und zu erstellen, welche  
44 dem Personal als Leitfaden zur Sensibilisierung der Kinder und Jugendliche helfen  
45 soll.

46

47 Wir fordern:

48

49 **Bildung und Aufklärung stärken**

50 1. Der Senat von Berlin evaluiert die Praxis fächerübergreifender Unterrichtung  
51 des Themas Antisemitismus in der Berliner Schule. Dabei ist besonderes Au-  
52 genmerk darauf zu legen, ob die Behandlung im Schulunterricht den bisherigen  
53 Voraussetzungen des Rahmenlehrplans tatsächlich entspricht und welche Defi-  
54 zite es gibt. Die Ursachen für Defizite sind zu analysieren und Maßnahmen zu  
55 ihrer Überwindung zu entwickeln.

56

57 2. Der Senat von Berlin stellt sicher, dass die Berliner Lehrkräfte, Pädagog\_innen  
58 sowie Erzieher\_innen in der Landesverwaltung und bei freien Trägern in adä-  
59 quater Form zum Thema Antisemitismus verpflichtend weitergebildet werden.  
60 Insbesondere sollen für Jugendhilfe, Kita und Schule verantwortliche Schlüssel-  
61 personen informiert und zu diesen Themen geschult werden.

62

Überweisung an AH-Fraktion

Annahme in der Fassung der AK

- 01 3. Der Senat von Berlin wirkt daraufhin, dass die Lehrkräfte sowie die  
02 Pädagog\_innen im Rahmen von Ausbildung, Studium und Vorbereitungsdienst  
03 in Berlin verbindlich dazu befähigt werden antisemitische Einstellungen ins bei-  
04 spielsweise Äußerungen zu erkennen und angemessen handeln zu können.  
05
- 06 4. Es ist zu gewährleisten, dass die Berliner pädagogischen Einrichtungen für ein  
07 offenes und diskriminierungsfreies Klima in den Berliner Bildungs- und Jugend-  
08 einrichtungen eintreten und als Ansprechpartner\_innen für zivilgesellschaftliche  
09 Akteure zur Verfügung zu stehen. Um Vorurteile, Ängste und negative Ein-  
10 stellungen gegenüber Jüdinnen\_Juden abzubauen, sollen Begegnungen mit Ju-  
11 gendlichen aus der jüdischen Community erfolgen. Dabei sollen Gemeinsam-  
12 keiten unterstrichen und gemeinschaftliche Aktionen, wie zum Beispiel Fuß-  
13 ballturniere gefördert werden. Entscheidend ist hier der langfristige Charakter  
14 solcher Maßnahmen, der einen engen Kooperation und Absprache zwischen  
15 Lehrkräften und gesellschaftlichen Akteuren, wie Sportvereinen bedarf.  
16
- 17 5. Aus der Geschichte des Antisemitismus geht hervor, wie außerordentlich  
18 wandlungsfähig er ist. Gleichzeitig werden seine Grundmuster und Bilder, an  
19 die Antisemit\_innen immer wieder anknüpfen, sichtbar. Neue Formen des An-  
20 tisemitismus werden vom rassistischen, sozialen und religiösen Antisemitismus  
21 gespeist. Genauso ist der sekundäre Antisemitismus ohne Kompetenzen aus  
22 der historischen-politischen Bildung nicht zu begegnen. Es müssen Wege ge-  
23 funden werden, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Die Shoah wirft diese Fra-  
24 gen in einer unvergleichbaren Art und Weise auf. Im Sinne einer unzweifelhaften  
25 Verantwortung hat sie einen herausgehobenen Platz im Schulunterricht  
26 einzunehmen. Die Form, in dem der Nationalsozialismus generell vermittelt  
27 wird, müssen immer wieder erneuert werden. Gedenkstätten sind Kompeten-  
28 zentren, die dafür genutzt werden müssen. Dass immer weniger Schulklassen  
29 Gedenkstätten besuchen, stellt eine gefährliche Entwicklung dar.  
30
- 31 6. Die deutsch-jüdische Geschichte ist auch Berliner Geschichte. In unserer Stadt  
32 gibt es Orte und Einrichtungen, die dem Ausdruck verleihen oder dies doku-  
33 mentieren. Sie verdeutlichen über die Zeit des Nationalsozialismus hinaus, die  
34 lange Tradition des Judentums in Deutschland und sind auch im Stadtbild  
35 sichtbar. Die Sichtbarkeit dieser Tradition, aber auch die Pflege ihres Erbes, ist  
36 auch Aufgabe der Stadtpolitik. Der Senat von Berlin wird aufgefordert, die Ko-  
37 operation zwischen Schulen und Einrichtungen, wie dem Jüdischen Museum  
38 Berlin zu fördern.  
39
- 40 7. Akteur\_innen in der Berliner Zivilgesellschaft sollen in ihrem Engagement ge-  
41 gen Antisemitismus gestärkt werden mit dem Ziel, die Zivilcourage bei Diskri-  
42 minierungen zu erhöhen. Insgesamt ist darauf zu achten, dass der Wirkungs-  
43 kreis der Projekte erhöht wird. Die Stärkung der Projektarbeit in diesem Be-  
44 reich muss mit der Bereitstellung der Ressourcen einhergehen, das ist auch  
45 durch die Anmeldung im Verfahren der Haushaltsplanaufstellung zu berück-  
46 sichtigen.  
47
- 48 8. Der Dialog und die Kooperation des Senats mit Vertreter\_innen aus dem Sport,  
49 den großen Kirchen, von Religion und Musik, von Verbänden der migrantischen  
50 Selbstorganisation und aus antifaschistischen Zusammenhängen auf dem Ge-  
51 biet der Akzeptanz für jüdische Mitbürger\_innen soll kontinuierlich ausgebaut  
52 werden. Interreligiöse und integrationspolitische Initiativen, die die Akzeptanz  
53 fördern, sollten dabei besonders berücksichtigt werden. Der regelmäßige und  
54 enge Austausch über landesweite Schwerpunkte der Antidiskriminierungsar-  
55 beit, der Verfolgung gemeinsamer Kampagnen, zur Überwindung gegenseitiger  
56 Wissensdefizite und zur Weiterentwicklung einer gesamtstädtischen Antidis-  
57 kriminierungsstrategie ist zu intensivieren, wobei eine möglichst breite Betei-  
58 ligung von Vertretern aus Jugend- und Communityverbänden, Musikszenen,  
59 Sport, Religionsverbänden, Opferhilfen, Verwaltung und Politik motiviert wer-  
60 den soll.  
61
- 62 9. Antigewaltpräventions- und Aufklärungsprogramme des Landes Berlin sollen

01 verstärkt auf die Akzeptanz unterschiedlicher Religionen, insbesondere des Ju-  
02 dentums hinarbeiten und den Bezug zu anderen Diskriminierungsformen ver-  
03 deutlichen.

04 Der Senat von Berlin wird aufgefordert, für die Entwicklung einer gemeinsamen  
05 gesamtstädtischen Akzeptanzkampagne zu werben. Ziel soll sein, die gemein-  
06 same Ablehnung aller Formen von Diskriminierung – seien es beispielsweise  
07 Rassismus, Islamophobie oder Antisemitismus – und das gemeinsame Be-  
08 kenntnis zu einer Wertschätzung von Vielfalt öffentlichkeitswirksam zum Aus-  
09 druck zu bringen. Dabei soll die Stärkung von und die Ermunterung zur Eigen-  
10 initiative, das Lernen von Akzeptanz durch Auseinandersetzung, im Vorder-  
11 grund stehen, nicht die Belehrung.

12

13 10. Bei der Evaluation und Konzeption der vorgeschlagenen Maßnahmen gegen  
14 Antisemitismus ist verstärkt zu berücksichtigen, inwiefern Antisemitismus nicht  
15 nur von der so genannten deutschen Mehrheitsgesellschaft ausgeht, sondern  
16 auch von Angehörigen der EinwanderInnenengesellschaft.

17

## 18 **Antrag 66/I/2013**

### 19 **Jusos Berlin**

#### 20 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

21

#### 22 **Den europäischen Schüler\_innenaustausch stärken!**

##### 23 **Analyse:**

24

25 Die Zukunft der europäischen Einigung hängt maßgeblich davon ab, ob es gelingt,  
26 Menschen vom Einigungsprojekt und europaweiter Solidarität zu begeistern. Pro-  
27 gramme, die den Austausch von Bürger\_innen ermöglichen, sind hierfür ein zentra-  
28 ler Baustein. Denn wer möglichst früh Kontakte in andere Länder Europas knüpft  
29 und diese aus erster Hand kennenlernt, trägt aktiv zur Herausbildung eines europäi-  
30 schen Gemeinsinns bei.

30

31 Ende 2013 werden das Europäische Parlament und der Rat der EU über das Pro-  
32 gramm für Bildung, Jugend und Sport „Erasmus für Alle“ entscheiden. Zwischen 2014  
33 und 2020 sollen mithilfe dieses 17,3 Milliarden Euro umfassenden Programms knapp  
34 fünf Millionen junge Europäer\_innen Lernerfahrungen im Ausland sammeln. Unter  
35 dem neuen Programmnamen werden alle bisherigen Einzelprogramme (Erasmus für  
36 Studierende, Comenius für den Schulbereich, Grundtvig für Erwachsenenbildung und  
37 Leonardo da Vinci für berufliche Bildung) zusammengefasst.

38

39 Die SPD Berlin begrüßen die damit verbundene Aufstockung der Mittel für die Förde-  
40 rung des europäischen Austauschs. Leider bietet „Erasmus für Alle“ aus unserer Sicht  
41 keine ausreichenden Möglichkeiten zur Förderung des individuellen Austausches im  
42 Schulbereich. Im bisherigen Comenius-Programm – das unter dem Dach „Erasmus  
43 für Alle“ fortgeführt wird – besteht lediglich die Möglichkeit, im Rahmen von Schul-  
44 partnerschaften Schüler\_innen an Partnerschulen zu entsenden. Schüler\_innen, die  
45 an einem Austausch interessiert sind, sind somit darauf angewiesen, dass die eigene  
46 Schule eine Partnerschaft im Rahmen des EU-Programms oder anderer Schulpart-  
47 nerschaften eingegangen ist. Ansonsten bleibt ihnen nur die Möglichkeit, private  
48 Kontakte zu nutzen oder auf teure kommerzielle Anbieter zurückzugreifen.

49

##### 50 **Forderungen:**

51

52 ■ Die Schaffung eines Europäischen Jugendaustauschwerks: Dieses soll Schü-  
53 ler\_innen Möglichkeiten bieten, sich zu informieren und selbstständig Aus-  
54 tauschpartner\_innen zu finden. Die Suche von Partner\_innen könnte beispiels-  
55 weise über moderierte Online-Plattformen realisiert werden. Ein Vorbild hierfür  
56 ist das Deutsch-Französische Jugendwerk. Ein Europäisches Jugendwerk hätte  
57 gleichzeitig auch die Aufgabe, Qualitätsstandards für die so zustande kommen-  
58 den Austausche zu entwickeln und zu implementieren.

58

59 ■ Das Programm „Erasmus für Alle“ um die Förderung solch eines Europäischen  
60 Jugendaustauschwerks zu erweitern. Unter anderem soll so die Möglichkeit ge-  
61 schaffen werden, über ein Europäisches Jugendaustauschwerk organisierte Aus-  
62 landsaufenthalte finanziell zu unterstützen.

62

■ Die weitere Aufstockung finanzieller Mittel zur Förderung des Schü-

Annahme

- 01 ler\_innenaustauschs in Europa  
02 ■ Zu überprüfen, wie die bestehenden Angebote zur Ausweitung von Schulpart-  
03 nerschaften verbessert werden können, sodass mehr Schulen Partnerschaften  
04 unterhalten können.  
05 ■ Die Zusammenfassung der einzelnen Programme in ein gemeinsames Pro-  
06 gramm darf nicht zu einer Vernachlässigung der einzelnen Teilbereiche führe.  
07 Die Programme müssen weiterhin in etwa in dem bisher bestehenden Umfang  
08 fortgeführt werden.

09

## 10 Antrag 68/I/2013

11 KDV Lichtenberg

12 Der Landesparteitag möge beschließen:

13

### 14 **Inklusion durch Sport!? Gleichberechtigter Sportunterricht für alle Berliner Schüle- 15 rinnen und Schüler**

16 In Vorbereitung der Umsetzung der Inklusion an Berliner Schulen soll bezüglich des  
17 Sportunterrichts eine Diskussion über die Anpassung der Lehrpläne und die Neuaus-  
18 richtung der Sportlehrerausbildung gemeinsam mit dem Behindertensportverband  
19 Berlin, dem Landessportbund Berlin, den Berliner Hochschulen und der Gewerk-  
20 schaft für Erziehung und Wissenschaft geführt werden.

21

22

23

24

## 25 **GESUNDHEIT**

26

27

## 28 Antrag 71/I/2013

29 ASF Berlin

30 Der Landesparteitag möge beschließen:

31

### 32 **Frauen mit postnatalen Depressionen besser unterstützen!**

33 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses  
34 und des Senats dazu auf, die Behandlungsmöglichkeiten für Frauen mit postnatalen  
35 Depressionen zu verbessern, in dem im Krankenhausplan dafür ausreichend Betten  
36 berücksichtigt werden. Die Behandlung der postnatalen Depression soll auch unter  
37 Mitnahme des Säuglings möglich sein.

38

## 39 Antrag 73/I/2013

40 ASF Berlin

41 Der Landesparteitag möge beschließen:

42

### 43 **Schaffung einer überregionalen Traumatherapiestation für gewaltbetroffene und 44 traumatisierte Frauen**

45 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des  
46 Senats auf, eine überregionale Traumatherapiestation mit angeschlossener Tageskli-  
47 nik und Kinderbetreuung zu schaffen sowie die Einrichtung kleinerer Bettenkontin-  
48 gente in mehreren Kliniken für gewaltbetroffene, traumatisierte Frauen vorzusehen.

49

50

## 51 Antrag 74/I/2013

52 KDV Marzahn-Hellersdorf

53 Der Landesparteitag möge beschließen:

54

### 55 **Schaffung einer Zentralambulanz für Betrunkene und Drogensüchtige**

56 Die SPD-Fraktion im Land wird aufgefordert sich für die Schaffung einer Zentralam-  
57 bulanz für Betrunkene und Drogensüchtige in einem Krankenhaus in den Innen-  
58 stadtbezirken einzusetzen. Damit soll dem entsprechenden, erfolgreichen Hambur-  
59 ger Modell gefolgt werden. Die ZAB war 1974 gegründet worden, nach mehreren  
60 Todesfällen in Polizeizellen.

61

62 Betrunkene und Drogensüchtige nehmen in großem Umfang teure Behandlungsplät-  
ze in der Notfallmedizin und in den Krankenhäusern ein. Dabei sind die Krankenhäu-

Annahme in der Fassung der AK

Annahme

Überweisung an AH-Fraktion

Überweisung an ASG

01 ser in der Regel nicht auf diese speziellen Patienten eingerichtet. In der Regel benö-  
02 tigen die Patienten Unterstützung durch spezialisierte Psychiater und Sozialarbeiter,  
03 was die Notaufnahmen nicht leisten können. Der Polizeigewahrsam zum Ausnüch-  
04 tern als bisherige Alternative zu Krankenhauseinweisungen hat immer wieder Tote  
05 zu beklagen.

06 Durch die Einrichtung einer Zentralambulanz für Drogen ließe sich die Versorgungssi-  
07 tuation für Betrunkene und Drogensüchtige verbessern, bei gleichzeitiger Kostenre-  
08 duktion.

09

10 **Antrag 75/I/2013**

11 **ASG Berlin**

12 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

13

14 **Ärztliche Versorgung in Pflegeheimen sicherstellen!**

15 Patientinnen und Patienten in Deutschland haben einen Anspruch auf eine bedarfs-  
16 gerechte ambulante ärztliche Versorgung. Ganz besonders gilt dies für pflegebedürf-  
17 tige Menschen, die in besonderem Maße auf eine angemessene Versorgung ange-  
18 wiesen sind. Dennoch haben gerade Pflegeheime große Schwierigkeiten, Haus- und  
19 Fachärzte zu gewinnen, die die Einrichtungen dauerhaft betreuen. Somit sind ausge-  
20 rechnet Pflegeheimbewohner von ambulanter Unterversorgung betroffen – wie  
21 sowohl wissenschaftliche Studien als auch die Erfahrungen Berliner Pflegeheime  
22 zeigen.

23

24 Die ASG Berlin / die Berliner SPD fordert die SPD-Abgeordnetenhausfraktion auf, sich  
25 dieses Missstands anzunehmen und für eine Sicherstellung der haus-, fach- und  
26 zahnärztlichen Versorgung in Berliner Pflegeheimen einzusetzen.

27

28 **Antrag 76/I/2013**

29 **ASG Berlin**

30 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

31 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

32

33 **Patientenquittung für Alle: Patientenrechte stärken, Transparenz erhöhen!**

34 Seit bald 10 Jahren haben gesetzlich versicherte Patientinnen und Patienten in der  
35 Arztpraxis und im Krankenhaus das Recht, eine Patientenquittung zu verlangen. In  
36 der Praxis bestehen ganz erhebliche Hürden, dieses wichtige Instrument zur Erhö-  
37 hung der Transparenz zu nutzen. Daher setzt sich die SPD in Regierungsverantwortung  
38 dafür ein, die Aushändigung einer Patientenquittung nach ambulanten und  
39 stationären Behandlungen für Leistungserbringer gesetzlich verpflichtend zu ma-  
40 chen.

41

42 **Antrag 77/I/2013**

43 **ASG Berlin**

44 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

45 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

46

47 **Pflege menschlicher machen – Bundeseinheitlicher Personalschlüssel in der statio-  
48 nären Pflege!**

49 Die Berliner SPD / die SPD fordert die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für  
50 einen bundeseinheitlichen Personalschlüssel zur Personalbemessung in der statio-  
51 nären Pflege einzusetzen. Dabei darf der Personalschlüssel sich in keinem Bundesland  
52 verschlechtern. Mehrkosten sind durch die Pflegeversicherung zu tragen.

53

54 **Antrag 78/I/2013**

55 **ASG Berlin**

56 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

57

58 **Zugesagte zehn weitere Pflegestützpunkte endlich einrichten!**

59 Die Mitglieder der SPD-Abgeordnetenhausfraktion und die sozialdemokratischen  
60 Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die  
61 Quote von landesweit 36 Berliner Pflegestützpunkten, die laut Allgemeinverfügung  
62 der bei der Einrichtung der Pflegestützpunkte im Jahr 2008 zuständigen Senatsver-

Rücküberweisung an Antragstel-  
ler zur Konkretisierung

Annahme

Annahme

Annahme

01 waltung bis 31.12.2011 hätte erreicht werden müssen, umgesetzt und die zugesag-  
02 ten, aber immer noch fehlenden zehn Pflegestützpunkte endlich eingerichtet wer-  
03 den.

04

05 **Antrag 79/I/2013**

06 **ASG Berlin**

07 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

08 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

09

10 **Transparenz für Patientinnen und Patienten: Qualitätsdaten von Krankenhäusern**  
11 **und Ärzten endlich veröffentlichen!**

12 Die Qualität medizinischer Leistungen variiert erheblich zwischen verschiedenen  
13 Krankenhäusern sowie zwischen niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten. Dennoch  
14 haben Patientinnen und Patienten bisher kaum eine Chance, selbstbestimmt anhand  
15 von Qualitätsdaten ihre Entscheidung für oder gegen einen Leistungserbringer zu  
16 treffen, da diese Daten bisher nur in geringem Maße veröffentlicht werden.

17

18 Die die Berliner SPD / die SPD fordert die SPD-Bundestagsfraktion daher auf, sich für  
19 eine einrichtungsbezogene Veröffentlichung von Qualitäts- und Referenzdaten ein-  
20 zusetzen und damit Patientinnen und Patienten die Transparenz zu gewährleisten,  
21 die ihnen zusteht. Qualitätsberichte müssen daher für Patienten und Patienten bes-  
22 ser lesbar, besser zugänglich und verständlicher sein.

23

24 **Antrag 146/I/2013**

25 **AGS Berlin**

26 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

27 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

28

29 **Freiwillige gesetzliche Krankenversicherung für geringverdienende Selbstständige**  
30 **bezahlbarer machen**

31 Die Mitglieder des SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzu-  
32 setzen, dass der Mindestbeitrag für Selbstständige in der freiwilligen gesetzlichen  
33 Krankenversicherung von 75 % der Bezugsgröße in der Sozialversicherung auf 50 %  
34 reduziert wird. Die besonderen Voraussetzungen für Existenzgründer und Härtefälle  
35 entfallen.

## 36 **GLEICHSTELLUNG**

37

38

39 **Antrag 80/I/2013**

40 **Jusos Berlin**

41 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

42 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

43

44 **Barrieren abschaffen! Menschen mit Behinderung muss die aktive Parteiarbeit**  
45 **ermöglicht werden!**

46 Deutschlandweit geht von der SPD eine progressive Politik für Menschen mit Behin-  
47 derung aus, die sich durch Personenorientierung, den Abbau von Barrieren und  
48 zielgerichtete Hilfe auszeichnet. Dies zeigt sich unter anderem in einem umfassen-  
49 den Antrag zur Inklusion, den der Bundeskongress der Jusos im November 2012  
50 beschlossen hat, und auch darin, dass wichtige politische Maßnahmen zugunsten  
51 einer inklusiven Gesellschaft fest im Entwurf des Regierungsprogramms der SPD für  
52 2013 verankert worden sind.

53

54 Trotz dieses Einsatzes für einen politischen Wandel und für eine inklusive Gesell-  
55 schaft, in der alle Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit und Vielfalt gleichberechtigt  
56 zusammenleben dürfen und an der alle teilhaben können, ist die SPD einen wichti-  
57 gen Weg noch nicht gegangen: die eigene Partei inklusiv zu gestalten!

58

59 Die Prämisse guter Politik für – und vor allem nicht (unbeabsichtigt) gegen – Men-  
60 schen mit Behinderung muss lauten: „Nichts über uns ohne uns!“. Nur Betroffene  
61 selbst können bemessen, welche Auswirkungen politische Maßnahmen in ihrer  
62 Lebenswirklichkeit haben werden. Es ist darum unabdingbar, Menschen mit Behin-

Annahme

Überweisung an FA IX - Gesund-  
heit und Soziales

Annahme in der Fassung der AK



01 derung aktiv in den politischen Prozess mit einzubeziehen, wenn es um ihre eigenen  
02 Belange geht.

03

04 Sofern Menschen mit Behinderung bislang überhaupt in der deutschen, europäi-  
05 schen und internationalen Politik angehört wurden, fand dies zumeist in Form von  
06 Konsultationen von Behindertenverbänden statt. Solche Interessenvertretungen  
07 nehmen ohne Zweifel eine Rolle von unschätzbarem Wert ein. Allerdings dürfen sie  
08 nicht als Ersatz für die Parteimitgliedschaft einzelner Menschen mit Behinderung  
09 betrachtet werden – insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Erfahrungen von  
10 Menschen, die tagtäglich auf Benachteiligungen stoßen, in einer bislang noch nicht  
11 inklusiven Gesellschaft auch die Perspektive auf andere Fragen sozialer Ungleichheit  
12 gewinnbringend erweitern kann.

13

14 Innerhalb der SPD sind Menschen mit Behinderung bislang vor allem in der AG Selbst  
15 Aktiv organisiert. Einerseits muss die AG von Parteiseite weiter in ihrem Aufbau und  
16 in ihrer bundesweiten Vernetzung unterstützt werden, andererseits muss allen Par-  
17 tei- und Juso-Mitgliedern auch über diese auf die Probleme der Behindertenpolitik  
18 ausgerichtete AG hinaus eine aktive Parteimitgliedschaft ohne Barrieren in vollem  
19 Umfang ermöglicht werden!

20

21 Das bedeutet, dass sämtliche Organisations- und Veranstaltungs- und Kommunikati-  
22 onsstrukturen innerhalb der SPD im Sinne eines Disability Mainstreamings in Bezug  
23 auf ihre Barrierefreiheit hinterfragt werden müssen. Zu berücksichtigen ist dabei,  
24 dass Barrieren nicht per se existieren, sondern erst durch etwas bei etwas zustande  
25 kommen. Eine Barriere entsteht dadurch, dass ein Mensch, der nicht hören kann  
26 und nur die Gebärdensprache versteht, bei einer Lesung keine Übersetzung be-  
27 kommt. Eine Barriere entsteht, wenn ein Mensch, der im Rollstuhl fährt und das  
28 Stockwerk wechseln möchte, keinen Fahrstuhl vorfindet. Eine Barriere entsteht,  
29 wenn ein Mensch, der Braille-Schrift liest und etwas über die SPD erfahren möchte,  
30 keine entsprechenden Broschüren erhält. Eine Barriere entsteht, wenn ein Mensch,  
31 der sich mit einfachen Worten und Sätzen verständigt und sich auf der Internetseite  
32 der SPD informiert, nur komplizierte Worte und Sätze zu lesen bekommt. Die Reihe  
33 an Beispielen ließe sich beliebig fortsetzen.

34

35 Die SPD muss ein Bewusstsein für solche möglichen Barrieren entwickeln und sie  
36 anschließend systematisch und umfassend abbauen. Dies bedeutet sowohl dauer-  
37 hafte Veränderungen wie den Umbau oder Wechsel von Parteiräumlichkeiten oder  
38 die Umgestaltung von Informationsmaterialien, als auch situationsbezogene Ange-  
39 bote, wie beispielsweise die barrierefreie Ausrichtung von Veranstaltungen auf An-  
40 meldung.

41

42 „Die SPD ist und bleibt die große politische Kraft für Demokratie und Emanzipation in  
43 Deutschland.“, heißt es in dem Entwurf des Regierungsprogramms 2013. Diesem  
44 Anspruch kann die SPD nur gerecht werden, wenn ihre Politik von Mitgliedern ge-  
45 staltet wird, die die bunte Vielfalt an Lebensweisen in unserer Gesellschaft wider-  
46 spiegeln. Menschen mit Behinderung tragen mit einem Bevölkerungsanteil von ca.  
47 10 % enorm zu dieser Vielfalt bei. Eine aktive Parteilarbeit ohne Barrieren muss bei  
48 den Jusos und in der SPD selbstverständlich werden!

49

50

## 51 **Antrag 81/I/2013**

52 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

53 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

54

### 55 **EG Checks: Berliner Landesdienst muss Vorbildrolle einnehmen**

56 Der Senat wird aufgefordert, in allen Senatsverwaltungen und landeseigenen Unter-  
57 nehmen den EG-Check einzuführen. In den einzelnen Behörden und Unternehmen  
58 ist die Frauenvertretung am gesamten Verfahren zu beteiligen. Die Ergebnisse des  
59 EG-Checks müssen öffentlich zugänglich gemacht werden und im nächsten LGG-  
60 Bericht gesondert aufgeführt und ausgewertet werden.

61

62

Annahme in der Fassung der AK

01  
02  
03  
04  
05  
06  
07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62

## **INTERNATIONALES / EUROPA**

**Antrag 82/I/2013**

**FA II - EU-Angelegenheiten**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

### **Sozial und demokratisch. Für einen Richtungswechsel auch in Europa!**

Europa befindet sich in einer substanziellen Krise. Seit dem Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers reißt die Serie an Hiobsbotschaften für die Finanz- und Realwirtschaft der europäischen Staaten nicht mehr ab. Es werden Rettungspakete geschnürt und Reformen der makroökonomischen Governance-Architektur des Euro-raums verkündet, um ein Auseinanderfallen des gemeinsamen Währungsgebiets zu verhindern. Diese Reformen brechen jedoch nicht mit einem für die Krise verantwortlichen verengten Wirtschaftsverständnis und werden deshalb bei der Stabilisierung des Euro-Raumes langfristig nicht erfolgreich sein.

### **Die Krise ist keine Staatsschuldenkrise!**

Um der Krise Einhalt zu gebieten, setzten Europas mehrheitlich konservative Staats- und Regierungschefs in der Vergangenheit an verschiedenen Punkten an, verfehlten jedoch die Bekämpfung der Ursachen. All die begonnenen Reformen der Finanz- und Wirtschaftsarchitektur -Europäisches Semester, reformierter Stabilitäts- und Wachstumspakt („Sixpack“ und „Twopack“), die Einführung einer vertraglichen Schuldenbremse, der Euro-Plus-Pakt oder die Einrichtung eines dauerhaften Europäischen Stabilisierungsmechanismus greifen zu kurz, sie sind teilweise sogar falsch, und vermögen nicht, die grundsätzlichen Konstruktionsmängel der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu überwinden.

Die Krise ist nicht Folge von hoher Staatsverschuldung durch schlechte Haushaltsführung. Wie sich an den Beispielen Spanien und Irland belegen lässt, sind selbst Staaten, die nach den Kriterien der Wirtschafts- und Währungsunion vorbildlich gewirtschaftet haben, nun im Sog der Krise und müssen zu hohe Zinsen auf ihre Staatsanleihen zahlen. So wichtig das grundlegende Ziel einer Reduzierung zu hoher Staatsverschuldung ist, die extrem in die Höhe geschossenen Staatsschulden sind eine direkte Konsequenz aus der Rettung systemrelevanter Banken und staatlicher Konjunkturpakete in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2007-2009. Sie sind nicht Konsequenz verfehlerter Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten.

Der Abbau des so entstandenen Schuldenbergs kann jedoch nicht durch Kürzungen an den Sozialsystemen der europäischen Länder in Folge aufgezwungener Sparprogramme vorangetrieben werden. Wer Löhne und Sozialausgaben radikal zusammenstreicht, verhindert zukunftsweisende Investitionen ebenso wie den zur Ankurbelung der Wirtschaft dringend benötigten Konsum. Steigende Arbeitslosigkeit und ausbleibende Steuereinnahmen führen in der Konsequenz zu einem Teufelskreis aus Rezession und Schulden.

Es zeigt sich seit nunmehr drei Jahren, dass sich die Krise mit Hilfe rigoroser Privatisierungs- und Sparpolitik nicht lösen lässt. In den betroffenen Staaten bricht nicht nur die Binnennachfrage weg, am gravierendsten ist jedoch, dass auch ein großer Teil der Bevölkerung in Armut gestürzt wird. Die von populistischen Medien und Politikern angeheizte Stimmung, ganze Völker hätten jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt, ist falsch und zu verurteilen. Der Großteil der Bevölkerung Griechenlands, Spaniens, Italiens, Portugals, Zyperns oder Irlands gehört nicht zu den Verursachern der Krise, muss aber als Folge neoliberaler Politik deren Kosten tragen.

Wir sagen ganz klar: Es handelt sich nicht um einen Konflikt unterschiedlicher Mitgliedstaaten in der Eurozone. Es handelt sich vielmehr um einen Konflikt zwischen denjenigen, die vor und in der Krise profitiert haben, und denjenigen, die nun die Konsequenzen tragen müssen.

Sinkende Lohnstückkosten - bedingt durch sinkende Reallöhne bei gleichzeitiger

Vertagt auf LPT II/2013

01 Produktivitätssteigerung und einer zu weit gehenden Deregulierung des Arbeits-  
02 marktes mit übermäßigem Ausbau des Niedriglohnbereichs und dem Fehlen von  
03 Mindestlöhnen - begünstigten die Entstehung enormer Leistungsbilanzungleichge-  
04 wichte im Euroraum. Die Konsequenz dieser Vernachlässigung der Binnennachfrage  
05 tragen nicht nur die Menschen in Deutschland, sondern auch unsere Nachbarn. Der  
06 unter anderem mangels Binnennachfrage erfolgende Exportüberschuss deutscher  
07 Waren und Kapital an seine europäischen Handelspartner führte dort zu immer  
08 höheren privaten Schulden und negativen Handelsbilanzen – begünstigt durch einen  
09 unzureichenden Regulierungsrahmen. Deutschland ist also keineswegs der „gesunde  
10 Musterknabe“, der seinen verkrusteten Arbeitsmarkt auf Vordermann gebracht und  
11 kluge Lohnzurückhaltung geübt hat, sondern Teil des Problems. Wir benötigen des-  
12 wegen einen gesetzlichen Mindestlohn, eine Tarifpolitik, die Inflation und Produkti-  
13 vitätsgewinne überkompensiert, und die Re-Regulierung von Zeit- und Leiharbeit.

14  
15 Gleichzeitig erstarkt der Nationalismus in den europäischen Mitgliedstaaten. Wo sich  
16 das Bild von nicht hart genug arbeitenden Menschen in Südeuropa durchsetzt, so  
17 wie es gerade in Teilen der deutschen Medien gezeichnet wurde, fehlt die Grundlage  
18 für Solidarität und werden die wirklichen Ursachen der Krise verschleiert. Die Krise  
19 lösen können nicht einzelne Mitgliedstaaten, sondern nur die Europäische Union  
20 insgesamt. Mehr Europa, nicht weniger muss die Antwort auf die gegenwärtige  
21 krisenhafte Zuspitzung im Euroraum sein. Die wirtschaftliche und politische Einheit  
22 Europas bleibt auch in Zukunft unser erklärtes Ziel.

## 23 24 **Was jetzt zu tun ist: Unser sozialdemokratischer Weg aus der Krise**

25 Für eine wirksame und nachhaltige Bekämpfung der Krise müssen kurzfristige und  
26 langfristige Maßnahmen getroffen werden. Diese müssen neben wirtschaftlichen  
27 Gesichtspunkten auch sozialen Aspekten standhalten und zudem die Demokratie in  
28 Europa schützen und fördern.

29  
30 Kurzfristig gilt es, den Euroraum zu stabilisieren. Hierzu sollten folgende Maßnah-  
31 men ergriffen werden:

- 32 ■ Ausgabe gemeinsamer Eurobonds: Eine unbedingt erforderliche Maßnahme ist  
33 ein System, wonach ein Teil der nationalen Schulden im Rahmen eines europäi-  
34 schen Verbundsystems (sog. Eurobonds) begeben und besichert werden.
- 35 ■ Die Einrichtung eines Fonds zur Tilgung der Altschulden für alle Mitgliedstaaten,  
36 der sich über gemeinschaftlich begebene und besicherte Anleihen finanziert, ist  
37 dabei vordringlich.
- 38 ■ Die Gewährung von Krediten an in Zahlungsschwierigkeiten geratene Staaten  
39 über die EFSF und den ESM muss zu niedrigen Zinssätzen und über einen lang-  
40 fristigen Zeitraum erfolgen. Die harte Konditionierung mit radikalen Einschnit-  
41 ten in die Wohlfahrtsstaaten und Volkswirtschaften ist kontraproduktiv. Statt  
42 Spardiktaten müssen die Reichen an der Konsolidierung beteiligt werden!
- 43 ■ Um staatliche Tätigkeit mit ausreichenden Finanzmitteln zu gewährleisten und  
44 die Verursacher der Krise an den Kosten zu beteiligen, sind folgende Maßnah-  
45 men nötig: eine europäische Finanztransaktionssteuer, Steuererhöhungen für  
46 Wohlhabende sowie eine einmalige europäisch koordinierte Vermögensabgabe  
47 für einen notwendigen Lastenausgleich und eine effektive Gläubigerbeteiligung  
48 beim Schuldenabbau.
- 49 ■ Bei der Ausarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens muss eine stärkere  
50 Gewichtung auf die Ausgaben im Bereich regionale Entwicklung, Forschung und  
51 Entwicklung sowie Soziales gelegt werden. Generell sollte das Volumen des EU-  
52 Haushalts steigen, z.B. durch eine Reform des EU-Eigenmittelsystems mittels ei-  
53 ner EU-Steuer.
- 54 ■ Statt auf Austerität zu bauen, sollte ein europäisches Investitionsprogramm für  
55 Wachstum, Innovation und Beschäftigung aufgelegt werden. Der Mechanismus  
56 zu den Schuldenregeln im reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie  
57 im Fiskalpakt muss kritisch hinterfragt und reformiert werden.
- 58 ■ Revision des Stabilitäts- und Wachstumspakts: Anstelle der bislang gültigen  
59 Fixierung auf öffentliche Verschuldung fordern wir zusätzlich die Einbeziehung  
60 privater Verschuldung. Das neue Verfahren zur Überwachung makroökonomi-  
61 scher Ungleichgewichte weist dabei in die richtige Richtung, sollte aber auf eine  
62 symmetrische Anpassung der Ungleichgewichte setzen und nicht einseitig die

01 Defizitstaaten benachteiligen. „Exportweltmeister“ zu sein ist kein ökonomisch  
02 vernünftiges Ziel.

03

04 Um die strukturellen Defizite des Euroraums zu überwinden, ist eine Revision der  
05 bestehenden Verträge notwendig. Mittel- und langfristig gilt es deshalb, folgende  
06 Maßnahmen anzugehen:

07

- 08 ■ Aufbau einer politischen Union: Langfristig ist zusätzlich zur bestehenden Wäh-  
09 rungsunion eine echte Wirtschafts- und Sozialunion aufzubauen. Wir benötigen  
10 eine demokratisch kontrollierte europäische Wirtschaftsregierung, um makro-  
11 ökonomische und finanzielle Ungleichgewichte innerhalb der Union zu vermei-  
12 den.
- 13 ■ Aufbau einer europäischen Sozialunion: Die Angleichung der Lebensverhältnisse  
14 in Europa muss wieder ins Zentrum der EU-Politik rücken. Dazu sollte ein Sozia-  
15 ler Stabilitätspakt eingerichtet werden, der gemeinsame Rahmenregeln für  
16 Mindestlöhne, die Höhe der Sozialausgaben und eine Harmonisierung der Un-  
17 ternehmenssteuern, verbindlich und orientiert an der jeweiligen Wirtschafts-  
18 leistung eines jeden Mitgliedstaats, vorgibt.
- 19 ■ Reform der Europäischen Zentralbank: Für eine Abkehr von einer alleinigen  
20 Fixierung auf die Inflationsvermeidung ist es höchste Zeit. Bei der Ausrichtung  
21 ihrer Zinspolitik soll die EZB in Zukunft auch andere Zielgrößen – etwa Beschäf-  
22 tigung und nominelles Wirtschaftswachstum – einbeziehen.

23

24 Wir stehen zu einem Europa, in dem alle Mitgliedstaaten gleichberechtigt zusam-  
25 menarbeiten. Wir verurteilen eine Haltung, die das deutsche Wirtschaftsmodell und  
26 die deutsche Krisenpolitik anderen Mitgliedstaaten aufzwingen will. Eine Union kann  
27 nur bestehen, wenn sich alle gegenseitig respektieren und bereit sind, voneinander  
28 zu lernen. In diesem Sinne fordern wir mehr denn je die Umsetzung des europäi-  
29 schen Leitgedanken, der die unterschiedlichen Lebensweisen in Europa begrüßt: „In  
30 Vielfalt geeint“.

31

## 32 **Mehr Demokratie wagen – auch in Europa!**

33 Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union werden auf Unionsebene un-  
34 mittelbar von den Mitgliedern des Europäischen Parlaments vertreten. Um die de-  
35 mokratische Legitimität der EU insgesamt zu erhöhen, ist es daher erforderlich, die  
36 Rolle des Europäischen Parlaments weiter zu stärken. Gleichzeitig müssen die Bürge-  
37 rinnen und Bürger besser über die Auswirkungen der EU auf ihren Alltag, über den  
38 europäischen Gesetzgebungsprozess und über ihre eigenen Mitwirkungsmöglichkei-  
39 ten auf europäischer Ebene informiert werden.

40 Wir treten dafür ein, die politische Legitimität sowohl des Europäischen Parlaments  
41 als auch der Europäischen Kommission zu stärken, indem die Wahl des Präsidenten  
42 der EU-Kommission unmittelbar mit der Entscheidung der Wählerinnen und Wähler  
43 bei den Europawahlen verknüpft wird.

44

45 Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass die europäischen politischen Parteien für die  
46 Europawahl 2014 jeweils einen eigenen Spitzenkandidaten für die Präsidentschaft  
47 der Kommission aufstellen werden, die oder der in allen Mitgliedstaaten als Kandi-  
48 dat mit einem europäischen Wahlprogramm für die jeweilige Parteienfamilie antritt.  
49 Außerdem sollten neben dem Präsidenten auch weitere Mitglieder der Europäischen  
50 Kommission unter Berücksichtigung des Europawahlergebnisses aus den Reihen des  
51 Europäischen Parlaments ausgewählt werden können, um die demokratische Legi-  
52 timität der Kommission zusätzlich zu erhöhen.

53

54 Die politischen Parteien auf europäischer Ebene leisten einen wichtigen Beitrag zur  
55 Bildung eines europäischen politischen Bewusstseins. Wir treten dafür ein, die euro-  
56 päischen politischen Parteien weiter zu stärken und die Verbindungen und Kontakte  
57 zwischen den europäischen politischen Parteien und den Mitgliedern der Parteien in  
58 den Mitgliedstaaten stärker zu fördern und auszubauen, um so die demokratische  
59 Wechselwirkung zwischen europäischer und lokaler Ebene zu stärken. Wir fordern  
60 daher einen zügigen Abschluss der gegenwärtig laufenden Verhandlungen über die  
61 Verordnung für ein Europäisches Parteienstatut, um den europäischen Parteien zu  
62 ermöglichen, rechtzeitig vor den Europawahlen 2014 von einem europäischen

01 Rechtsstatus und flexibleren Finanzierungsbestimmungen zu profitieren.  
02 Auch die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) muss sich weiterentwickeln und  
03 gestärkt werden. Wir müssen über zentrale Politikfragen auf den Parteitagen disku-  
04 tieren und verbindliche Mehrheitsentscheidungen treffen. Neben dem SPE-  
05 Präsidenten müssen weitere Positionen – zumindest der Generalsekretär bzw. die  
06 Generalsekretärin – vom Parteitag gewählt werden. In Deutschland ist das SPE-Logo  
07 im Rahmen der Europakampagnen zu nutzen. Der Parteivorstand und die Gliederun-  
08 gen sollen allen neuen Mitgliedern Informationen über die SPE zur Verfügung stellen  
09 und auf ihren Webseiten auf die SPE-Angebote hinweisen.

10  
11 Das Europäische Parlament sollte noch stärker als Bühne der europäischen Politik  
12 dienen, indem Vertreter aller Organe sowie Staats- und Regierungschefs regelmäßig  
13 bei Plenarsitzungen zu aktuellen Fragen der EU-Politik Stellung nehmen und sich  
14 austauschen. Dies soll zu einer stärkeren Wahrnehmung des europäischen politi-  
15 schen Diskurses in der Öffentlichkeit führen.

16 Nach den Europawahlen 2014 und der Wahl der nächsten Kommission durch das  
17 Europäische Parlament sollte ein Konvent einberufen werden, um die für eine weite-  
18 re Stärkung der demokratischen Legitimität der EU notwendigen Vertragsänderun-  
19 gen zu erarbeiten. Die Ergebnisse sind von den Bürgerinnen und Bürgern zu legiti-  
20 mieren.

21  
22 Institutionell muss dabei ein föderales System angestrebt werden mit einem starken  
23 Europäischen Parlament und einem Rat als Länderkammer, die gemeinsam als Ge-  
24 setzgeber fungieren und jeweils über ein eigenes Initiativrecht für EU-Rechtsakte  
25 verfügen, und mit einer Europäischen Kommission, die zu einer echten europäischen  
26 Regierung aufgewertet wird und vom Europäischen Parlament gewählt, kontrolliert  
27 und gegebenenfalls auch abgesetzt werden kann.

28  
29 Wir wollen direktdemokratische Elemente stärken und die Erfahrungen mit der  
30 ersten Europäischen Bürgerinitiative „Right2water“ dahingehend auswerten.  
31 Die demokratische Legitimation der Politik durch das Europäische Parlament und  
32 durch die nationalen Parlamente steht nicht in Konkurrenz miteinander. Vielmehr  
33 ergänzen sich diese beiden Quellen der demokratischen Legitimität nach dem Prinzip  
34 der Subsidiarität, was bedeutet, dass die Entscheidungen auf der Ebene legitimiert  
35 werden, auf der sie getroffen werden.

36  
37 **Keine „Festung Europa“! Für ein europäisches Asylrecht mit hohen Standards!**

38 Die SPD Berlin begrüßt die Entwicklung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsys-  
39 tems (GEAS)). Die Umsetzung des Regulierungsrahmens ist im Bereich Asylrecht bis  
40 heute ein Flickenteppich und bedarf dringend einer Harmonisierung.

41 Die unterschiedliche Behandlung von Flüchtlingen in den einzelnen Mitgliedstaaten  
42 macht ein Asylgesuch unter den gegenwärtigen Regelungen der Dublin-II-  
43 Verordnung zu einem Lotteriespiel. Daher sind die beschlossene europaweite Ver-  
44 einheitlichung des Status von Flüchtlingen und die Berücksichtigung geschlechtsspe-  
45 zifischer Verfolgung – ebenso wie das Recht, nach neun Monaten eine Arbeit auf-  
46 nehmen zu können – ein Schritt in die richtige Richtung. An den entscheidenden  
47 Stellen gehen die geplanten Neuerungen jedoch nicht weit genug: so bleibt die Re-  
48 gelung der Dublin-II-Verordnung bestehen, nach der derjenige EU-Staat für die Auf-  
49 nahme der Flüchtlinge zuständig ist, der zuerst betreten wurde. Dies führt nach wie  
50 vor zu automatischen Abschiebungen auch in EU-Staaten, die die gemeinsamen  
51 europäischen Asyl-Standards nicht erfüllen. Außerdem bleibt damit die ungerechte  
52 Verteilung der mit der Aufnahme von Flüchtlingen verbundenen Lasten – insbeson-  
53 dere für die Mittelmeeranrainerstaaten – bestehen. Am Widerstand der deutschen  
54 schwarz-gelben Regierung scheiterte auch eine Reform der ‚Flughafenregelung‘,  
55 nach der Asylsuchende noch am Flughafen in Gewahrsam genommen und im  
56 Schnellverfahren abgefertigt werden können. Stattdessen werden weitere Gründe  
57 für die Inhaftierung von Flüchtlingen geschaffen.

58 So wichtig und richtig die Vereinheitlichung des europäischen Asylrechts auch ist, sie  
59 darf nicht zu einer Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners oder gar zu Rück-  
60 schritten in der nationalen Asylpolitik führen! Darum fordern wir:

- 61 ■ Keine automatische Abschiebung! Flüchtlinge dürfen nicht automatisch in EU-  
62 Staaten abgeschoben werden, die europäische Standards nicht erfüllen. Gleich-

- 01 zeitig müssen die EU-Standards zur Aufnahme, Unterbringung und Versorgung  
02 von Flüchtlingen schrittweise erhöht werden. Gutscheinsysteme sowie men-  
03 schenunwürdige Massenunterkünfte sind abzulehnen.
- 04 ■ Gerechte Verantwortungsverteilung in Europa! Das Dubliner System muss da-  
05 hingehend reformiert werden, dass die Lasten durch Flüchtlingsströme auf die  
06 einzelnen EU-Staaten gerechter verteilt werden, z.B. durch die Etablierung eines  
07 Verfahrens, das Abhilfe bei Überforderung besonders von Mitgliedstaaten mit  
08 EU-Außengrenzen schafft.
  - 09 ■ Flughafenasylverfahren abschaffen! Schnellverfahren, wie die in Deutschland  
10 übliche Praxis des Flughafenasylverfahrens, müssen bei einer Überarbeitung der  
11 EU-Asylverfahrens-richtlinie für unzulässig erklärt werden.
  - 12 ■ Keine weiteren Haftgründe! Flüchtlinge, die sich keiner Straftat schuldig ge-  
13 macht haben, dürfen nicht in Gewahrsam genommen oder inhaftiert werden.  
14 Allein das Ersuchen um Schutz oder die Zuständigkeit eines anderen Mitglied-  
15 staats dürfen keine Haftgründe sein!
  - 16 ■ Humanisierung der Grenzschutzpolitik! Der Agentur Frontex muss die Zurück-  
17 drängung von Flüchtlingsbooten auf hoher See sowie die Zusammenarbeit mit  
18 Drittstaaten, in denen den Flüchtlingen Verfolgung, Folter oder Todesstrafe  
19 drohen, untersagt werden.
  - 20 ■ Ursachen unfreiwilliger Migration bekämpfen! Statt weiterhin Millionen von  
21 europäischen Steuergeldern für fragwürdige und teure Grenzüberwachungssys-  
22 teme wie „Eurosur“ zu verschwenden, sollten diese Mittel in die Entwicklungs-  
23 zusammenarbeit und damit in die Bekämpfung der Ursachen unfreiwilliger Mig-  
24 ration investiert werden.

25

## 26 **Die Energiewende europäisch vorantreiben!**

27 Wir brauchen eine ehrgeizige europäische Klima- und Energiepolitik – auch nach  
28 2020. Dies erfordert eine frühzeitige dynamische Debatte über einen klaren politi-  
29 schen Rahmen bis 2030. Die Möglichkeiten beim Ausbau der erneuerbaren Energien,  
30 der Verbesserung der Energieeffizienz und der Reduzierung unserer CO<sub>2</sub>-Emissionen  
31 sind längst nicht ausgeschöpft. Im Gegenteil: Sie müssen weiterhin rechtsverbindlich  
32 und zielorientiert im Fokus einer europäischen Energie- und Klimapolitik stehen.  
33 Klarheit und europäische Koordinierung sind mehr denn je notwendig, um die Wett-  
34 bewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken

35 Wir setzen uns dafür ein, den Anteil der Erneuerbaren am Energieverbrauch bis zum  
36 Jahr 2030 auf 40 bis 45 Prozent verbindlich zu steigern.

37

38 Wir benötigen mehr Aktivität beim Ausbau der Infrastruktur und bei der zukünftigen  
39 Förderung der Erneuerbaren Energien. Ein europäischer Binnenmarkt erfordert  
40 mehr gemeinsames Handeln – auch im Bereich der Erneuerbaren. Der EU-weite  
41 Ausbau einer leistungsfähigen Energieinfrastruktur und der Einsatz intelligenter  
42 Netze sind unerlässlich.

43 Dazu gehört auch, die europäischen Fördersysteme besser aufeinander abzustim-  
44 men, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und die Rolle der europäischen  
45 Industrie weltweit zu stärken. Die EU-Kommission muss die europäischen Fördersys-  
46 teme vergleichen, die nötigen Konsequenzen ziehen und für die Umsetzung der  
47 Leitlinien in den Mitgliedstaaten sorgen.

48 Wir fordern die Schaffung eines europäischen Energiebinnenmarktes, welcher den  
49 Zielen der Nachhaltigkeit und Solidarität verpflichtet ist, und von dem kein Privatisie-  
50 rungswang ausgehen darf. Wir fordern die grundlegende Überarbeitung des Euratom-  
51 Vertrages. Mittelfristig müssen die operativen Bestimmungen des Euratom-  
52 Vertrags und der Vertrag selbst auslaufen.

53

## 54 **Die Rechte der EU- Bürgerinnen und Bürger stärken!**

55 Wir wollen die EU weiter zu einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts  
56 ausbauen. Der Datenschutz muss auch im Netz umfassend gewährleistet werden.  
57 Dies ist im Rahmen der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung zu gewährleis-  
58 ten. Wir wollen die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung überarbeiten, um diese  
59 abzuschaffen oder zumindest bürgerrechtsfreundlich zu reformieren. Digitale Parti-  
60 zipation und Teilhabe ist ein Bürgerrecht und muss in einem zusammenwachsenden  
61 Europa gewährleistet werden.

62 Wir setzen uns für das Wahlrecht aller EU-Bürgerinnen und -bürger bei allen Wahlen

01 in der gesamten EU ein. Deshalb unterstützen wir auch die Bürgerinitiative „Let me  
02 vote.“

03 Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik ist ein zentraler Bestandteil fort-  
04 schrittlicher Bürgerrechtspolitik. Wir werden die Wirkung der Antidiskriminierungs-  
05 richtlinien überprüfen und sicherstellen, dass sie in allen Mitgliedstaaten eingehal-  
06 ten werden.

07 Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher müssen grenzüberschreitend ge-  
08 schützt werden. Für uns gilt: Verbraucherschutz geht vor Profit. Wir wollen eine  
09 europäische Lebensmittelampel und klare Herkunftsnachweise bei allen Produkten.  
10 Europa ist für uns eine Wertegemeinschaft. Wir bekennen uns zur Durchsetzung  
11 insbesondere der in der EU-Grundrechtecharta verankerten Rechte. Gegen Mitglied-  
12 staaten, die gegen die in den Verträgen verankerten gemeinsamen europäischen  
13 Werte und Prinzipien verstoßen, ist konsequent vorzugehen.

14

## 15 **Europäische Förderungen für Berlin ausbauen!**

16 Programme der EU-Regional- und Stadtpolitik wie der Europäische Sozialfonds (ESF)  
17 und der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) leisten einen wichtigen  
18 Beitrag zur Entwicklung Berlins und von seinem Umland.

19 Wir fordern die Festlegung einer ESF-Sockelfinanzierung für beschäftigungsfördernde  
20 Programme zur Erhöhung der Schlagkraft von Bildungs- und Ausbildungsangebo-  
21 ten zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Wiedereingliederung ju-  
22 gendlicher Arbeitssuchender. Wir fordern die fortgesetzte Förderung u. a. von Exis-  
23 tenzgründungen und dem Zugang zu lebenslangem Lernen.

24 Wir treten für eine Erhöhung der ESF-Gelder für Qualifizierungsprogramme und  
25 Eingliederungshilfen ein. Es gilt, Aufstiegschancen vor Ort zu schaffen.

26 Bestehende Programme zur Förderung des Kapazitätsaufbaus und des Erfahrungsaustauschs sollen für integrierte Maßnahmen genutzt werden: städtische Herausforderungen wie Umsetzung der Klimaschutzziele und Kampf gegen soziale Ausgrenzung müssen durch innovative Projekte angegangen werden.

30 Bei der seit 2006 umgesetzten Oder-Partnerschaft fordern wir EFRE und TNT-  
31 Investitionen in die Infrastruktur, beispielsweise in die Bahnverbindungen von Berlin  
32 nach Stettin, oder von Berlin über Cottbus/Forst nach Breslau. Die  
33 regionalen Programme sollen in der nächsten Förderperiode für grenzüberschreitende Zusammenarbeit geöffnet und genutzt werden.

35 Für alle Programmsegmente gilt, dass der Mehrwert Europas hervorgehoben werden muss: durch eine effiziente Umsetzung von Förderpolitiken, durch qualifizierte Projektträger, für die Menschen in unseren Berliner Kiezen. Wir fordern, dass Bund und Land die notwendige Kofinanzierung aller relevanter EU-Förderprogramme für Berlin klar sicherstellen.

40

41 Ein starkes Europa als Friedensmacht in der Welt

42 Das vereinte Europa ist ein Friedensprojekt und eine demokratische und soziale Wertegemeinschaft. Deshalb macht sich die EU mit den Mitteln der Diplomatie und des Dialogs weltweit für den Erhalt und den Ausbau von Demokratie, Menschenrechten und sozialer Sicherheit stark. In Zeiten der Globalisierung sehen wir in der EU die einzige Möglichkeit, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in unserer Gesellschaft zu erhalten und auszubauen.

48 Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die EU auch eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern fördert. Wir treten ein für einen Ausbau und eine bessere Koordination der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit der EU-Länder und der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen vor allem

- 53 ■ beim Aufbau von Systemen der Grundsicherung in den ärmsten Entwicklungsländern
- 54 ■ der Bekämpfung der großen Epidemien wie Aids, Malaria, Tuberkulose
- 55 ■ der Sicherung von medizinischer Grundversorgung und des Zugangs aller Menschen zu lebensnotwendigen Medikamenten.

58 Wir fordern die Bindung des Abschlusses von Handelsabkommen (Economic Partnership Agreements) der EU mit Entwicklungsländern an die Achtung der Menschenrechte und die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und verstärkte Anstrengungen der EU für Zivile Krisenprävention, Konfliktregulierung und Konfliktnachsorge in Entwicklungsländern.

62

- 01 Wir begrüßen die Erweiterung der Kompetenzen der Gemeinsamen Außen- und  
02 Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspoli-  
03 tik (GSVP), die mit dem Vertrag von Lissabon erreicht wurde. Anhand aktueller Bei-  
04 spiele zeigt sich aber, dass eine Weiterentwicklung notwendig ist:
- 05 ■ Die GASP und GSVP sind durch eine Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip bei  
06 Entscheidungen des Ministerrates weiterzuentwickeln.
  - 07 ■ Gleichzeitig müssen dem Europäischen Parlament mehr Kompetenzen in beiden  
08 Feldern zugeschrieben werden, um die Legitimierung außenpolitischer Ent-  
09 scheidungen zu erhöhen. Zur Überwindung nationaler Denkmuster sollte lang-  
10 fristig eine gemeinsame europäische Armee gebildet werden, die unter parla-  
11 mentarischer Kontrolle stehen muss. Unbeschadet dessen setzen wir uns für ei-  
12 nen Abbau militärischer Kapazitäten in Europa und weltweit sowie für eine Be-  
13 grenzung der Rüstungsexporte in der EU auch durch strengere Rüstungsexport-  
14 regeln in der gesamten EU ein.
  - 15 ■ Bei einer notwendigen Reform der Institutionen der Vereinten Nationen sollte  
16 die EU mit einem ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat vertreten sein.

17  
18 Europäische Erweiterungspolitik ist Friedenspolitik. Wir halten daher an dem Ziel  
19 fest, die Staaten des westlichen Balkans und die Türkei als Vollmitglieder in die EU  
20 aufzunehmen, wenn sie die Beitrittskriterien erfüllen. Um dieses Ziel zu erreichen,  
21 wollen wir diese Staaten auch zukünftig in ihren Reformen hin zu mehr Demokratie  
22 und Rechtsstaatlichkeit unterstützen. Langfristig sollte es unser Ziel bleiben, alle  
23 Staaten Europas in den europäischen Integrationsprozess einzubeziehen.

24  
25 Die Förderung und Unterstützung unserer Nachbarn durch die Europäische Nachbar-  
26 schaftspolitik (ENP) bleibt für uns ein wichtiges Anliegen. Ihre Arbeit und Ergebnisse  
27 bedürfen aber einer ständigen Evaluierung und Verbesserung am Maßstab der ge-  
28 meinsamen europäischen Werte und Normen. Besonderes Augenmerk sollte auf den  
29 Nahen Osten und Nordafrika gelegt werden: Durch Austauschprogramme und wirt-  
30 schaftliche Zusammenarbeit müssen die Zivilgesellschaften gestärkt werden, um der  
31 Demokratie in diesen Staaten eine echte Chance zu geben.

## 32 33 34 **Antrag 83/I/2013**

### 35 **FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung** 36 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### 37 38 **Konkrete Solidarität mit Griechenland**

39 Der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, im Sinne der  
40 nachfolgenden Überlegungen und Forderungen auf eine Änderung der Politik der  
41 Bundesregierung sowie der EU, EZB und des IWF (sog. Troika) gegenüber Griechen-  
42 land hinzuwirken:

#### 43 44 **1. Der „Lösungsansatz“ der „Memorandum“-Politik ist verfehlt und gefähr- 45 lich nicht nur für Griechenland, sondern für ganz Europa.**

46 Die „Memorandum-Forderungen“ der Troika an Griechenland gehen von einer fal-  
47 schen Analyse der Ursachen der Euro-Finanzkrise aus. Sie weisen keinen gangbaren  
48 Weg aus der Überschuldung der hoch verschuldeten EU-Staaten wie Griechenland,  
49 sondern instrumentalisieren das fälschlich zum Kern dieser Krise erklärte übermäßi-  
50 ge Ansteigen der Staatsschulden für die Durchsetzung zentraler Zielsetzungen der  
51 neoliberalen Agenda wie der weiteren Deregulierung der Arbeitsmärkte und der  
52 Senkung des Lohnniveaus, der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und des  
53 Abbaus des Sozialstaats vor allem im Bereich der Alterssicherung und der Leistungen  
54 der Arbeitslosenversicherung.

55  
56 Diese Agenda zielt nicht nur darauf ab, die Kosten der Krise den Arbeitneh-  
57 mer/Innen, Rentner/Innen und weniger Wohlhabenden in Krisenländern wie Grie-  
58 chenland aufzubürden, während die Verursacher der Krise wie die Banken und ihre  
59 Profiteure unter den Gutverdienenden von einem angemessenen Anteil an den  
60 Kosten für die Krisenfolgen frei gestellt werden. Sie zielt vielmehr darauf ab, in der  
61 gesamten EU dem neoliberalen Kurs der Umverteilung von unten nach oben und der  
62 weiteren Aushöhlung des europäischen Sozialmodells nach der vorübergehenden

Vertagt auf LPT II/2013



01 Krise des Neoliberalismus nach dem Zusammenbruch der Lehmann Brothers Bank  
02 und der 2008-2009 herrschenden Politik der Verstaatlichung von Banken und der  
03 Krisenbekämpfung mit großvolumigen staatlichen Konjunkturprogrammen wieder  
04 neuen Schwung zu geben. Die Politik hat sich mit ihren zu zaghaften und zu kurz  
05 greifenden Versuchen einer Reregulierung der Finanzmärkte und einer Zügelung des  
06 entfesselten Kasino-Kapitalismus, der den Finanzsektor mit „Massenvernichtungswaffen“ wie Kreditausfallversicherungen, Derivaten und anderen schädlichen Finanzprodukten auf Kosten der Entwicklungsmöglichkeiten der Realwirtschaft übermäßig aufgebläht hat, als unfähig erwiesen, die Ursachen der Krise wirksam zu bekämpfen. Stattdessen wird das Symptom der in den meisten betroffenen Ländern erst durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krisenfolgen aufgebauten übermäßigen Staatsverschuldung in den Mittelpunkt der politischen Krisenbearbeitung gerückt.

14  
15 Neben der Haushaltspolitik und den in den EU-Programmen institutionalisierten  
16 Schuldenbremsen (Fiskalpakt, Sixpack, Europäisches Semester usw.), die von dem fragwürdigen Konstrukt eines angeblich vom Konjunkturverlauf unabhängigen strukturellen Defizits ausgehen, wird zur Disziplinierung ganzer Staaten ein Konzept von „Wettbewerbsfähigkeit“ eingesetzt, das sich ausschließlich an niedrigen Lohnkosten und flexiblen Arbeitsmärkten orientiert.

21 Die Krise in Griechenland hat zwar auch hausgemachte Ursachen, wie Defizite in den staatlichen Verwaltungsstrukturen, ein ineffektives und ungerechtes Steuersystem sowie mit Korruption und Klientelwirtschaft verbundene Verkrustungen des Parteiensystems. Die aus diesen Fehlentwicklungen erwachsenden Wettbewerbsnachteile der griechischen Wirtschaft müssen durch Strukturreformen insbesondere im Verwaltungs- und Steuersystem und eine angemessene Heranziehung der Vermögen, insbesondere der vor allem im Ausland aktiven reichsten Unternehmerschicht an der Finanzierung der Staatsaufgaben korrigiert werden. Die Krise Griechenlands und anderer Länder wie Portugal, Spanien und Irland ist aber auch auf Fehlanreize zurück zu führen, die sich aus der Konstruktion des Vertrags von Maastricht, so der ausschließlichen Fixierung des Stabilitätspakts auf die Höhe der Staatsverschuldung, der einheitliche Geld- und Zinspolitik in der Eurozone, der Vernachlässigung der privaten Verschuldung und der makroökonomischen Ungleichgewichte ergeben haben.

35 Weiterhin vernachlässigt das Anpassungsprogramm der Troika trotz verbaler Zugeständnisse im Euro-Plus-Pakt die Implementierung von Wachstumsimpulsen in den Krisenländern, die für den Abbau der hohen Schuldenlast unverzichtbar sind. Die Fixierung auf das Konstrukt eines „strukturellen Haushaltsdefizits“ das erst abgebaut werden müsse, bevor die Austeritätspolitik gestoppt werden könne, führt sehenden Auges in eine immer weniger umkehrbare Entwicklung, in der durch sinkende Staatseinnahmen die realen Haushaltsdefizite und die Staatsschulden weiter steigen und am Ende doch die Schuldenschnitte und Schuldenübernahmen der Krisenländer durch die stärkeren Länder vollzogen werden müssen, welche durch die Politik des Kaputtsparens gerade vermieden werden sollen.

## 45 **2. Folgen der Sparzwangspolitik der EU und der Merkel-Regierung**

47 Die Regierung Merkel erweckt zu Unrecht den Eindruck einer erfolgreichen Krisenbewältigung durch solide Haushaltsführung und systematischen Schuldenabbau, die durch Kopieren des deutschen Exportmodells auch den Krisenländern in Südeuropa den Weg aus der Krise weist.

51 Tatsächlich profitiert Deutschland mit niedrigen Kreditzinsen davon, dass es die Krisenländer schutzlos der Peitsche der Finanzmärkte aussetzt, welche den Wert ihrer Staatsanleihen drückt und zu der Schuldenlast eine unerträgliche Zinslast hinzufügt.

55 Deutschland spart aber keineswegs in dem Maß, zu dem es die Krisenländer zwingt und es verdankt einen Teil seiner bescheidenen Wachstumsrat gerade dem Umstand, dass es seine Staatsschulden nicht in dem Maße abbaut, wie es die finanziellen Rahmenbedingungen zuließen.

59  
60 Die stärksten Wachstumsverluste erleiden durch die vor allem von Deutschland erzwungene Austeritätspolitik zwar die Südländer Griechenland, Spanien und Portugal und in nicht ganz so starkem Maße Italien. Mit der nach innen gerichteten Kehr-

01 seite dieser Politik, dem Lohndumping, der jahrzehntelangen Stagnation der Real-  
02 löhne und der Binnennachfrage und der ausschließlich exportorientierten Steigerung  
03 der eigenen Wettbewerbsfähigkeit verschärft Deutschland die makroökonomischen  
04 Ungleichgewichte und verfehlt seine Chance, als nachfragestarke Wachstumsloko-  
05 motive einen entscheidenden Beitrag dazu zu leisten, dass der gesamte Euro-Raum  
06 sich aus der Krise herausarbeiten kann.

07 Die Stabilisierung des Arbeitsmarkts in Deutschland ist trotz der Höchststände für  
08 versicherungspflichtig Beschäftigte nicht einer Ausweitung des Arbeitsvolumens und  
09 des Gesamt- Volumens der Arbeitseinkommen geschuldet, sondern einer Umvertei-  
10 lung von gesicherter zu prekärer Arbeit, von guter, gut bezahlter Arbeit zu Arbeit zu  
11 Niedriglöhnen, von sozial abgesicherten und ein Leben in Würde ermöglichenden  
12 Arbeitsplätzen zu Minijobs, Zeitarbeit, Leiharbeit und Werkvertragsarbeit.

13 So bleibt auch Deutschland weiter unter seinen Möglichkeiten an Lebensqualität und  
14 hinter seinem Wachstumspotential zurück.

15 Griechenland aber bezahlt diese Politik der EU und der Merkel-Regierung von 2009  
16 bis 2012 mit Wachstumsverlusten von 3 – 7 % jährlich, die öffentlichen Schulden  
17 stiegen in dieser Zeit von 130 auf 160 % des Bruttosozialprodukts. Das durchschnitt-  
18 liche Lohnniveau wird 2013 um 30 % niedriger sein als 2008.

19 Die Arbeitslosenzahlen steigen derzeit weiter über die erschreckenden Zahlen vom  
20 Ende des letzten Jahres hinaus: Eine Gesamtarbeitslosigkeit, die von 25 % auf die 30-  
21 Prozentmarke zusteuert und eine Jugendarbeitslosigkeit von über 55 %.

22 Massenarbeitslosigkeit und Verarmung immer größerer Teile der Bevölkerung sind  
23 Ergebnis des kumulativen Zusammenwirkens folgender durch die Memorandum-  
24 Politik erzwungener Einzelprozesse:

- 25 ■ der Einkommenskürzungen und der Entlassung von über 100 000 Beschäftigten  
26 im öffentlichen Dienst
- 27 ■ der Aushöhlung von Tarifverträgen und der Rechte von Gewerkschaften und  
28 Betriebsräten sowie massiven Einschnitte in die Arbeitslosenversicherung und  
29 soziale Grundsicherung für Langzeitarbeitslose
- 30 ■ massiven Einschnitten in die Systeme der Altersversorgung mit der deutlichen  
31 Senkung der Lohnersatzquote der Rente, der Aufhebung der staatlichen Garan-  
32 tie der Betriebsrenten, der Erhöhung des Renteneintrittsalters und der für eine  
33 auskömmliche Rente erforderlichen Zahl der Versicherungsjahre.

34  
35 Mittelfristig ist die jetzt noch - vor allem wegen der relativ hohen Quote von Wohn-  
36 eigentümern - nicht vergleichbar vom Armutsrisiko betroffene ältere Generation  
37 aber durch die eingeleitete Abkopplung der Alterseinkommen von den Erwerbsein-  
38 kommen mit einer vergleichbaren Armutsfalle konfrontiert wie die Jugendlichen und  
39 die Menschen im erwerbsfähigen Alter. Mit der sich verfestigenden und zum Dauer-  
40 zustand werdenden Massenarbeitslosigkeit sinken auch die Anwartschaften auf  
41 Alterseinkünfte.

42 Die Einkommens- und Kaufkraftverluste treffen natürlich auch die gegen Arbeitslo-  
43 sigkeit sehr viel schlechter abgesicherten kleinen und mittleren Gewerbetreibenden,  
44 die massenhaft ihre Geschäfte und Betriebe aufgeben müssen und das Heer der  
45 prekär Arbeitenden vermehren.

46 Die schwindenden Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt gefährden nicht nur die Zu-  
47 kunft der dynamischsten Bevölkerungsgruppen, der Jugendlichen, der technischen,  
48 wissenschaftlichen Intelligenz und der kulturell und politisch aktiven Intellektuellen,  
49 sondern die Zukunftsperspektiven des ganzen Landes. Gerade die Bevölkerungs-  
50 gruppen, welche die nötigen Reformprozesse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft  
51 tragen und voran treiben könnten, stellen den größten Anteil der zeitweisen und  
52 mehr und mehr dauerhaften Auswanderer, die ihre Zukunft in den scheinbaren  
53 Gewinnerländern der Krise wie Deutschland suchen.

54 Zurück bleibt eine immer größere Zahl von Krisen- und Modernisierungsverlierern,  
55 die ihr Heil im Rückgriff auf nationalistische, rassistische und reaktionäre Scheinlö-  
56 sungen suchen und ihre Enttäuschung an Sündenböcken wie Einwanderern und  
57 Flüchtlingen abreagieren. Der Aufstieg der offen nationalsozialistische Positionen  
58 vertretenden Gruppierung „Morgenröte“ zu einer ernst zu nehmenden parlamenta-  
59 rischen Kraft ist ein Alarmzeichen.

60  
61 Neben Stellen- und Sozialabbau, Ausbau des Niedriglohnsektors und Deregulierung  
62 des Arbeitsmarkts, Abbau von Arbeitnehmerrechten und erworbenen Ansprüchen

01 auf eine ausreichende Altersversorgung erzwingt die Memorandum-Politik aber  
02 zusätzlich mit einer forcierten Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher  
03 Dienstleistungen Maßnahmen, welche die beschriebenen Fehlentwicklungen nicht  
04 nur verschärfen, sondern den griechischen Staat auch der Mittel der Gegensteuerung  
05 berauben.  
06 Privatisierungen der Wasserversorgung, der Energieversorgung, der Verkehrsunter-  
07 nehmen sind – allein schon wegen der Umstellung auf eine profitorientierte Bewirt-  
08 schaftung – regelmäßig mit Entlassungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedin-  
09 gungen für die Beschäftigten und mit Preiserhöhungen für die Bürger verbunden, die  
10 auf sie angewiesen sind. Gewinne fließen nicht mehr dem griechischen Staat zu,  
11 sondern entweder einheimischen Unternehmen, die diese Profite nicht hinreichend  
12 im Lande versteuern oder aber an Unternehmen im Ausland.  
13 Ebenso wie die gesamte Palette der Politik des Sozialabbaus bilden die Privatisie-  
14 rungsmaßnahmen in Krisenländern wie Griechenland einen entscheidenden Hebel  
15 für das Finanzkapital und die ihm zuarbeitenden politischen Kräfte, die auch die  
16 Krisenpolitik der EU-Kommission, der EZB und des IWF maßgeblich bestimmen, das  
17 Kräfteverhältnis zwischen Kapital, Arbeit und öffentlicher Hand auch in den „star-  
18 ken“ Ländern wie Deutschland im Sinne des neoliberalen Finanzkapitalismus zu  
19 verändern.  
20 Diese Problematik erfordert keine technischen, sondern politische Antworten.  
21 Gerade die deutsche Sozialdemokratie ist gefordert, die verfehlte Politik der Privati-  
22 sierung öffentlicher Güter wie der Wasserversorgung ebenso wie das Zulassen von  
23 Arbeitseinkommen, von denen man nicht leben kann, nicht nur im eigenen Land  
24 rückgängig zu machen, sondern zu verhindern, dass diese gute Politik im Inland nicht  
25 durch eine gegenteilige Politik in Griechenland, Spanien, Portugal und Italien konter-  
26 kariert wird, die den Menschen in diesen Ländern unter dem Vorwand, den eigenen  
27 Wohlstand zu sichern, von einer deutschen Regierung aufgezwungen wird.  
28 Die SPD als kommende Regierungspartei muss auch im Wahlkampf deutlich machen,  
29 dass sie eine schizophrene Politik, die in Deutschland Mindestlöhne und Rückfüh-  
30 rung von Versorgungssystemen in öffentliche Trägerschaft befürwortet und zugleich  
31 Lohndumping und Privatisierung in Griechenland und anderen Krisenländern er-  
32 zwingt, weder selbst verfolgen noch zulassen wird.

33  
34

### 3. Politische Folgen der Memorandum-Politik

36 Die Gesamtpolitik der EU zur Bewältigung der Euro-Finanzkrise, die sich exempla-  
37 risch in der Formulierung der Bedingungen der Rettungspakete in den Beschlüssen  
38 der Staats- und Regierungschefs und den Vorgaben der Troika niederschlägt, gefähr-  
39 det und zersetzt zunehmend die Grundlagen der Demokratie nicht nur in den Krisen-  
40 ländern, sondern auch in Deutschland. Parlamente und die Wählerschaften der  
41 betroffenen Staaten werden unter Druck gesetzt, im Sinne der Erwartungen der  
42 Finanzmärkte abzustimmen und zu wählen und das auch noch in einem Zeitrahmen,  
43 der demokratische Mitbestimmung im parlamentarischen Prozess und eine demo-  
44 kratische Willensbildung nach den Regeln der Parteiendemokratie und eines zivilge-  
45 sellschaftlichen Diskurses unter Beteiligung von Gewerkschaften und anderer Inte-  
46 ressenvertretungen der betroffenen Bevölkerungsgruppen immer mehr ausschließt.  
47 Die sich daraus entwickelnde Schrumpfform einer „marktkonformen Demokra-  
48 tie“ wird dabei nicht nur als vorübergehender Ausnahmezustand angesehen, son-  
49 dern der Bundeskanzlerin als führender Protagonistin des europaweiten Spardiktats  
50 als wünschenswerter Rahmen für die Verwirklichung dieser Politik propagiert.  
51 Spektakulärer Auftakt des Prozesses der Beseitigung der politischen Selbstbestim-  
52 mung der Menschen in den Krisenländern in Südeuropa und der Enteignung ihrer  
53 politischen Institutionen war die Verhinderung der von dem damaligen griechischen  
54 Regierungschef Papandreou vorbereiteten Volksabstimmung über das von der EU  
55 beschlossene Rettungsprogramm für Griechenland durch die Drohung mit Entzug  
56 der Finanzhilfe bei einem nicht konformen Abstimmungsverhalten der griechischen  
57 Wählerinnen und Wähler. Papandreou wurde mit dieser Drohung zur Rücknahme  
58 der Volksabstimmung und zum Rücktritt gezwungen. Seine durch eine demokrati-  
59 sche Wahl eingesetzte Regierung wurde durch eine „Expertenregierung“ ersetzt,  
60 welche – auf Grund der von der EU geschaffene Zwangslage mit Zustimmung der  
61 damals noch über die absoluter Mehrheit verfügende Regierungspartei PASOK –  
62 bereit war, die Vorgaben der EU und der Troika zu erfüllen.

01 Dem „marktkonformen“ Machtwechsel in Griechenland folgte eine vergleichbare  
02 Machtübertragung auf einen Vertrauensmann der Finanzmärkte in Italien, Mario  
03 Monti an der Spitze einer gleichartigen „Expertenregierung“. Silvio Berlusconi konn-  
04 te sich angesichts des Anstiegs der Zinsen für italienische Staatsanleihen nicht mehr  
05 halten.

06 Sowohl in Griechenland wie jetzt auch in Italien haben die von EU und IWF der  
07 Mehrheit der Bevölkerung aufgezwungenen Opfer und die Einschnitte in die politi-  
08 sche Selbstbestimmung zu massiven Verwerfungen in der Parteienlandschaft ge-  
09 führt. In Griechenland haben die beiden Parteien, welche das politische Leben des  
10 Landes seit Jahrzehnten beherrscht haben und Griechenland abwechselnd mit abso-  
11 luter Mehrheit regiert haben, jetzt zusammen keine Wählermehrheit mehr und  
12 konnten nur wegen der Begünstigung der jeweils stärksten Partei durch das Wahl-  
13 recht und die Kooperationsbereitschaft einer kleineren EU-freundlichen Linkspartei  
14 eine Regierung bilden, die sich jetzt bemüht, durch eine Erfüllungspolitik gegenüber  
15 der EU die Bedingungen für weitere Stütz- und Rettungsmaßnahmen aufrecht zu  
16 erhalten.

17 Es ist Aufgabe der europäischen und insbesondere der deutschen Sozialdemokratie,  
18 die politischen Grundlagen für einen nachhaltigen Wachstumspfad in ganz Europa zu  
19 eröffnen und damit auch konstruktive Ziele für die breiten Protestbewegungen nicht  
20 nur in Griechenland, sondern auch in Spanien und Portugal anzubieten.

21 Die unveränderte Aufrechterhaltung des in großen Teilen destruktiven „Lösungspro-  
22 gramms“ der Troika und des an die Erfüllung dieses Programms geknüpften Zeit-  
23 drucks wird lediglich die Anstrengungen der besser organisierten Interessengruppen  
24 in Griechenland und den anderen Krisenländern verstärken, ihren Besitzstand auf  
25 Kosten der Bevölkerungsgruppen mit einer schwächeren Lobby zu verstärken und ist  
26 in dieser Logik Wasser auf die Mühlen der jetzt schon erschreckend starken rassisti-  
27 schen und fremdenfeindlichen und gegen Minderheiten und Flüchtlinge gerichteten  
28 Bestrebungen.

29 Unsere Forderungen

30 In weitgehender Übereinstimmung mit den Forderungen des Positionspapiers des FA  
31 II Europa „Mit mehr Solidarität aus der Eurokrise“ betrachtet der LPT folgende Maß-  
32 nahmen zur Lösung der Krise in Griechenland als vordringlich:

33 I. Die Zins- und Tilgungslasten müssen tragbar gestaltet werden, sich an der  
34 Leistungsfähigkeit des Landes orientieren, die Belastungen gerecht und nach dem  
35 Maßstab der Leistungsfähigkeit auf die einzelnen Bevölkerungsgruppen verteilen  
36 und insbesondere die Wohlhabenden und die Verursacher der Krise angemessen an  
37 den Krisenfolgen beteiligen.

38

39 Wir unterstützen insbesondere folgende Maßnahmen

- 40 1. die Ausgabe gemeinsamer Eurobonds
- 41 2. die Einrichtung eines Altschuldentilgungsfonds gemäß dem Vorschlag des deut-  
42 schen Sachverständigenrats zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage
- 43 3. eine Veränderung der Konditionierung für Kredite an Griechenland weg von der  
44 Senkung der Lohnkosten, der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, des Abbaus  
45 des Sozialstaats und der Privatisierung öffentlicher Güter zu Strukturreformen  
46 in der Verwaltung, im Finanz- und Steuer- und Justizsystem und einer effekti-  
47 ven Bekämpfung der Korruption
- 48 4. Deutliche Senkung der Zinsen für Kredite aus den Rettungsschirmen EFSF und  
49 ESM und Verlängerung der Zahlungsfristen
- 50 5. Steuererhöhungen für Wohlhabende und Sicherstellung der Steuerpflicht der  
51 Reichen in Griechenland und in der gesamten EU und eines angemessenen An-  
52 teils dieser Gruppe an der Finanzierung der Staatsaufgaben
- 53 6. Einführung einer europäischen Vermögensabgabe für einen notwendigen Las-  
54 tenausgleich
- 55 7. Ausweitung der Mittel im EU-Haushalt im Bereich regionale Entwicklung, For-  
56 schung und Entwicklung sowie Soziales.

57

58 In diesem Zusammenhang muss die SPD eine Kampagne führen, die sich gegen die  
59 auch von der Regierung Merkel vertretene Politik der Begrenzung und Schrumpfung  
60 der Beiträge insbesondere der Nettozahler an die EU wendet und einen angemesse-  
61 nen Aufwuchs des EU-Haushalts als Instrument der Schaffung von mehr Gerechtig-  
62 keit und Solidarität in Europa herausstellt.

01  
02  
03  
04  
05  
06  
07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62

- II. Das Programm zur Schuldentilgung/Schuldenreduzierung muss verbunden werden mit einem Programm zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung und zur Stabilisierung der sozialen Sicherung
- Dazu befürwortet der Landesparteitag insbesondere folgende Maßnahmen:
1. Auflegen eines europäischen Investitionsprogramms für Wachstum, Innovation und Beschäftigung
  2. Schaffung von Chancen zur Erwirtschaftung der Mittel, die Griechenland für den Schuldenabbau, die notwendigen Strukturreformen und die Entwicklung seiner Wirtschaft benötigt, durch Steigerung der deutschen Importfähigkeit durch Maßnahmen zur Steigerung der Binnennachfrage bei uns (Mindestlöhne, gleicher Lohn für Leiharbeit und zwischen Männern und Frauen, Abbau von Minijobs usw.)
  3. Abschluss eines Pakts für soziale Standards (PSS) in allen Mitgliedstaaten der EU (Forderung aus 2013 – 2017 Impulse für ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm der PL)

## **Antrag 84/I/2013**

**KDV Tempelhof-Schöneberg**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

### **Umkehr in der EU-Krisenpolitik: Solidarität statt Spardiktat**

Die Berliner SPD fordert eine Umkehr in der europäischen Krisenpolitik. Die Bedingungen der Troika aus EZB, EU-Kommission und IWF, niedergelegt im Griechenland-Memorandum, sind kein nachhaltiges Konzept zur Überwindung der Krise, sondern verschärfen diese.

Deregulierung der Arbeitsmärkte, Senkung des Lohn- und Rentenniveaus, Abbau von Sozialleistungen und Zwangsprivatisierungen öffentlicher Dienstleistungen führen zu einer Umverteilung von unten nach oben und zu weiterer Destabilisierung. Die wachsende Arbeitslosigkeit in den Mittelmeerländern verschärft die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa. Zudem geht ein Großteil der Rettungsgelder über die Banken an die Gläubiger in Mitteleuropa. Die Menschen in den Krisenländern haben davon nichts. Im Gegenteil: Sie müssen für die Rettungspakete bitter bezahlen.

Statt diktiert Sparpolitik und Umbau der Sozialstaaten in marktkonforme Demokratien braucht Europa sozialstaatliche Antworten auf die Finanzkrise.

Die Berliner SPD fordert den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion auf, für folgende Maßnahmen einzutreten:

1. Die privaten Gläubiger und Kapitalanleger sind in angemessenem Umfang an den Krisenfolgekosten zu beteiligen. Sie müssen nach dem Modell Zypern mit einem Teil ihres Vermögens zur Finanzierung von Rettungspaketen herangezogen werden. Der Schutz der Anlage von Kleinanlegern bis 100.000 Euro muss europaweit gelten.
2. Zum langfristigen Schuldenabbau ist ein Altschuldentilgungsfonds gemäß dem Vorschlag des deutschen Sachverständigenrats einzurichten, mit dem schrittweise die Staatsverschuldung in der EU zurückgeführt werden kann.
3. Mit einer Besteuerung der wachsenden Großvermögen sowie der zunehmenden Finanztransaktionen sind die Einnahmen des Staates nachhaltig zu erhöhen und ein dauerhafter Lastenausgleich zu organisieren. Dabei soll die Initiative für eine europäische Vermögensabgabe ergriffen werden, damit die 2,8 Millionen Millionäre in der EU ihren Beitrag leisten.
4. Statt Austerität und Verzichtsreformen sind Investitionen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung (Infrastruktur, regenerative Energien) sowie europäische Kohäsion stärker zu fördern.
5. Mit gemeinsamen Eurobonds als Akt europäischer Solidarität ist der Druck von den Krisenstaaten zu nehmen und die Spekulation gegen Staatsanleihen einzelner

Annahme

01 Länder einzudämmen.

02

03

04

05

06

## **INNERES / RECHT**

07

08

09 **Antrag 85/I/2013**

10 **KDV Pankow**

11 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

12 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

13

14 **Ein Mandat, eine Aufgabe, eine Verantwortung**

15 Die SPD begrüßt und unterstützt die Position der SPD Bundestagsfraktion für „Mehr  
16 Transparenz im Deutschen Bundestag“ vom 16.10.2012. Da dieser Antrag in der 17.  
17 Wahlperiode an der Mehrheit der schwarz-gelben Regierungskoalition gescheitert  
18 ist, wird die SPD des 18. Bundestages aufgefordert, diese Position zu Beginn der  
19 Legislaturperiode wieder aufzugreifen und gesetzgeberisch umzusetzen.

20

21 Im Einzelnen fordern wir,

22

- 23 ■ dass alle etwaigen Nebenverdienste von Volksvertretern in voller Höhe, mit  
24 Angabe des Grundes der Zahlung bzw. der Tätigkeit, des Ortes der Tätigkeitsaus-  
25 übung, sowie der Nennung des Auftraggebers (soweit rechtlich möglich) und  
26 des Zahlungsorgans, spätestens am darauffolgenden Monatsende nach Aus-  
27 übung einer Nebentätigkeit beim Präsidenten der jeweiligen Gremien angezeigt  
28 werden und auf einer öffentlich zugänglichen Internet-Seite des jeweiligen  
29 Gremiums, sowie auf der persönlichen Internet-Seite des Mandatsträgers, pu-  
30 bliziert werden.
- 31 ■ dass im Falle einer Doppelfunktion Abgeordneter (z.B. als Bundestagsabgeord-  
32 neter und Vorsitzender oder Generalsekretär einer Partei) und Funktionsträger  
33 eine weitgehende Anrechnung der Abgeordnetenbezüge auf die Bezüge als  
34 Funktionsträger erfolgt
- 35 ■ dass jedwede Form der Vorteilsgewährung unter Strafe gestellt wird, und dass  
36 Sanktionen im Falle der Verletzung des Transparenzgebots oder im Falle der  
37 Abgeordnetenbestechung oder im Falle der nachweislichen Vernachlässigung  
38 des Mandats zugunsten Dritter gegenüber heute spürbar verschärft werden  
39 bzw. beim wiederholten Verstoß bis hin zum sofortigen Verlust des Mandats  
40 führen können.
- 41 ■ eine Karenzzeit von 18 Monaten bevor Regierungsvertreter nach Ihrem Aus-  
42 scheiden aus dem Amt neu in einem Privatunternehmen tätig werden dürfen,  
43 wenn dieses Unternehmen von ihren Entscheidungen und Positionen als Volks-  
44 vertreter berührt wurde (sog. „Drehtür“-Effekt, wie im Fall von Wolfgang Cle-  
45 ment, 2006).

46

47 Ergänzend sind folgende Begleitmaßnahmen anzustreben:

- 48 ■ Die sofortige Ratifizierung des „Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen  
49 Korruption“ (UNCAC) von 2005, das die Bundesrepublik Deutschland wie 161  
50 andere Länder zwar unterzeichnet, aber im Gegensatz zu 140 dieser Länder  
51 noch nicht ratifiziert hat (Stand 24.09.2012).
- 52 ■ Die Gleichsetzung von gewählten Volksvertretern mit Beamten bei der Annah-  
53 me von Geschenken und anderen Vorteilen im Amt (Bestechlichkeit). Es  
54 ist in einer demokratischen Gesellschaft weder ethisch vertretbar, noch poli-  
55 tisch zielführend, wenn Beamte (welche Staatsdiener sind) sich – zu Recht –  
56 strengen Antikorruptionsgesetzen unterwerfen müssen, während Volksvertre-  
57 ter (welche Staatsdiener auf Zeit sind) im Wesentlichen davon ausgenommen  
58 werden.

59

60 **Ersetzungsantrag zum Antrag 86/I/2013**

61 **Jusos**

62

Annahme

Annahme

01 **Kein Filmen bei Demonstrationen! Versammlungsfreiheit darf nicht eingeschränkt**  
02 **werden!**

03

04 Versammlungsfreiheit ist eines der Grundrechte und gehört untrennbar zu einer  
05 freien Gesellschaft.

06 Wir möchten, dass sich Menschen politisch engagieren und ihrer Meinung in der  
07 Öffentlichkeit Ausdruck verleihen können. Hierzu gehört ein Versammlungsrecht,  
08 das nicht repressiv ist und alle TeilnehmerInnen unter einen Generalverdacht stellt.

09

10 Im Abgeordnetenhaus wurde mit den Stimmen der SPD-CDU-Koalition das umstrit-  
11 tene Gesetz „Gesetz über Aufnahmen und Aufzeichnungen von Bild und Ton bei  
12 Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen“ beschlossen. Es wird das Fil-  
13 men und Überwachen von Demonstrationen rechtlich verankern. Dieses Gesetz  
14 stellt eine Kriminalisierung all jener dar, die von ihren Grundrechten auf Meinungs-  
15 und Versammlungsfreiheit Gebrauch machen. Es indiziert, dass von Menschen, die  
16 ihren politischen Willen mittels einer Demonstration kundtun wollen, grundsätzlich  
17 eine Gefahr ausgeht, die eine permanente Überwachung mit Kameras rechtfertigt.  
18 Darüber hinaus eröffnet es einer besseren individuellen Erkennung Tür und Tor, da  
19 technisch gesehen sehr schnell zwischen der Übersichtsaufnahme und einer indivi-  
20 duellen Beobachtung gewechselt werden kann. Dies ist für die Demonstrationsteil-  
21 nehmerInnen nicht zu erkennen.

22

23 Wir kritisieren deshalb dieses Gesetz und fordern die Abschaffung. Die SPD darf  
24 nicht zulassen, dass Grundrechte unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Sie muss  
25 sich für eine offene Gesellschaft einsetzen, in der Demonstrationen wieder als es-  
26 sentieller Bestandteil eines politischen Willensbildungsprozesses gesehen und ge-  
27 fördert werden. Der Staat darf keine Angst vor der öffentlichen Meinungskundgabe  
28 seiner Einwohner haben. Wir lassen uns nicht einschüchtern und werden auch wei-  
29 terhin an Großdemonstrationen teilnehmen! Wir erklären uns solidarisch mit allen  
30 Betroffenen in Berlin.

31

32 **Antrag 87/I/2013**

33 **Jusos Berlin**

34 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

35

36 **Gefahr für Gesundheit und Leben - den Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei**  
37 **regulieren - jetzt!**

38 In zunehmendem Maße kommt es zu gravierenden gesundheitlichen Schäden nach  
39 dem Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei.

40 Zu den typischen Symptomen beim Einsatz von Pfefferspray gehören Augenreizun-  
41 gen, vorübergehende Blindheit, Atembeschwerden und Schockzustände.

42 Insbesondere für gesundheitlich vorbelastete Personen wie z.B. AsthmatikerInnen  
43 und AllergikerInnen kann der Reizstoff eine erhebliche Gefahr darstellen. Ebenso gilt  
44 dies für Personen die unter Einfluss von Drogen und Medikamenten stehen. Die  
45 Herstellerfirmen der Reizmittel selbst weisen darauf hin, dass insbesondere bei  
46 Augenkontakt sowie bei Einatmen und Verschlucken von Pfefferspray Erste-Hilfe-  
47 Maßnahmen und das Aufsuchen einer Fachärztin oder eines Facharztes notwendig  
48 sind.

49

50 Sollte dies nicht möglich sein, können unter Einwirkung des Wirkstoffes auch lebens-  
51 gefährliche Situationen für die Betroffenen entstehen. So ereigneten sich beispiele-  
52 wise in Deutschland allein im Jahr 2009 mindestens drei Todesfälle nach einem  
53 Polizeieinsatz mit Pfefferspray.

54

55 Allgemein ist bei einem Reizstoffeinsatz gegen Menschenmengen immer zu befürch-  
56 ten, dass auch Unbeteiligte zu Schaden kommen können. Die besondere Gefahr  
57 beim Einsatz von Pfefferspray liegt in der Unberechenbarkeit, die durch den große-  
58 ren Wirkungsradius des Mittels ausgelöst wird, welche wiederum dazu führen, dass  
59 die Wahrscheinlichkeit Unbeteiligte zu verletzen weitaus höher liegt als bei anderen  
60 polizeilichen Zwangsmitteln. Der Pfeffersprayeinsatz birgt auch zusätzlich die Gefahr,  
61 auch die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten selbst gesundheitlich massiv zu  
62 beeinträchtigen, wie zahllose Vorkommnisse in der jüngeren Vergangenheit belegen.

**Überweisung an FA III - Innen-  
und Rechtspolitik**

**Überweisung an AH-Fraktion**

# LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 25. MAI 2013

01 Die Folge polizeilichen Handelns darf es nicht sein, durch derartige gefährliche Mittel  
02 Menschenleben in Gefahr zu bringen, der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist  
03 dringend zu beachten.

04

05 Daher fordern wir den SPD geführten Senat von Berlin auf, den Einsatz von Pfeffer-  
06 spray durch die Berliner Polizei in Zukunft grundsätzlich zu verbieten. Der Einsatz  
07 von Pfefferspray darf nur in Ausnahmefällen erfolgen und ist nur zulässig, wenn kein  
08 milderes Vorgehen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben ist  
09 anwendbar ist. Jeder einzelne Einsatz ist zu protokollieren und bedarf einer nach-  
10 träglichen Prüfung. Der Berliner Senat wird darüber hinaus aufgefordert, sich um  
11 eine länderübergreifende Regelung zu bemühen.

12 Insbesondere bei Demonstrationen, ist zu beachten, dass der Einsatz von Pfeffer-  
13 spray neben dem Recht auf körperliche Unversehrtheit auch das Recht auf Ver-  
14 sammlungsfreiheit berührt. Zur Abwehr einer willkürlichen Anwendung von Pfeffer-  
15 spray, muss die/der jeweilige Gruppen - und/oder ZugführerIn den Einsatz explizit,  
16 mit Angabe von Zeit, Ort und Begründung, freigeben. Dies muss sie/er anschließend  
17 unverzüglich der Einsatzleitung mitteilen.

18 Insbesondere mit Blick auf §5 UZwG Bln muss der erforderliche ärztliche Beistand  
19 gewährleistet sein. Anlaufpunkte zur medizinischen Versorgung sind vorher be-  
20 kanntzugeben.

21

22 **Änderungsantrag zum Antrag 87/I/2013**  
23 **AfA Berlin, Rolf Wiegand, Frank Zimmermann**

24

25 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

26 Abgeordnetenhaus und Senat werden aufgefordert, den Einsatz von Pfefferspray  
27 durch die Polizei zu evaluieren.

28 Dabei sind die Regelungen zu den unterschiedlichen Einsatzgründen zu erfassen und  
29 zu überprüfen.

30 Gegebenenfalls sind Änderungen bei den Regelungen der Zwangsmaßnahmen und  
31 deren Dokumentation vorzunehmen.

32

33 **Antrag 88/I/2013**

34

34 **KDV Mitte**

35 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

36

37 **Rundfunkbeitrag sozial gerecht nachbessern**

38 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und Abgeordnetenhaus werden auf-  
39 gefordert, bei den anstehenden Evaluationen und Nachbesserungen der Rundfunk-  
40 gebührenordnung für eine stärkere Beachtung sozialer Gesichtspunkte zu kämpfen.  
41 Insbesondere Geringverdiener mit einem Einkommen knapp über dem Transferlei-  
42 stungssatz (v. a. Studenten, Rentner, Selbstständige/ Freischaffende) müssen beson-  
43 ders bei den bereits angekündigten Nachbesserungen der Haushaltsabgabe berück-  
44 sichtigt werden. Auch die Regelungen für hochgradig Schwerbehinderte müssen  
45 kritisch geprüft und nach sozialen Gesichtspunkten angepasst werden.

46

47 **Antrag 90/I/2013**

48

48 **ASF Berlin**

49 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

50

51 **Gesetzeslücke schließen!**

52 Die SPD Berlin fordert die SPD-Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats  
53 sowie die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion auf, einen Gesetzentwurf in den  
54 Deutschen Bundestag bzw. Bundesrat einzubringen, der die offenkundige Gesetzes-  
55 lücke im Strafgesetzbuch durch die Einführung eines Paragraphen „Sexuelle Belästi-  
56 gung“ schließt.

57

58 **Antrag 91/I/2013**

59

59 **Jusos Berlin**

60 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

61

62 **Privatanschriften von Engagierten schützen**

Überweisung an FA III - Innen-  
und Rechtspolitik  
Überweisung an AH-Fraktion

Annahme in der Fassung der AK

Annahme

Annahme



01 Der Präsident des Abgeordnetenhauses und der Innensenator werden aufgefordert,  
02 die Privatadressen von Bewerberinnen und Bewerbern zum Berliner Abgeordneten-  
03 haus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen besser zu schützen. Die Veröff-  
04 fentlichung der persönlichen Daten im Amtsblatt muss allen Kandidatinnen und  
05 Kandidaten für die Bezirksverordnetenversammlung oder das Abgeordnetenhaus  
06 freigestellt werden. Dafür soll bereits bei der Meldung der Kandidatur von jeder  
07 oder jedem angegeben werden, welche Daten zur Veröffentlichung im Amtsblatt  
08 freigegeben sind und welche nicht. Eine Begründung für den Schutz der eigenen  
09 Anschrift und anderer Daten ist hierbei nicht notwendig.

10

## 11 **Antrag 92/I/2013**

12 **KDV Marzahn-Hellersdorf**

13 **Der Landesparteitag möge beschließen**

14 **Der Bundesparteitag möge beschließen**

15

## 16 **Mitspracherecht der Länder bei Neuzulassungen von Arztsitzen stärken**

17 Die SPD spricht sich für eine Änderung des § 96 (2) SGB V hinsichtlich der Zusam-  
18 mensetzung der Zulassungsausschüsse aus. Die Zulassungsausschüsse, bisher paritätä-  
19 tisch von Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenkassen be-  
20 setzt, sollen durch einen Vertreter/ eine Vertreterin der jeweiligen Länder ergänzt  
21 werden.

22

23

## 24 **Antrag 93/I/2013**

25 **KDV Marzahn-Hellersdorf**

26 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

27 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

28

29 Die SPD spricht sich dafür aus, dass die Übungsleiterpauschale, d.h. die Vergünsti-  
30 gung nach § 3 Nr. 26 Einkommensteuergesetz (EStG) für EhrenamtlerInnen verein-  
31 heitlicht wird. Die steuerlichen Regelungen sind insofern anzupassen, dass auch  
32 ehrenamtliche Betreuer aus gemeinnützig anerkannten Vereinen bei der Aus- und  
33 Fortbildung von Kinder- und Jugendlichen von der Übungsleiterpauschalregelung  
34 profitieren. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des  
35 Senats werden aufgefordert, zu prüfen, ob eine landesgesetzliche Regelung oder  
36 Anweisung möglich ist, um o.g. Personengruppe von der Regelung des § 3 Nr. 26  
37 EStG zu erfassen.

38

## 39 **Antrag 95/I/2013**

40 **Jusos Berlin**

41 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

42 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

43

## 44 **Verschwendung verhindern, Nachhaltigkeit fördern - Antrag zur Unterstützung der 45 Plastiktütensteuer**

46 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, den Vorstoß von Bündnis 90/Die  
47 Grünen zu unterstützen, eine Steuer auf Plastiktüten einzuführen. Ausgenommen  
48 sind Plastiktüten auf organischer Basis. (Anmerkung: Unter Plastiktüten sind sowohl  
49 Einwegtüten als auch größere Tragetaschen zu verstehen).

50

## 51 **Antrag 96/I/2013**

52 **AG Migration und Vielfalt**

53 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

54 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

55

## 56 **Bleiberechtsregelung ausschließlich für gut integrierte Jugendliche und Heran- 57 wachsende beschlossen – Kettenduldung ganz abschaffen**

58 Wir fordern eine umfassende humanitäre Bleiberechtsregelung, die den gesamten  
59 Personenkreis der langjährig geduldeten Menschen in den Blick nimmt und das  
60 Problem der Kettenduldungen abschließend löst.

61

## 62 **Antrag 97/I/2013**

Annahme

Annahme

Annahme

Annahme

Überweisung an AH-Fraktion

## 01 **AG Migration und Vielfalt**

02 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

03

### 04 **Sofortmaßnahmen zur Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen**

05 Die Wohnsituation von Flüchtlingen ist zunehmend prekär und die steigende Zahl  
06 von Unterbringungen in Sammelunterkünften, die seit 2010 von 15% auf 45% ge-  
07 stiegen ist, erfordert ein beherztes und konsequentes Eingreifen. Wir schließen uns  
08 den folgenden Forderungen des Berliner Flüchtlingsrates an und fordern die sozial-  
09 demokratischen Mitglieder des Berliner Senat und des Abgeordnetenhauses auf,  
10 hier im Sinne der Flüchtlinge aktiv zu werden:

- 11 ■ Die Vergabe von Wohnungen für Flüchtlinge über den Kooperationsvertrag  
12 zwischen Senat und städtischen Wohnungsgesellschaften muss ausgeweitet  
13 und verbindlich geregelt werden. Verhandlungen über Wohnungskontingente  
14 mit weiteren Wohnungsgesellschaften müssen folgen.
- 15 ■ Wohnberechtigungsscheine müssen auch an asylsuchende und geduldete  
16 Flüchtlinge ausgegeben werden (wie z.B. in Potsdam oder Bremen), und das  
17 Land muss wieder sein Belegungsrecht für Sozialwohnungen ausüben.
- 18 ■ SozialarbeiterInnenstellen bei freien Trägern müssen eingerichtet und vom Land  
19 finanziert werden, um eine gezielte Unterstützung bei der Wohnungssuche an-  
20 zubieten (Beispiel: Diakonie Potsdam).
- 21 ■ - Die Sozialämter müssen von Amts wegen verbindliche Mietübernahmebe-  
22 scheinungen zur Vorlage beim Vermieter nach Wahl ausstellen.

23

24 **Antrag 98/I/2013**

25 **AG Migration und Vielfalt**

26 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

27

### 28 **Residenzpflicht abschaffen**

29 Die sozialdemokratische Abgeordnetenhausfraktion wird aufgefordert, sich für wei-  
30 tere Öffnung der Bewegungsfreiheit der Asylsuchenden und Geduldeten über Berlin  
31 und Brandenburg hinaus, einzusetzen.

32

33

34

35

## 36 **INNERES / VERWALTUNG**

37

38

39 **Antrag 99/I/2013**

40 **KDV Spandau**

41 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

42

### 43 **Verwaltungsreform**

44 Die sozialdemokratischen Mitglieder der SPD-Fraktion und der Senat werden aufge-  
45 fordert, die in den letzten Jahren aufgegebene Verwaltungsreform wieder aufzu-  
46 nehmen und die Deformationen, die sich dadurch in der Berliner Verwaltung erge-  
47 ben haben, zu beseitigen.

48

49 Grundsätze der Verwaltungsreform bleiben unverändert:

- 50 ■ Stärkung der Bezirke und die Verlagerung aller Aufgaben, die dort bewältigt  
51 werden können, in die Bezirke,
- 52 ■ Umverteilung der personellen Ressourcen, die für die Wahrnehmung dieser  
53 Aufgaben erforderlich sind, in die Bezirke,
- 54 ■ Abschaffung aller unnötigen Genehmigungsverfahren durch die Haupt- und  
55 Finanzverwaltung,
- 56 ■ eine Personalausstattung, die die Aufgabenerfüllung sicherstellt.

57

58 Die Instrumentarien der Zumessung der Globalsummen müssen neu justiert werden.  
59 Der bei den Bezirken entstehende Mehrbedarf muss durch Verlagerungen von Stel-  
60 len aus den Hauptverwaltungen, z.B. durch die Auflösung unnötiger Kontrollgremien,  
61 befriedigt werden. Es müssen neue Personalbemessungsformeln erarbeitet werden,  
62 wie es sie bereits in den 70/80 Jahren gab.

Annahme in der Fassung der AK

Überweisung an Landesvorstand

01 Das Prinzip des Wertausgleichs muss an den veränderten Bedürfnissen neu konkreti-  
02 siert werden.

03

04 Berlin wird in wenigen Jahren 30 % seiner öffentlich Bediensteten aus Altersgründen  
05 verlieren. In einigen Bereichen wird die Fluktuation bis zu 50 % der Belegschaft aus-  
06 machen. Die damit gestellten Aufgaben, denen sich die Berliner Politik bislang nicht  
07 gestellt hat, erfordert es, die Verwaltungsreform zügig anzugehen, damit die Wahr-  
08 nehmung der bürgernahen Verwaltung nicht in einer Sparorgie mit anschließender  
09 Privatisierung wichtigster Bereiche der Daseinsversorgung endet.

10

11 **Antrag 101/I/2013**

12 **ASF Berlin**

13 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

14

15 **Kampagne zum Thema Essstörungen durchführen**

16 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats wer-  
17 den aufgefordert, eine landesweite Kampagne zum Thema Essstörungen zu initiieren  
18 und die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Ziel soll es sein die  
19 seelische Funktion des Essens, also die Kompensation psychischer Probleme durch  
20 Zwangsverhalten beim Essen, zu thematisieren.

21

22 Angesichts der steigenden Zahlen sind neben ausreichenden Beratungsangeboten  
23 für Mädchen, Jungen und ihre Eltern weitere präventive Maßnahmen erforderlich.

24

25 **Antrag 102/I/2013**

26 **Jusos Berlin**

27 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

28 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

29

30 **Anonymisierte Bewerbungsverfahren: Eigene Forderungen konsequent umsetzen!**

31 Seit mehreren Jahren fordern wir anonymisierte Bewerbungsverfahren sowohl für  
32 den Öffentlichen Dienst, als auch für die Privatwirtschaft.

33 Das Pilotprojekt „Anonymisierte Bewerbungsverfahren“ der Antidiskriminierungs-  
34 stelle des Bundes ist mittlerweile abgeschlossen und hat klar aufgezeigt, dass Dis-  
35 kriminierungsfaktoren, die bei üblichen Bewerbungsverfahren greifen und zu Sele-  
36 ktion führen, durch die Anonymisierung zwar nicht vollständig aufgehoben, aber in  
37 großem Maße abgefedert werden können.

38

39 Was wir politisch seit Jahren fordern wird bislang noch nicht mal in der eigenen  
40 Partei umgesetzt. Wir fordern die SPD auf allen Ebenen dazu auf, selbst den Anfang  
41 zu bereiten:

42

43 Ab sofort sollen alle Stellen der SPD und durch von ihren Mandatsträger\_innen aus-  
44 geschriebenen Stellen mit einem anonymisierten Bewerbungsverfahren ausge-  
45 schrieben werden!

46

47 **Antrag 103/I/2013**

48 **Jusos Berlin**

49 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

50

51 **Aufklärung ernst nehmen – Wir sind es den Opfern schuldig!**

52 Im September 2012 wurde bekannt, dass das Landeskriminalamt Berlin zehn Jahre  
53 lang den neonazistischen V-Mann Thomas S. führte. Dieser hatte Kontakt zum Um-  
54 feld des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund (NSU). Ebenfalls kam ans  
55 Licht, dass der amtierende Innensenator von Berlin das Abgeordnetenhaus und  
56 somit auch die Öffentlichkeit nicht schon im Mai 2012 über diesen Sachverhalt in-  
57 formierte, als dieser ihm bekannt wurde. Der im Dezember vorgestellte Untersu-  
58 chungsbericht des Sonderermittlers Dirk Feuerberg lässt leider zu viele Fragen offen  
59 und trägt somit nicht zu einer vollständigen Aufklärung der Pannenserien innerhalb  
60 der Berliner Sicherheitsbehörden bei.

61

62 Auch in den Jahren 2000-2006, also unter sozialdemokratischer Führung, haben das

Überweisung an AH-Fraktion

Annahme in der Fassung der AK

Annahme

01 Berliner LKA und der Verfassungsschutz bei den Ermittlungen zum NSU nicht alle  
02 Mittel des Rechtsstaates eingesetzt. Nach den aktuellen Erkenntnissen ist u. a. wei-  
03 terhin unklar, warum das LKA Informationen zum NSU nicht an weitere Dienststellen  
04 übermittelt hat.

05 Aufgrund unserer politischen Verantwortung in den Jahren der NSU Mordserie ist es  
06 die Pflicht aller Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, sich für eine allumfas-  
07 sende Aufklärung der Versäumnisse innerhalb der Ermittlungen einzusetzen.

08

09 Daher fordern wir die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus sowie die  
10 sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf, ihren Einfluss auf den relevanten  
11 Ebenen geltend zu machen, um eine ernsthafte Aufklärung zu ermöglichen. Takti-  
12 sche Spielchen und den vermeintliche Schutz von einzelnen Amtsträgerinnen und  
13 Amtsträgern sehen wir in diesem Zusammenhang als nicht zielführend an. Stattdes-  
14 sen bedarf es einer ehrlichen Aufarbeitung, um verloren gegangenes Vertrauen  
15 zurückzugewinnen und seiner politischen Verantwortung gerecht zu werden.

16

## 17 **Antrag 104/I/2013**

### 18 **AG Migration und Vielfalt**

19 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

20

### 21 **Integrations- und Sprachangebote für Asylbewerberinnen und -bewerber und** 22 **Geduldete**

23

23 Wir unterstützen ausdrücklich die Berliner Anstrengungen auf Bundesebene insbe-  
24 sondere im Rahmen der Konferenz der Integrationsministerinnen und -minister im  
25 März zur Öffnung der Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge im laufenden  
26 Asylverfahren und Geduldete. Integrations- und Sprachkurse leisten einen wichtigen  
27 Beitrag zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben.

28

28 Deshalb fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und des  
29 Abgeordnetenhauses auf, „ausreichende eigene Mittel zur Verfügung zu stellen, so  
30 dass Asylbewerber und Geduldete im ersten Jahr ihres Aufenthaltes an einem  
31 Sprach- und Orientierungskurs im Umfang von 600 Stunden teilnehmen können“. So  
32 wie es die Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Berlin in einem  
33 aktuellen Aufruf fordert.

34

## 35 **Antrag 105/I/2013**

### 36 **AG Migration und Vielfalt**

37 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

38

### 39 **Rechtliche Grundlage für die Erhebung des Anteils der Beschäftigten mit Migrati-** 40 **onshintergrund in der Berliner Verwaltung schaffen**

41

41 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert,  
42 die rechtlichen Grundlagen für die verpflichtende Erhebung des Anteils der Beschäf-  
43 tigten mit Migrationshintergrund in der Berliner Verwaltung zu schaffen. Um die im  
44 Partizipations- und Integrationsgesetz gesteckten Ziele messen zu können, ist eine  
45 rechtssichere gesetzliche Grundlage unabdingbar, wenn das Gesetz tatsächlich eine  
46 Wirkung entfalten soll.

47

48

49

50

## 51 **KULTUR**

52

53

## 54 **Antrag 106/I/2013**

### 55 **KDV Mitte**

56 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

57

### 58 **Musik- und Kindertheater ATZE**

59

59 Die SPD-Mitglieder des Senates und des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert,  
60 den Betrieb des ATZE Kinder- und Musiktheaters endlich und vollständig mit ent-  
61 sprechenden Landesmitteln ab dem Haushaltsjahr 2014 sicherzustellen.

62

Überweisung an AH-Fraktion

Überweisung an AH-Fraktion

Überweisung an AH-Fraktion

01  
02  
03  
04  
05  
06  
07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62

## **MOBILITÄT**

### **Antrag 107/I/2013**

#### **KDV Mitte**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### **Senioren- und elternfreundlichere Busse in Berlin**

Die Mitglieder des Senats von Berlin werden ersucht, bei den Verantwortlichen der Berliner Verkehrsbetriebe darauf hinzuwirken, dass Busse durch technische Veränderungen mehr Stellfläche für Rollatoren, Kinderwagen und andere Mobilitätshilfen bieten. Die Taktung und Kapazität der Busse sollte mit Blick auf die Linienführung durch kinder- bzw. seniorenstarke Wohngebiete angepasst werden.

### **Antrag 108/I/2013**

#### **KDV Reinickendorf**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### **Kürzungen im Bereich Fahrradverkehr nicht zu lassen!**

Die Mitglieder der Abgeordnetenhausfraktion der SPD und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, die seitens der Finanzverwaltung angekündigten Kürzungen im Einzelplan der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung im Bereich Fahrrad und Fußgänger nicht zuzulassen und im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Haushalt 2014/2015 den Vorschlägen der Verkehrsverwaltung weitestgehend zu folgen.

### **Antrag 112/I/2013**

#### **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### **Für eine starke, öffentliche S-Bahn von und für Berlin**

Der Versuch, Privatisierungsfolgen durch noch weitergehende Privatisierung zu heilen, muss beendet werden.

Die aktuelle Ausschreibung, die eine Privatisierung von Betrieb und Wagenmaterial der S-Bahn sowie eine Zerschlagung der Einheit von Netz und Betrieb zur Folge hat, ist umgehend zu stoppen.

Die zugrundeliegende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für das Vergabeverfahren ist unverzüglich dem Abgeordnetenhaus vorzulegen. Hierbei ist schlüssig und umfassend darzulegen, welche Kosten und Risiken mittel- bis langfristig auf die Länder Berlin und Brandenburg, deren Bürgerinnen und Bürger, sowie die Wirtschaft beider Länder mit einer Teilprivatisierung der S-Bahn verbunden sind.

Nach aktueller Informationslage sind die mit einer Teilprivatisierung verbundenen Risiken und Folgekosten deutlich zu hoch. Es ist daher für den Betrieb der S-Bahn in Berlin ein landeseigener Betrieb zu gründen oder eine Einheit der BVG für den Betrieb der S-Bahn zu bestimmen. Die Ziele sind ausschließlich auf das Gemeinwohl festzulegen, und dort insbesondere auf die Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse, die Reduzierung des MIV im Sinne des Step Verkehr 2.0, die Vermeidung negativer Folgen für das Stadtklima und die Gesundheit der Berliner Bürgerinnen und Bürger sowie auf die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Alle tarifvertraglich Beschäftigten der S-Bahn sind, sofern sie das wünschen, vom Land Berlin zu mindestens gleichen Konditionen zu übernehmen.

### **Antrag 113/I/2013**

#### **FA XI Mobilität**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Sicherung der Regionalisierungsmittel für die Bestellung des Schienenpersonen-**

Annahme

Überweisung an AH-Fraktion

Überweisung an AH-Fraktion

Annahme

## 01 **nahverkehrs**

- 02 1. Der SPD-Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion setzen sich dafür ein,  
03 dass den Bundesländern in den kommenden 20 Jahren ausreichend Regionali-  
04 sierungsmittel zur Verfügung stehen, um ihr S-Bahn- und Regionalbahnangebot  
05 aufrecht zu erhalten und für die Länder eine Planungssicherheit für den ÖPNV  
06 besteht. Entsprechende Aussagen sind im Wahlprogramm und bei einer Regie-  
07 rungsbeteiligung der SPD in der Koalitionsvereinbarung zu verankern. Ziel ist es,  
08 mindestens das heutige Zugangebot zu gewährleisten.
- 09 2. Die vom Bund an die Länder zugewiesenen Regionalisierungsmittel sind dahin-  
10 gehend zu dynamisieren, dass nicht nur die Inflationsrate sondern auch durch  
11 die DB-Netz AG erhöhten Trassenpreise und Stations&Service-Gebühren aus-  
12 geglichen werden, um Kürzungen im Nahverkehr zu vermeiden.
- 13 3. Kommt der Bund seiner nach der Bahnreform eingegangene Verpflichtung zur  
14 Sicherung eines Mindestangebots im Fernverkehr (entsprechend Artikel 87 e  
15 Grundgesetz) weiterhin nicht nach, so sind auf einer zu schaffenden bundesge-  
16 setzlichen Grundlage zusätzliche Mittel bereitzustellen, mit denen eine Min-  
17 destversorgung (3 Zugpaare pro Tag) zur Anbindung von Großstädten in struk-  
18 turschwachen Gebieten sowie im grenzüberschreitenden Verkehr (z.B. Ber-  
19 lin/Dresden - Breslau, Berlin-Stettin und Nürnberg-Prag) gewährleistet und ent-  
20 sprechend bestellt werden kann.

## 23 **Antrag 115/I/2013**

### 24 **Jusos Berlin**

#### 25 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

## 27 **Besserer Zugang für PendlerInnen zum Berliner und Brandenburger ÖPNV ermögli- 28 chen**

29 Täglich pendeln viele Berufstätige aus dem sogenannten Berliner Speckgürtel von  
30 Brandenburg nach Berlin. Da gerade in den kleineren Gemeinden Brandenburgs der  
31 ÖPNV weniger gut ausgebaut ist, sind viele auf den eigenen PKW angewiesen und  
32 nutzen diesen zur Fahrt zu ihrem Arbeitsplatz. Unser Ziel ist es jedoch, dass mög-  
33 lichst viele Menschen den ÖPNV vor allem in Berlin benutzen. Wir wollen diesem  
34 Personenkreis die Möglichkeit und damit einen Anreiz geben, ihr Auto außerhalb der  
35 Innenstadt abzustellen und auf die öffentlichen Verkehrsmittel umzusteigen.

36  
37 Wir fordern daher die SPD-Fraktionen in Berlin und Brandenburg auf, sich für fol-  
38 gende Punkte einzusetzen und so den PendlerInnen einen besseren Zugang zum  
39 Berliner ÖPNV zu ermöglichen:

- 40
- 41 1. An geeigneten Punkten zur Verknüpfung zwischen dem Individualverkehr sowie  
42 dem ÖPNV sind P+R-Anlagen einzurichten, hierfür bieten sich insbesondere Re-  
43 gional- oder End-S-Bahnhöfe an. Geeignete Plätze sind zusammen mit dem  
44 VBB, den beteiligten Verkehrsunternehmen sowie den betroffenen Gebietskör-  
45 perschaften zu finden.
- 46
- 47 2. Die P+R-Anlagen sind für ÖPNV-NutzerInnen kostenlos. Als Anreiz für einen  
48 Umstieg auf den ÖPNV bieten sich anfangs vergünstigte Tickets an.
- 49
- 50 3. Die Haltestellen sowie die verknüpften P+R-Anlagen sind mit einem Mindest-  
51 maß an Infrastruktur auszustatten. Hierzu zählen beispielsweise Toilette, aus-  
52 reichend wettergeschützte Sitzgelegenheiten, ein Kiosk sowie Einrichtungen zur  
53 Fahrgastinformation.
- 54
- 55 4. Wir unterstützen die Fahrgastverbände in ihren Forderungen, die S 2 nach  
56 Rangsdorf, die S 1 nach Velten und die S 5 nach Falkensee zu verlängern. Viele  
57 Fahrgäste erhalten so die Möglichkeit noch wohnortnäher den ÖPNV zu nutzen  
58 und den Individualverkehr somit zu entlasten.

## 60 **Antrag 116/I/2013**

### 61 **Jusos Berlin**

#### 62 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Überweisung an FA XI Mobilität

Überweisung an FA XI Mobilität

01  
02  
03  
04  
05  
06  
07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62

## **Berlin vor dem Verkehrskollaps retten - ÖPNV nach rationalen und ökologischen Gesichtspunkten ausbauen**

Zahlreiche Prognosen sehen für Berlin ein deutliches Bevölkerungswachstum voraus. Laut Tagesspiegel vom 23.02.2013 geht die Senatsverwaltung von 254.000 zusätzlichen EinwohnerInnen in Berlin bis zum Jahr 2030 aus, was einer Steigerung von mehr als 8% entspricht. Zusätzlich werden sich auch zahlreiche Menschen im Brandenburger Umland ansiedeln.

Wenn die Stadt wächst, so wächst auch der Bedarf nach Mobilität in der Stadt um ein Vielfaches. Insbesondere im Umland hinzugezogene Menschen möchten in die Stadt hinein und aus ihr heraus pendeln. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) verursacht deutlich weniger Gesamtkosten, nimmt dabei deutlich weniger kostbaren Raum als der motorisierte Individualverkehr ein und ist auch in der Öko-Bilanz deutlich besser aufgestellt.

Darüber hinaus leistet der ÖPNV einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration derjenigen Menschen, die sich ein Auto nicht leisten können oder wollen. Um den Verkehrskollaps der wachsenden Bevölkerung in der Berliner Innenstadt zu vermeiden und die Klimaziele zu erfüllen soll in Berlin verstärkt auf die Attraktivität des ÖPNVs und Rad- und Fußgängerverkehrs gesetzt werden.

In Zeiten knapper Kassen ist die bisher praktizierte Mittelvergabe problematisch. In der Vergangenheit waren und sind die für Verkehr vorgesehenen Mittel in starkem Maße vom Bau der 4 km langen Verlängerung der U-Bahnlinie U5 vom Hauptbahnhof bis zum Alexanderplatz beansprucht, deren Gesamtkosten sich auf 751 Mio. Euro belaufen (Stand 2011, teilweise aus Bundesmitteln finanziert), Tendenz steigend. Ein ähnliches Projekt ist der Neubau der S21.

## **Straßenbahn als Verkehrsmittel der Zukunft**

Aus diesem Grunde bietet sich für Infrastrukturprojekte im ÖPNV oftmals die Tram als deutlich günstigere und dennoch leistungsfähige Alternative gegenüber einer kostenintensiven Tunnel-U-Bahn an. Für 751 Mio. Euro sind ca. 75 km Tram-Strecke zu bekommen, was etwa dreimal der Strecke vom Brandenburger Tor bis zum Flughafen BER entspräche.

Die Attraktivität wird auch durch die Tatsache gefördert, dass die Tram oberirdisch verkehrt und somit eine Wahrnehmung des Stadtbildes erlaubt. Die Neubaustrecken der Tram sind auf eigenen, begrünten Gleiskörpern zu führen um eine hohe Durchschnittsgeschwindigkeit erreichen zu können. An Kreuzungspunkten mit dem MIV (motorisierter Individualverkehr) sind konsequente Vorrangschaltungen für den ÖPNV einzurichten. An unfallträchtigen Stellen soll die Sicherheit durch technische Maßnahmen, wie zum Beispiel der Installation eines Zaunes zum Schutz von FußgängerInnen, erhöht werden. Auf eigenem Bahnkörper ist die Tram schneller und leiser als der Bus sowie zumindest lokal emissionsfrei. Sie bietet den FahrgästInnen mehr Platz, kann mit Strom aus erneuerbaren Energien betrieben werden und somit das Ziel eines ökologischen Stadtverkehrs besser erreichen.

Wir sehen in der Straßenbahn ein Verkehrsmittel mit großer Zukunft. Deshalb stellen wir uns auch gegen Streckeneinstellungen, sofern nicht der Betrieb in hohem Maße unwirtschaftlich ist. Neben einem Fokus auf den Neubau, geht es auch darum, dass bestehende Infrastruktur erhalten wird. Hierfür ist es auch zwingend notwendig, dass trotz der auslaufenden Förderung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung durch den Bund weiterhin ausreichend Mittel bereitgestellt werden.

## **Märkisches Viertel endlich besser anbinden!**

Über 35.000 Menschen leben im Märkischen Viertel im Osten des Bezirks Reinickendorf und dennoch wird das Märkische Viertel (MV) allein über den Verkehr mit Linienbussen versorgt. Die nächstgelegene S- und U-Bahn Haltestelle, der Bahnhof Wittenau, welcher eine Anbindung in die City und nach Süden sowie nach Brandenburg ermöglicht, liegt außerhalb des MV. Die nach Pankow mögliche Tram-Anbindung der Linie M1 endet ebenfalls kurz vor der Grenze zum MV.

01 Wir fordern eine bessere Anbindung des MV mit öffentlichen Verkehrsmitteln! So ist  
02 eine mögliche Verlängerung der Tram von Pankow über den Wilhelmsruher Damm  
03 hinweg bis U-Bhf Wittenau im Rahmen einer Machbarkeitsstudie zu prüfen. Dieses  
04 Projekt würde eine bessere Anbindung des MV an den angrenzenden Bezirk Pankow  
05 ermöglichen und wäre auch aus Sicht des Umweltschutzes sinnvoll.

06  
07 Außerdem ist die Verlängerung des U-Bahntunnels vom U-Bahnhof Wittenau bis  
08 zum Märkischen Viertel in der Machbarkeitsstudie in Erwägung zu ziehen sowie  
09 gegenüberzustellen. In der Studie sollen auch die Auswirkungen auf die Personal-  
10 struktur der BVG geprüft werden. Dieses Projekt würde den Neubau eines U-Bahn  
11 Tunnelstücks von knapp 2 km Länge umfassen, sodass die Finanzierung überschaubar  
12 wäre. Die Verlängerung des Tunnels wäre auch aus Sicht der Anwohner sinnvoll,  
13 da diese sich in ihrem Nutzungsverhalten des ÖPNV meist in Richtung des westlichen  
14 Stadtzentrums orientieren.

15  
16 Wir erachten es außerdem als sinnvoll und geboten, die Stammstrecke der so-  
17 genannten Heidekrautbahn wieder in Betrieb zu nehmen. Die Wiederinbetriebnahme  
18 beliefe sich zunächst auf den Ausbau der Strecke Märkisches Viertel – Wilhelmsruh.  
19 Angesichts der vorliegenden positiven Wirtschaftlichkeitsprüfung und der Bereit-  
20 schaft des Berliner Senates, den Ausbau vorzunehmen, wäre die schnellstmögliche  
21 Umsetzung angemessen. Mit der Wiederinbetriebnahme erhielte das MV auch eine  
22 schnelle Anbindung an die Innenstadt. Hier muss auch die Bereitschaft des Landes  
23 Brandenburg wachsen, an der Inbetriebnahme der Heidekrautbahn zu partizipieren.

#### 24 25 **Die langsamen Busse endlich entlasten (Alexanderplatz – Rathaus Steglitz)**

26 Wir fordern, dass der geplante Bauabschnitt der Tram vom Alexanderplatz zum  
27 Kulturforum, deren Bau noch in dieser Legislaturperiode beginnen soll, schnellst-  
28 möglich und eine Verlängerung zum Rathaus Steglitz bei der nächsten Fortschrei-  
29 bung des Stadtentwicklungsplan-Verkehr realisiert wird.

30  
31 Die Buslinien M48 und M85 entlang der Bundesstraße B1 zwischen Mitte und Rat-  
32 haus Steglitz bilden zusammen eine der am stärksten überlasteten Busverkehrsach-  
33 sen Berlins. Mit einem FahrgästInnenaufkommen von mehr als 20.000 FahrgästInnen  
34 täglich auf dem dichtest befahrenen Abschnitt führen diese mit Abstand unpünkt-  
35 lichsten Buslinien zu häufigen Konvoifahrten, in denen zwei oder noch mehr Busse  
36 statt zu den fahrplangemäßen Zeiten direkt hinter einander fahren. Dies führt zu  
37 schlechterer Planbarkeit und längeren Fahrzeiten. Der Betrieb einer Tram lohnt sich  
38 ab 5.000 FahrgästInnen pro Tag. Insgesamt nutzen mehr als 63.000 FahrgästInnen  
39 täglich diese beiden Linien, was folglich durch Buslinien nur mangelhaft bedient  
40 werden kann.

41  
42 Ausgehend von der bereits beschlossenen Strecke vom Alexanderplatz zum Kulturfo-  
43 rum würde die Strecke über den Potsdamer Platz, Hauptstraße, Innsbrucker Platz  
44 führen und in die Schloßstraße einmünden, wo sie parallel zur U9 bis zum Rathaus  
45 Steglitz weitergeführt werden soll. Sie würde damit vor allem die stark überlasteten  
46 Metrobuslinien M48 und M85 ersetzen und die Fahrzeit zwischen Stadtzentrum und  
47 Steglitz deutlich verkürzen.

48  
49 Nach Berechnungen der Machbarkeitsstudie von 2009 würde sich die fahrplanmäßi-  
50 ge Fahrzeit um ca. 25% verkürzen, die tatsächliche Zeitersparnis wäre aufgrund der  
51 regelmäßigen Verspätungen der genannten Buslinien insbesondere in den Haupt-  
52 verkehrszeiten deutlich größer. Eine Konkurrenz zur S1 ist nicht gegeben, da diese  
53 für längere Fahrten genutzt wird. Die Kosten für dieses Tram-Projekt werden mit  
54 insgesamt 137 Mio. Euro veranschlagt.

#### 55 56 **Schneller ins Mittelzentrum Steglitz (Rathaus Steglitz – Lankwitz – Marienfelde)**

57 Wir fordern, dass für den Neubau einer Tram-Strecke von Rathaus Steglitz über S-  
58 Bahnhof Lankwitz, Lankwitz Kirche bis zu den Wohngebieten von Marienfelde eine  
59 Machbarkeitsstudie angefertigt wird. Insbesondere sollen hier mögliche, detaillierte  
60 Streckenverläufe sowie die Auswirkungen auf die Personalstruktur der BVG geprüft  
61 werden. Die Studie soll zum Ziel haben, dass im Anschluss die Neubaustrecke in den  
62 Stadtentwicklungsplan aufgenommen wird.



01  
02  
03  
04  
05  
06  
07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62

Mit über 200.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche ist die Schloßstraße das größte Hauptzentrum im Südwesten Berlins und damit ein häufiges Ziel sowie Verkehrsknotenpunkt von Fahrgästen im ÖPNV. Einer der am stärksten befahrenen Buskorridore Berlins mit knapp 25.000 FahrgästInnen täglich verbindet die Wohngebiete in Lankwitz mit dem Hauptzentrum Steglitz. Der Betrieb einer Tram lohnt sich ab 5.000 FahrgästInnen pro Tag. Die Wohngebiete in Marienfelde, Lankwitz und Steglitz Zentrum zeichnen sich darüber hinaus durch eine erhöhte Bevölkerungsdichte gegenüber anderen Ortsteilen im Südwesten Berlins aus. Eine Verlängerung der U9 von Rathaus Steglitz nach Lankwitz würde dem Erschließungsbedarf innerhalb des Bezirks nicht gerecht werden. Insbesondere ist es möglich, die Tram mit den anderen Projekten zu verbinden und somit die FahrgästInnen dichter und ohne Umsteigen an ihren gewünschten Zielort z. B. zur Freien Universität Berlin oder in die Gropius-Stadt zu bringen.

Darüber hinaus können sie am Bahnhof Buckower Chaussee in den Regionalexpress zum Flughafen umsteigen. Auswirkungen auf die Personalstruktur der BVG entstehen durch den größeren Bedarf an Tram-FahrerInnen und geringeren Bedarf an BusfahrerInnen. Die Kosten des Projektes werden auf 70 Mio. Euro geschätzt.

### **Eine Tram für den Hindenburgdamm (Rathaus Steglitz – Lichterfelde Ost / Süd)**

Wir fordern, dass für den Neubau einer Tram-Strecke von Rathaus Steglitz über den Hindenburgdamm bis zum Bahnhof Lichterfelde Süd und gegebenenfalls als Abzweig bis zum Bahnhof Lichterfelde Ost eine Machbarkeitsstudie angefertigt wird. Insbesondere sollen hier wie zuvor mögliche detaillierte Streckenverläufe sowie die Auswirkungen auf die Personalstruktur der BVG geprüft werden. Die Studie soll zum Ziel haben, dass im Anschluss die Neubaustrecke in den Stadtentwicklungsplan aufgenommen wird.

Der Hindenburgdamm und seine Umgebung stellt ebenfalls ein Gebiet mit hoher EinwohnerInnendichte dar. Darüber hinaus liegt hier der Campus Benjamin Franklin der Charité. Aus diesem Grund fahren knapp 20.000 Fahrgäste täglich auf dem am stärksten frequentierten Abschnitt und liegt damit über der Wirtschaftlichkeitsgrenze von 5.000 FahrgästInnen pro Tag.

Bis Anfang der 60er Jahre fuhr entlang dieser Strecke bereits eine Tram. Durch eine Tram-Verbindung würde auch diese Strecke verkehrlich aufgewertet und durchgehende Verbindungen in die Schloßstraße geschaffen. In Lichterfelde Ost bestünde darüber hinaus Anschluss an die S-Bahn und Regionalzüge nach Teltow, Ludwigsfelde und Lutherstadt Wittenberg. Die Kosten werden auf 75 Mio. Euro geschätzt.

### **Ohne Platzangst zur FU Berlin (Rathaus Steglitz – Dahlem Dorf)**

Wir fordern, dass für den Neubau einer Tram-Strecke von Rathaus Steglitz bis zum U-Bahnhof Dahlem Dorf eine Machbarkeitsstudie angefertigt wird, in der auch die Auswirkungen auf die Personalstruktur der BVG untersucht werden. Die Studie soll zum Ziel haben, dass im Anschluss die Neubaustrecke in den Stadtentwicklungsplan aufgenommen wird.

Die Freie Universität ist mit 28.500 StudentInnen sowie ca. 4.000 MitarbeiterInnen (Stand 2012) ein häufiges Ziel von Fahrten im ÖPNV. Speziell vor Beginn und nach Ende von Lehrveranstaltungen ist dieser Abschnitt stark belastet. In der Summe sind dies trotzdem ca. 10.000 FahrgästInnen pro Tag und damit deutlich über der Grenze von 5.000 FahrgästInnen pro Tag ab der sich der Betrieb einer Tram lohnt. Ende der 50er Jahre fuhr entlang dieser Strecke bereits eine Tram. Der Bau einer Tram ist für diesen Abschnitt außerdem sinnvoll, wenn er mit anderen Projekten verknüpft wird, so dass auch hier umsteigefreie Verbindungen in die Wohngebiete nach Lankwitz und Marienfelde entstehen. Darüber hinaus ergibt sich in Dahlem Dorf eine Schienen-Umsteigeverbindung zur U-Bahnlinie U3 nach Krumme Lanke. Die Kosten werden auf 25 Mio. Euro geschätzt.

### **Wiederaufbau eines Tram-Netzes für Spandau**

In Spandau liegt mit der Haltestelle "S+U-Bahnhof Rathaus Spandau" der größte Busknotenpunkt Berlins. Gerade BerufspendlerInnen müssen hier täglich umsteigen

01 und die einzelnen Buslinien sind mehr als ausgelastet, obwohl sie zur Hauptver-  
02 kehrszeit schon im Minutentakt fahren und eine noch dichtere Taktung auf den stark  
03 ausgelasteten Strecken nicht mehr möglich ist.

04 JedeR SpandauerIn kennt das Problem, dass man morgens und nach der Arbeit teils  
05 schon an der Anfangshaltestelle keinen Sitzplatz mehr bekommt und ab der zweiten  
06 Haltestelle ist man froh, wenn man überhaupt noch in den Bus kommt. Es ist auch  
07 keine Seltenheit, dass die BusfahrerInnen an Haltestellen, wo mehrere Personen auf  
08 den Bus warten, vorbei fahren müssen, da die Fahrzeuge schon voll sind. In Spandau  
09 befindet sich daher der dichtest befahrene Bus-Korridor Berlins. Wir setzen uns  
10 deshalb für den Neubau bzw. Wiederaufbau eines Tram-Netzes in Spandau ein und  
11 sprechen uns vorerst für folgende Strecken aus, da hier in unseren Augen der größte  
12 Handlungsbedarf besteht:

- 13 1. Falkenseer Chaussee - Falkenseer Platz - Rathaus Spandau - Wilhelmstraße  
14 - Gatower Str./Heerstr. - Heerstraße – Reimerweg
- 15 2. Heerstraße/Reimerweg - via Heerstr./Gatower Str. - U Theodor-Heuss-Platz
- 16 3. Schönwalder Allee - Schönwalder Str. - Falkenseer Platz - Rathaus Spandau -  
17 Ruhlebener Straße - Charlottenburger Chaussee - U Ruhleben (M45-Korridor)
- 18 4. Streitstraße/Rauchstr. - Neuendorfer Str. - Falkenseer Platz - Rathaus Span-  
19 dau - Brunsbütteler Damm - Brunsbütteler Damm/Nennhauser Damm

20

21 Da mit den oben genannten Strecken keine Anbindung der Spandauer Tram an das  
22 Berliner Tram-Netz erfolgen wird und dies geografisch geboten ist, setzen wir uns für  
23 die sogenannte "Insellösung" ein und fordern, solange es keine besseren Alternati-  
24 ven gibt, dass der Betriebshof der BVG an der Gatower Str./Heerstr. so erweitert  
25 bzw. umgebaut wird, dass dort ein Tram-Betriebshof entstehen kann.

26

#### 27 **Der zweite Lückenschluss in Adlershof (WISTA – S-Bhf Schöneweide)**

28 Wir fordern die Verlängerung der Tram von der bisherigen Endhaltestelle Karl Ziegler  
29 Straße zum S-Bahnhof Schöneweide und damit verbunden eine Umgestaltung der  
30 Wendeanlage der Tram am S-Bahnhof Schöneweide, um bestmöglich Umsteigebe-  
31 ziehungen zwischen S-Bahn, Tram und Bus zu schaffen.

32 In Berlin Adlershof ist mit der Stadt für Wissenschaft, Wirtschaft und Medien ein  
33 sehr erfolgreiches und weiterhin wachsendes Gewerbegebiet mit heute schon  
34 13.000 Arbeitsplätzen und 6.000 StudentInnen der Humboldt-Universität entstan-  
35 den. Zudem bietet das Gebiet soziale Einrichtungen, wie Sportanlagen und Kinderta-  
36 gesstätten.

37

38 Mit der Verlängerung der Linien 60 und 61 vom S-Bahnhof Adlershof wurde ein  
39 erster wichtiger Schritt zur Erschließung getan. Mit der weiteren Verlängerung wird  
40 nicht nur eine direkte Verbindung zu den Tram- und Buslinien am Umsteigeknoten S-  
41 Bahnhof Schöneweide geschaffen, sondern auch das Siedlungsgebiet im Zuge des  
42 Groß-Berliner-Damms erschlossen.

43

#### 44 **Vom Hauptbahnhof in den Nord-Westen (Hauptbahnhof – U-Bhf Turmstraße – 45 Tegel)**

46 Voraussichtlich im Jahr 2014 wird die Neubaustrecke der Tram vom S-Bahnhof  
47 Nordbahnhof zum Berliner Hauptbahnhof eröffnet. Dieses Teilstück wird die Invali-  
48 denstraße zwischen Chausseestraße und Hauptbahnhof erschließen und mit einer  
49 Blockumfahrung bis an die Straße Alt-Moabit heranreichen.

50

51 Um den Hauptbahnhof in Zukunft auch vom Nordwesten der Stadt aus besser errei-  
52 chen zu können, fordern wir die Verlängerung der Tram als ersten Schritt zum U  
53 Bahnhof Turmstraße. Um den Hauptbahnhof heute von der U9 aus zu erreichen, ist  
54 eine Busfahrt vom U-Bahnhof Turmstraße zum Hauptbahnhof nötig, die trotz der  
55 kurzen Strecke mindestens 9 Minuten Fahrzeit in Anspruch nimmt. Eine Verlänge-  
56 rung der Tram kann hier Abhilfe schaffen, die Fahrtzeit verkehrsunabhängig verkür-  
57 zen und die Lücke zwischen der U9 und dem zukünftigen Endbahnhof der U5 schlie-  
58 ßen.

59

60 Perspektivisch betrachtet ist ebenfalls eine Verlängerung der Tram bis zum zukünfti-  
61 gen Erschließungsgebiet auf dem heutigen Flughafen Tegel vorzunehmen. Eine sol-  
62 che Erweiterung hätte zwei entscheidende Vorteile: Erstens könnte die Tram zur

01 Anbindung und Erschließung des zukünftigen Wohn- und Gewerbegebiets auf dem  
02 stillgelegten Flughafengelände dienen. Zum zweiten könnte ein kleiner Teil des  
03 ehemaligen Flughafengebiets als zukünftiger Betriebshof der Tram genutzt werden,  
04 womit dieser Vorstoß der Tram Richtung Westen die Grundlage für weitere Netz-  
05 ausbauten legt. Somit wäre es zum Beispiel möglich, ein zukünftiges Tram-Netz in  
06 Spandau alternativ zu einer Insellösung von dort aus zu bedienen und sie langfristig  
07 zusammen zu führen. Wir fordern, diese Möglichkeit im Rahmen einer Machbar-  
08 keitsstudie zu überprüfen und für eine Betrachtung der Wirtschaftlichkeit die zu  
09 erwartenden Zahlen der FahrgästInnen abzuschätzen sowie die Auswirkungen auf  
10 die Personalstruktur der BVG zu analysieren.

11

## 12 **Ost und West enger verknüpfen (Verlängerung der M10 zum U-Bhf Herrmannplatz)**

13 Die Tram-Linie M10 gehört schon heute zu den am stärksten frequentierten Linien  
14 im Berliner Tram-Netz. Besonders in den Abend- und Nachtstunden sind die Züge  
15 aufgrund der attraktiven Route für das Berliner Nachtleben häufig überfüllt. Wegen  
16 der begrenzten Kapazität der heutigen Wendestellen am S-Bahnhof Nordbahnhof  
17 und am U-Bahnhof Warschauer Straße ist bislang der Einsatz von längeren Zügen, z.  
18 B. wenn zwei Trams zusammengehängt fahren, nicht möglich. Durch die Verlänge-  
19 rung der M10 zum Hauptbahnhof wird dieser Engpass beseitigt.

20

21 Am südlichen Endpunkt am U-Bahnhof Warschauer Straße fordern wir die Anfertigung  
22 einer Machbarkeitsstudie für eine Verlängerung der M10 zum U-Bahnhof  
23 Herrmannplatz unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Personalstruktur  
24 der BVG und anschließend die Aufnahme in den Verkehrsentwicklungsplan.

25

26 Neben der Erschließung der angrenzenden Wohngebiete schafft diese Erweiterung  
27 eine direkte Verbindung zwischen der am stärksten ausgelasteten U-Bahnlinie Ber-  
28 lins, der U7, und der Stadtbahn (Ost-West-S-Bahn), die ansonsten von der U7 erst  
29 am S-Bahnhof Charlottenburg erreicht wird. Außerdem wird auch die U8 direkt mit  
30 der Stadtbahn verbunden, wodurch bei Fahrten in Richtung Osten der Umweg über  
31 den Bahnhof Jannowitzbrücke entfällt.

32

## 33 **„Tram Tangentiale Süd“ von Dahlem Dorf zum S-Bhf Schöneweide**

34 Zur langfristigen Verbesserung der Erschließung des Berliner Südens außerhalb des  
35 S-Bahn Rings und zur Schaffung einer leistungsfähigen Tangentialverbindung, d. h.  
36 quer von West nach Ost fordern wir den Bau einer Tram durch die südlichen Rand-  
37 bezirke ausgehend vom vorgeschlagenen Tram-Netz in Steglitz über Lankwitz zur  
38 Kreuzung Mariendorfer Damm / Buckower Chaussee, U-Bhf Johannisthaler Chaus-  
39 see, U-Bhf Zwickauer Damm bis zur heutigen Endstelle Johannisthal, Haeckelstraße,  
40 von der aus der S-Bahnhof Schöneweide erreicht wird.

41

42 Zudem sollte eine Verbindung von der Kreuzung Mariendorfer Damm / Buckower  
43 Chaussee über die Hildburghäuser Straße bis Lichterfelde in Erwägung gezogen wer-  
44 den.

45

46 Hierbei handelt es sich um einen Vorschlag für die langfristige Planung, um die Be-  
47 zirke im Berliner Süden perspektivisch näher zusammenrücken zu lassen, Gebiete,  
48 die heute nur vom Bus bedient werden, besser anzubinden und die nach Süden  
49 verlaufenden Stadtschnellbahnlinien besser zu verknüpfen.

50

## 51 **Weitere Perspektiven für die Straßenbahn denken**

### 52 **U-Bahn: Die Lücke im Schnellbahnnetz schließen (Krumme Lanke – Mexikoplatz)**

53 Wir fordern, dass der Neubau der U-Bahnstrecke zwischen Krumme Lanke und Me-  
54 xikoplatz wieder in den Stadtentwicklungsplan aufgenommen wird.

55

56 Auf diesem 900 Meter langen Streckenabschnitt klafft eine Lücke im Berliner  
57 Schnellbahnnetz. Durch den Neubau würde die heute in Krumme Lanke endende U-  
58 Bahnlinie U3 bis Mexikoplatz verlängert und eine Umsteigemöglichkeit zur S-  
59 Bahnlinie S1 geschaffen, die weiter in Richtung Wannsee verkehrt. In Wannsee be-  
60 stehen wiederum zahlreiche Umsteigemöglichkeiten in alle Himmelsrichtungen. Auf  
61 200 Metern dieses Abschnitts ist der Tunnel bereits fertig gestellt. Der Ausbau der  
62 verbleibenden 700 Meter langen Strecke wird auf 40 Mio. Euro veranschlagt. Der

01 Lückenschluss würde durch die Attraktivitätssteigerung vor allem für die Ortsteile  
02 Krumme Lanke und Dahlem auch zusätzliche Fahrgäste auf dem gesamten Südast  
03 der U-Bahnlinie U3 hervorrufen. In Dahlem ist vor allem die Freie Universität Berlin  
04 ansässig und insgesamt sind hier viele Neubaugebiete entstanden.

05

## 06 **Regionalbahn: In Windeseile zum Flughafen BER**

07 An den neuen Flughafen BER sind alle Teile Berlins und des Brandenburger Umlan-  
08 des mit Regional- und S-Bahn anzuschließen. Neben der zweigleisig auszubauenden  
09 Dresdner Bahn sind weitere Regionalbahnverbindungen via Ostkreuz über die Stadt-  
10 bahn bis Spandau sowie über Lichtenberg und Hohenschönhausen zu schaffen. Diese  
11 Regionalbahnlinien werden über die Berliner Stadtgrenze hinweg weiter in das  
12 Brandenburger Umland geführt. Auch der S-Bahn-Anschluss soll via Schöneweide die  
13 drei möglichen Routenverläufe über den Südring, die Stadtbahn sowie den Ostring  
14 abdecken. Wir fordern eine Tunnellösung für den Bahnübergang in Lichtentenecke.

15

16

## 17 **Antrag 119/I/2013**

### 18 **FA XI Mobilität**

19 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

20

### 21 **Grundsätzliche Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr**

22 Die BVV-Fraktionen und die zuständigen Stadträte in den Bezirken werden aufgefor-  
23 dert, folgende Initiative zu unterstützen:

24

25 Grundsätzliche Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr

26 Einbahnstraßen werden grundsätzlich für den Radverkehr in beide Richtungen ge-  
27 öffnet.

28 Das trägt zu einer Förderung des Radverkehrs und zu einer Erhöhung der Verkehrssi-  
29 cherheit bei, da in einer Straße mit Gegenverkehr aufmerksamer und defensiver  
30 gefahren wird als in einer Straße ohne Gegenverkehr. Ausnahmen hierzu müssen im  
31 Einzelfall begründet werden.

32

## 33 **Antrag 121/I/2013**

### 34 **Jusos Berlin**

35 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

36

### 37 **Gründung eines landeseigenen Unternehmens für Fahrzeugbeschaffung und Be- 38 trieb des S Bahn-Netzes über Stadtbahn und Nord-Süd-Tunnel sowie über den S 39 Bahn-Ring**

40 Es gibt kaum ein anderes Thema, das die Medien in den letzten Wochen und Mona-  
41 ten so sehr beherrscht, wie das Thema S Bahn. Die anhaltend schlechte Qualität, mit  
42 der die Fahrgäste seit nun über drei Jahren konfrontiert sind, ist nicht nur eine Folge  
43 der Organisationsprivatisierung der Deutschen Bahn, sondern auch begründet durch  
44 das Fehlen eines zuverlässigen Fuhrparks.

45

46 Die S-Bahn als integriertes Verkehrssystem muss in öffentlichem Eigentum stehen.  
47 Das Modell einer S Bahn aus einer Hand, und zwar einer öffentlichen, bietet Pla-  
48 nungssicherheit und weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten, unter anderem für  
49 sozialverträgliche Fahrpreise und Tarifbedingungen für die Beschäftigten. Es verhin-  
50 dert Gewinnabführungsverträge an einen zumindest rechtlich privatisierten Mutter-  
51 konzern, wie es bei S-Bahn Berlin GmbH und DB AG derzeit der Fall ist, und sichert  
52 öffentlichen Einfluss für einen zuverlässigen S-Bahn-Verkehr in der Hauptstadt.

53

54 Eine Ausschreibung des Betreiberunternehmens dagegen führt entweder zur Profit-  
55 orientierung in der Daseinsvorsorge oder aber zu einer Aufteilung des S-Bahn-  
56 Betriebs und unter Umständen zu einer Heraustrennung der Fahrzeuginstandhaltung  
57 durch die Vergabe an verschiedene Betreiberunternehmen.

58

59 Abstimmungsprobleme, Verzögerungen bei der Beschaffung neuer Fahrzeuge, Kon-  
60 kurrenz und damit intensiver Spardruck wären die negativen Folgen. Einsparun-  
61 gen für das Land Berlin sind angesichts des öffentlichen Verwaltungs- und Koordina-  
62 tionsaufwands zwischen verschiedenen Betreiberunternehmen, sowie wegen der

Annahme

Überweisung an AH-Fraktion  
Überweisung FA XI Mobilität

01 immensen öffentlichen Kosten für Ausschreibungsverfahren nicht zu erwarten. Des-  
02 halb ist der schnellstmögliche Übergang zu einem komplett kommunal betriebenen  
03 Gesamtnetz anzustreben.  
04  
05 Zudem ist die Ausschreibung und Beschaffung von neuen Fahrzeugen für die Berliner  
06 S-Bahn dringend notwendig, wurde aber in der Vergangenheit zu lange  
07 herausgezögert und wird durch das Urteil des Berliner Kammergerichts vom  
08 24.01.2013 erneut verzögert.  
09  
10 Oberstes Ziel ist die Wiederherstellung eines zuverlässigen Betriebs der Berliner S-  
11 Bahn und gleichzeitig die Sicherstellung, dass die Fahrgäste in Zukunft nicht erneut  
12 mit derartigen Qualitätsmängeln konfrontiert werden. Wir fordern, dass das Land  
13 Berlin schnellstmöglich ein eigenes kommunales Unternehmen gründet, eine S-Bahn  
14 Berlin Betriebsgesellschaft, die als erste Aufgabe mit der Ausschreibung von neuen  
15 Fahrzeugen beginnt und nach Ablauf der Verkehrsverträge mit der S-Bahn Berlin  
16 GmbH den Betrieb der S-Bahn-Linien über Stadtbahn, Nord-Süd-Tunnel und  
17 schnellstmöglich auch über den S Bahn Ring übernimmt.  
18  
19 Die zu gründende S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft könnte sich entweder direkt im  
20 Besitz des Landes Berlin befinden oder als 100%iges Tochterunternehmen der BVG  
21 organisiert werden.  
22  
23 Zu diesem Zweck muss die laufende Ausschreibung des Betreibers dahingehend  
24 geändert werden, dass der Fuhrpark nicht vom Betreiberunternehmen beschafft  
25 werden muss, sondern von einem kommunalen Unternehmen gestellt wird, wie es  
26 auch in Hamburg geplant war.  
27  
28 Neben der Vorbereitung der Gründung eines landeseigenen Unternehmens für den  
29 Betrieb der Berliner S-Bahn empfehlen wir erneut Verhandlungen mit der Deutschen  
30 Bahn AG und dem Bundesverkehrsministerium über den Kauf der S-Bahn Berlin  
31 GmbH aufzunehmen, der im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Dies wäre der un-  
32 komplizierteste und schnellste Weg, eine stabile und nachhaltige Betreibersituation  
33 herbeizuführen.  
34  
35 Außerdem empfehlen wir dringend zu prüfen, inwiefern das laufende Verfahren  
36 modifiziert werden kann, sodass die Aufgaben, die der Gewinner der laufenden  
37 Ausschreibung übernehmen soll, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt auf ein kom-  
38 munales Betreiberunternehmen übertragen werden können.  
39  
40 Sollte dies nicht gelingen, empfehlen wir das folgende Vorgehen für einen Übergang  
41 auf ein kommunales Betreiberunternehmen umzusetzen.  
42  
43 **Beschaffung und Instandhaltung des Fuhrparks und Betreiberübergang**  
44 Die Beschaffung des Fuhrparks muss durch eine Ausschreibung der Fahrzeuge  
45 schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden, wobei das Lastenheft mit den An-  
46 forderungen für neue S-Bahn Fahrzeuge bereits erstellt wurde. Dabei sollte die Aus-  
47 schreibung auf vier Lose aufgeteilt sein, ein Los über eine geringe Anzahl von Vorse-  
48 rienzügen und jeweils ein Los über die Lieferung des benötigten Fuhrparks für jedes  
49 der drei Netzteile.  
50  
51 Ähnlich wie bei der Beschaffung der Flexity Berlin Straßenbahnen durch die BVG,  
52 sollten nur die Vorserienzüge fest bestellt werden und alle weiteren Lose optional  
53 sein. So ist es möglich von einer weiteren Bestellung abzusehen, falls die Vorserien-  
54 züge nicht den Anforderungen entsprechen.  
55  
56 Durch die optionale Aufnahme von drei Losen für jedes Netzteil ist es im Gegenzug  
57 ebenfalls möglich, den gesamten S-Bahn Fuhrpark im Rahmen eines Ausschrei-  
58 bungsprozesses zu bestellen, sollten die Fahrzeuge den Anforderungen genügen.  
59 Somit kann auf separate Fahrzeugausschreibungen für jedes Netzteil verzichtet  
60 werden.  
61  
62 Da es aus technischer und betrieblicher Sicht Unsinn ist, Betrieb und Instandhaltung

01 zu trennen, sollte das jeweilige Betreiberunternehmen im Rahmen des Verkehrsver-  
02 trags mit der Instandhaltung der benötigten Fahrzeuge beauftragt werden. Sollte der  
03 Betrieb des S-Bahn-Rings nicht an die S-Bahn Berlin GmbH gehen, sollte es dem  
04 zukünftigen Betreiberunternehmen jedoch frei gestellt sein, die S-Bahn Berlin GmbH  
05 mit der Instandhaltung seines Teils des Fuhrparks zu beauftragen, um so den güns-  
06 tigsten Fall zu erreichen, dass die Instandhaltung der Fahrzeuge auch nach 2017 in  
07 einer Hand liegt.

08  
09 Zumindest aber muss das zukünftige Betreiberunternehmen für die Instandhaltung  
10 das heute bei der S-Bahn Berlin GmbH beschäftigte Personal, welches auf Grund des  
11 Betreiberwechsels auf Seiten der S-Bahn Berlin GmbH frei wird, zu gleichen Bedin-  
12 gungen übernehmen.

13  
14 In jedem neuen Verkehrsvertrag für den S-Bahn-Betrieb ist sicherzustellen, dass die  
15 Entlohnung und Sozialstandards der beim Leistungserbringer beschäftigten Mitarbei-  
16 ter, einschließlich der Leiharbeitnehmer, mindestens denen der einschlägigen, re-  
17 präsentativen Tarifverträge in der jeweils gültigen Fassung entspricht. Die Tarifver-  
18 träge müssen mit einer tariffähigen Gewerkschaft abgeschlossen sein. Es ist sicher-  
19 zustellen, dass diese Bedingungen auch auf alle Subunternehmer angewendet wer-  
20 den.

21  
22 Alle Verträge, Beschlüsse sowie Nebenabreden, die im Zusammenhang mit dem  
23 Abschluss des jeweils gültigen Verkehrsvertrages zwischen dem Land Berlin und dem  
24 Betreiberunternehmen der Berliner S-Bahn geschlossen werden, sind vorbehaltlos  
25 innerhalb von zehn Werktagen nach Unterzeichnung auf den Internetseiten des  
26 Landes Berlin zu veröffentlichen.

## 27 28 **Streckenbündel 1 - S-Bahn-Ring und südöstliche Zulaufstrecken**

29 Das zukünftige Betreiberunternehmen übernimmt nach 2017 den Betrieb mit Teilen  
30 des heute vorhandenen Fuhrparks. Sollte es sich bei dem zukünftigen Betreiberun-  
31 ternehmen nicht um die S-Bahn Berlin GmbH handeln, müssen die zu erbringenden  
32 Leistungen bis zur Inbetriebnahme neuer Fahrzeuge bei der S-Bahn Berlin GmbH  
33 bestellt werden, die zum Zeitpunkt des Beginns des neuen Verkehrsvertrages als  
34 einziges Betreiberunternehmen Fahrzeuge stellen kann.

35  
36 Mit der Auslieferung der Vorserienfahrzeuge und des ersten Loses über ca. 200  
37 Viertelzüge, voraussichtlich zwischen 2019 und 2022, werden die von der landesei-  
38 genen S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft beschafften Fahrzeuge dem Betreiberun-  
39 ternehmen im Rahmen eines Leasing-Vertrags über die Laufzeit des Verkehrsver-  
40 trags bis 2032 überlassen, wobei dieser auch für die Inbetriebnahme verantwortlich  
41 ist.

42  
43 Das Betreiberunternehmen ist ab der Übergabe ebenfalls für die Instandhaltung  
44 verantwortlich, mit der es gegebenenfalls die S-Bahn Berlin GmbH beauftragen kann,  
45 die nach wie vor die nötigen Kapazitäten für die Instandhaltung des gesamten Fuhr-  
46 parks besitzt.

47  
48 Wie in der Branche üblich, wird auch in diesem Leasingverhältnis der Zustand der  
49 Fahrzeuge zum Ende der Vertragslaufzeit detailliert vereinbart, genauso wie Aus-  
50 gleichszahlungen, sollte der vereinbarte Zustand nicht vorliegen.

51  
52 Nach Ende des Verkehrsvertrags und des Leasingvertrags über den Fuhrpark im Jahr  
53 2032 übernimmt die landeseigene S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft den Betrieb  
54 des Streckenbündels über den S-Bahn-Ring, genauso wie die Instandhaltung der  
55 hierfür benötigten Fahrzeuge.

## 56 57 **Streckenbündel 2 - Stadtbahn**

58 Für die Zeit nach 2017 wird ein neuer Verkehrsvertrag mit der S-Bahn Berlin GmbH  
59 über den Betrieb des Streckenbündels über die Stadtbahn geschlossen, da zu diesem  
60 Zeitpunkt kein anderes Betreiberunternehmen zur Verfügung steht und eine Einstel-  
61 lung des Betriebs ansonsten nicht vermeidbar wäre.

62

01 Der Verkehrsvertrag sollte eine Laufzeit von zehn Jahren haben und 2027 enden.  
02 Ebenso, wie beim ersten Streckenbündel über den S-Bahn-Ring muss auch hier ver-  
03 einbart werden, dass die S-Bahn Berlin GmbH die von der landeseigenen Gesell-  
04 schaft im zweiten Los zwischen 2022 und 2025 beschafften Fahrzeuge least und in  
05 Betrieb nimmt und bis Ende des Verkehrsvertrags instand hält.  
06

07 Mit dem Ende des Verkehrsvertrags 2027 übernimmt die landeseigene S-Bahn Berlin  
08 Betriebsgesellschaft den Betrieb des Streckenbündels über die Stadtbahn und die  
09 Instandhaltung des zugehörigen Teils des Fuhrparks.  
10

### 11 **Streckenbündel 3 - Nord-Süd-Tunnel**

12 Beim Streckenbündel über den Nord-Süd-Tunnel ist das Vorgehen ähnlich zum Stre-  
13 ckenbündel über die Stadtbahn. Für den Zeitraum nach 2017 wird ein Verkehrsver-  
14 trag mit der S-Bahn Berlin GmbH geschlossen, der allerdings drei Jahre länger bis ins  
15 Jahr 2030 läuft. Dies ist der Auslieferung der Fahrzeuge geschuldet, bei der das Stre-  
16 ckenbündel Stadtbahn bevorzugt wird, da dieses ein höheres Fahrgastaufkommen  
17 verzeichnet. Somit ergibt sich hier eine Laufzeit von dreizehn Jahren.  
18

19 Genau wie beim Streckenbündel Stadtbahn bekommt die S-Bahn Berlin GmbH die im  
20 dritten und letzten Los zwischen 2025 und 2028 beschafften Fahrzeuge vom Land  
21 Berlin im Rahmen eines Leasing-Vertrags übergeben und ist für die Inbetriebnahme  
22 und bis Ende des Verkehrsvertrags im Jahr 2030 für die Instandhaltung verantwort-  
23 lich.  
24

25 Mit dem Ende des Verkehrsvertrags 2030 übernimmt auch auf dem Streckenbündel  
26 Nord-Süd-Tunnel die landeseigene S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft den Betrieb  
27 und die Instandhaltung des zugehörigen Teils des Fuhrparks.  
28

### 29 **Zusammenfassung**

30 Streckenbündel 1 (S-Bahn-Ring und südöstliche Zulaufstrecken):  
31 Verkehrsvertrag nach Ausschreibung von 2017 bis 2032  
32 Fahrzeuglieferung zwischen 2019 und 2022, vorausgehend die Auslieferung der  
33 Vorserie  
34 Übergang auf landeseigenes Betreiberunternehmen im Jahr 2032  
35

36 Streckenbündel 2 (Stadtbahn):  
37 Verkehrsvertrag mit S-Bahn Berlin GmbH von 2017 bis 2027  
38 Fahrzeuglieferung zwischen 2022 und 2025  
39 Übergang auf landeseigenes Betreiberunternehmen im Jahr 2027  
40

41 Streckenbündel 3 (Nord-Süd-Tunnel):  
42 Verkehrsvertrag mit S-Bahn Berlin GmbH von 2017 bis 2030  
43 Fahrzeuglieferung zwischen 2025 und 2028  
44 Übergang auf landeseigenes Betreiberunternehmen im Jahr 2030  
45

46 Der Betreiberübergang ist zur besseren Handhabung auf drei Termine für jedes  
47 Streckenbündel aufgeteilt. Dies ist keine feststehende Forderung, es wäre ebenso  
48 möglich alle drei Verkehrsverträge im Jahr 2032 enden zu lassen und den Übergang  
49 auf ein kommunales Betreiberunternehmen in einem Schritt durchzuführen. Die  
50 Vorgehensweise sollte gemeinsam mit dem zukünftigen Vorstand der landeseigenen  
51 S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft erarbeitet werden.  
52

53 Sollte die Bereitschaft seitens der S-Bahn Berlin GmbH bestehen, wäre es möglich,  
54 die S-Bahn Berlin GmbH bis zum Ende ihres letzten Verkehrsvertrags entweder 2030  
55 oder 2032, bei Gewinn der Ausschreibung des S-Bahn-Rings, mit der gesamten In-  
56 standhaltung der Fahrzeuge zu beauftragen, auch wenn der Betrieb auf einem Stre-  
57 ckenbündel schon an die landeseigene S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft überge-  
58 gangen ist. Dies ermöglicht die Übernahme der Fahrzeuginstandhaltung mit den  
59 Betriebswerken und dem Personal in einem Schritt.  
60

61 Sollte sich die laufende Ausschreibung nicht mehr dahingehend ändern lassen, dass  
62 der Fuhrpark ab Auslieferung von einem kommunalen Unternehmen gestellt wird,

01 ist das oben vorgeschlagene Vorgehen dennoch umsetzbar, nur eben mit der Ände-  
02 rung, dass der Fuhrpark für den ersten Verkehrsvertrag für den Betrieb des S-Bahn-  
03 Rings vom Betreiberunternehmen beschafft wird und nach Ende des Verkehrsver-  
04 trags in einem vereinbarten Zustand in den Besitz der landeseigenen S-Bahn Berlin  
05 Betriebsgesellschaft übergeht.

06

## 07 **Antrag 122/I/2013**

08 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

09 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

10

### 11 **Ausreichend Geld für Radverkehr und Zebrastreifen**

12 Die Mittel für den Ausbau von Zebrastreifen, für neue Radfahrstreifen auf den Stra-  
13 ßen und für neue Radwege und für die Unterhaltung bestehender Radwege für 2014  
14 und 2015 sind mindestens in der Höhe zu bewilligen, wie sie von Senator Michael  
15 Müller vorgesehen sind:

- 16 ■ Unterhaltung bestehender Radwege: 3,0 Millionen Euro pro Jahr
- 17 ■ neue Zebrastreifen: 1,3 Millionen Euro pro Jahr
- 18 ■ neue Radfahrstreifen auf den Straßen und für neue Radwege: 4,5 Millionen  
19 Euro pro Jahr

## 20 **Antrag 123/I/2013**

21 **KDV Mitte**

22 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

23

### 24 **Den Schwerlastverkehr in der Innenstadt verringern!**

25 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates und der betroffenen Bezirksämter  
26 werden aufgefordert Maßnahmen zu ergreifen um den Schwerlast- und LKW-  
27 Verkehr im Innenstadt von Berlin zu verringern. Zur Analyse der tatsächlichen Belas-  
28 tung soll ein Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben werden. Sollten hierbei Über-  
29 schreitungen der gesetzlich zulässigen Grenzwerte festgestellt werden, werden die  
30 sozialdemokratischen Mitglieder des Senates aufgefordert alle ihnen zur Verfügung  
31 stehenden Mittel auszuschöpfen (Durchfahrtsverbote für bestimmte Straßen, Ver-  
32 wendung von lärmabsorbierenden Straßenbelag, verstärkte Kontrollen).

33

## 34 **Antrag 148/I/2013**

35 **Abt. 03 | Reinickendorf**

36 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

37

38 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die Abgeordnetenhausfraktion  
39 der SPD werden aufgefordert bis zum 01.01.2014 das Berliner ÖPNV-Gesetz dahin-  
40 gehend zu ändern, dass die Verwendung der Finanzierungsmittel für den ÖPNV aus  
41 dem Entflechtungsgesetz nach Wegfall der Zweckbindung für Verkehr weiterhin im  
42 Land Berlin nur für verkehrliche Investitionen verwendet werden.

43

44

45

46

47

48

49

50

## 51 **ORGANISATION**

52

53

## 54 **Antrag 124/I/2013**

55 **KDV Spandau**

56 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

57

### 58 **Mitgliederbefragung zur Europawahl!**

59 Der Landesvorstand der SPD Berlin wird aufgefordert, bei mehr als einer Kandida-  
60 tin/einem Kandidaten für die Bundesliste zu den nächsten Wahlen zum Europäi-  
61 schen Parlament 2019 eine Mitgliederbefragung durchzuführen.

61

## 62 **Antrag 125/I/2013**

Überweisung an AH-Fraktion

Überweisung an FA XI Mobilität

Überweisung an AH-Fraktion und  
Berichtspflicht zum LPT II/2013

Überweisung an Landesvorstand

Annahme



- 01 **KDV Mitte**  
02 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
03 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
04  
05 **Partizipation leben**  
06 Der Parteivorstand wird aufgefordert den Zeitrahmen von der Vorstellung von The-  
07 sen, Leitanträgen, Wahl- und Parteiprogrammen so zu wählen, dass alle Gliederun-  
08 gen der Partei eine angemessenen Möglichkeit bekommen, die Themen zu diskutieren  
09 und etwaige Änderungsanträge zu formulieren und einzureichen.  
10  
11  
12 **Antrag 128/I/2013**  
13 **KDV Tempelhof-Schöneberg**  
14 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
15 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
16  
17 **Geschlechteridentität in Parteiformularen der SPD**  
18 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird aufgefordert, sämtliche Formulare  
19 der SPD und aller ihrer Gliederungen in Papierform und online zu ergänzen, in denen  
20 eine Angabe zum Geschlecht vorzunehmen ist.  
21 Neben den Kategorien „weiblich“ und „männlich“ werden die Möglichkeiten „keine  
22 Angabe“ oder einen Freitext einzufügen angeboten.  
23  
24  
25 **Antrag 129/I/2013**  
26 **KDV Tempelhof-Schöneberg**  
27 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
28 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
29  
30 **Rechtsschutz für die Gliederungen**  
31 Der Landesvorstand der SPD Berlin verbessert die rechtliche Vertretung/ die rechtli-  
32 che Beratung der eigenen Gliederungen durch geeignete Maßnahmen, um deren  
33 wirksame Rechtsvertretung zu gewährleisten. Sollte dies nicht im Rahmen des Lan-  
34 desverbandes umsetzbar sein, wird der Bundesvorstand damit beauftragt, dies für  
35 die gesamte Partei zu tun.  
36  
37 **Antrag 132/I/2013**  
38 **KDV Tempelhof-Schöneberg**  
39 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
40 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
41  
42 **Ein weiterer Schritt zur barrierefreien Gesellschaft: Die SPD als Hörbuch**  
43 AnalphabetInnen und Menschen mit Sehbehinderungen sind im Alltag sowie in der  
44 Nutzung politischer Informationsmöglichkeiten stark eingeschränkt.  
45 Wir möchten diese Menschen in ihrem Recht auf politische Teilhabe und Meinungs-  
46 bildung unterstützen und prüfen daher die Veröffentlichung unseres Grundsatzpro-  
47 grammes, unserer Regierungsprogramme auf Bundes- und Landesebene sowie In-  
48 formationen über die KandidatInnen der SPD bei Landtags- und Bundestagswahlen  
49 als Hörbuch.  
50  
51 **Antrag 134/I/2013**  
52 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**  
53 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
54 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**  
55  
56 **Keine Soziale Gerechtigkeit ohne soziales Handeln**  
57 **Glaubwürdiger Wahlkampf funktioniert nur mit fair gehandelten Wahlkampfmate-**  
58 **rialien**  
59 Die SPD strebt auf allen politischen Ebenen an, künftig fair gehandeltes Material (per  
60 Siegel) für ihren Wahlkampf, ihre Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliederwerbung ein-  
61 zusetzen. Dabei müssen ökologische Nachhaltigkeitskriterien ebenso berücksichtigt  
62 werden wie die sozialen Produktionsbedingungen.

Annahme in der Fassung der AK

Rücküberweisung an Antragstel-  
ler zur Konkretisierung

Annahme in der Fassung der AK

Annahme

01  
02  
03  
04  
05  
06  
07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62

Das heißt:

- kurze Transportwege statt Fernreisen
- keine Kinderarbeit
- kein Lohndumping
- möglichst kein Erdöl
- Sozialbanken bevorzugen
- etc. (entsprechend Vorgaben für Fair-Trade- und Biosiegeln)

## **Antrag 135/I/2013**

### **KDV Mitte**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### **Aufruf „Morgen am Straußberger Platz“**

Wir begrüßen und unterstützen den Aufruf "Morgen am Straußberger Platz" und die Demonstration vom Straußberger Platz zum Bundesfinanzministerium (Leipziger/Wilhelmstraße) aus Anlass des 60. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953.

Entwurf des Aufrufs, der bisher vom Deutschen Gewerkschaftsbund Bezirk Berlin-Brandenburg, der IG BAU (Bau - Agrar - Umwelt) und der Vereinigung (AK) 17. Juni 1953 e.V. unterstützt wird.

## **RECHTSEXTREMISMUS**

### **Antrag 136/I/2013**

#### **Abt. 11/05 Friedrichsfelde**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### **Volle Ausfinanzierung des Projektes „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlin – Dokumentation und Analyse“ – Finanzielle Mittelkürzung sofort rückgängig machen**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senates werden aufgefordert, die finanzielle Mittelkürzung für das Projekt „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den kommunalen Gremien Berlin – Dokumentation und Analyse“ des Vereins für Demokratische Kultur e.V. (vdk) zurückzunehmen. Das Projekt soll mindestens bis zum Ende der aktuellen Legislatur vom Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlung und mindestens mit den Finanzmitteln aus den Vorjahren ausgestattet werden.

### **Antrag 138/I/2013**

#### **Jusos Berlin**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### **Rassismus zerstört Vertrauen - Vier Schritte, die die Berliner Polizei jetzt gehen muss**

Das Verhalten der Polizei im Falle der NSU-Morde und anderer rechter Übergriffe und Terrorakte war und ist auch durch eine unerträgliche Mischung aus Verharmlosung, Ignoranz und rassistischer Vorannahmen gekennzeichnet. Das Vertrauen vieler Menschen in die Polizei wurde dadurch nachhaltig zerstört. Die Einsicht in das Fehlverhalten, ein grundlegendes Umdenken und konkrete strukturelle Konsequenzen für die Polizeiarbeit sind heute dringend notwendig. Deshalb schließen wir mit diesem Forderungskatalog an unseren bereits beschlossenen „10-Punkte-Plan gegen Rechts“ an und verlangen strukturelle Verbesserungen in den Sicherheitsbehörden:

#### **1. Einstellungsforschung**

Vom Antragsteller zurückgezogen

Überweisung an AH-Fraktion

Überweisung an FA III - Innen- und Rechtspolitik

01 Rassistische Motivationen wurden bei den Ermittlungen zu den NSU-Morden systematisch unterbewertet oder vorschnell ausgeschlossen. Stattdessen wurden primär  
02 Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen im Ausland verdächtigt. Diese  
03 stereotype und von Vorurteilen geprägte Vorgehensweise deutet auf ein Handlungs-  
04 problem in der Polizei hin. Vor dem Hintergrund, dass heute etwa 8,2 Prozent der  
05 deutschen Bevölkerung ein geschlossen rechtsextremes Weltbild aufweisen, sind  
06 auch für die Polizei valide Daten erforderlich, wo unzureichende Sensibilität im Hin-  
07 blick auf Rassismus besteht.

08  
09 Die letzte Studie dieser Art stammt aus dem Jahr 1996. Aktuellere Erfassungen lie-  
10 gen nicht vor, dies ein unhaltbarer Zustand. Entsprechende Studien müssen in re-  
11 gelmäßigen Abständen durchgeführt werden um eine sinnvolle Konzipierung der  
12 Aus- und Weiterbildungsprogramme der Polizei zu gewährleisten gegebenenfalls  
13 bestehende Bildungsmöglichkeiten zu überarbeiten.

14

## 15 **2. Aus- und Weiterbildung**

16 Die Behörde muss dem Umstand begegnen, dass auch bei ihren Mitarbeiter/innen  
17 rassistische Ressentiments vorhanden sind. Das darf nicht als Tabuthema behandelt  
18 werden. In Aus- und Weiterbildung können stereotype und rassistische Vorurteile  
19 hinterfragt und die Sensibilisierung gegenüber Betroffenen erhöht werden. Der  
20 Europäische Kodex der Polizeiethik hält fest: „In der polizeilichen Ausbildung wird  
21 umfassend berücksichtigt, dass eine Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von  
22 Rassismus und Fremdenfeindlichkeit notwendig ist.“ Die Auseinandersetzung mit  
23 Diskriminierung sowie mit aktuellen Codes der rechtsextremen Szene muss mit  
24 Nachdruck und verbindlich in das Curriculum des Polizeidienstes aufgenommen und  
25 in beruflichen Weiterbildungen nachhaltig weiterverfolgt werden.

26

## 27 **3. Interkulturelle Öffnung der Polizei**

28 Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund bei den Neueinstellungen  
29 konnte in Berlin von 6 Prozent im Jahr 2006 auf 22,9 Prozent im Jahr 2012 erhöht  
30 werden. Der Anteil Auszubildender mit Migrationshintergrund im gehobenen Dienst  
31 der Schutzpolizei liegt allerdings weiterhin bei nur 10 Prozent. Da gerade diese Ab-  
32 teilung auf der Straße oftmals in direktem Kontakt mit den von rechtsextremer und  
33 rassistischer Gewalt Betroffenen ist, ist es vor allem hier notwendig, diese Quote zu  
34 erhöhen. In Berlin muss die Vielfalt der Stadtgesellschaft auch in den Behörden der  
35 Strafverfolgung repräsentiert werden.

36

## 37 **4. Unabhängige Untersuchungs- und Beschwerdekommision**

38 Rassistisches Verhalten von Polizistinnen und Polizisten muss zukünftig systematisch  
39 aufgearbeitet und verhindert werden. Zudem muss sichergestellt werden, dass Ras-  
40 sismus als möglicher Tathintergrund bei den polizeilichen Ermittlungen konsequent  
41 in Betracht gezogen wird. Dazu sind eindeutige Anweisungen für Polizeibeamte  
42 notwendig. Zudem bedarf es der Einrichtung einer unabhängigen und kontinuierlich  
43 arbeitenden Kommission, die als Untersuchungs- sowie als Beschwerdestelle fun-  
44 giert. Diese Kommission kontrolliert und untersucht die Arbeit der Polizei und wird  
45 sowohl auf Anlass als auch aus eigenem Ermessen tätig. Sie muss ihre Ergebnisse in  
46 den politischen Raum kommunizieren. Erfahrungen insbesondere aus Großbritannien  
47 zeigen, dass diese Arbeit nur dann effektiv ist, wenn sie unabhängig – d.h. ohne  
48 institutionelle und hierarchische Verbindung zur Polizei – durchgeführt wird.

49

50

## 51 **RENTENPOLITIK**

52

53

54 **Antrag 139/I/2013**

55 **KDV Neukölln**

56 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

57

### 58 **Rentenpolitik – Minderung der Altersarmut**

59 Die Beschlüsse des Parteikonvents vom November 2012 zur Rentenpolitik werden  
60 hinsichtlich der beabsichtigten Minderung der Altersarmut dahingehend konkreti-  
61 siert, dass

62 1. zu prüfen ist, ob eine Fortgeltung des SGB VI §262 („Rente nach Mindestent-

Vertagt auf den LPT II/2013

- 01 geltpunkten“) auch nach dem 1.1.1992 verbindlich beschlossen und dabei ab-  
02 weichend vom bisherigen §262 die Bedingung „mindestens 35 Jahre mit ren-  
03 tenrechtlichen Zeiten“ ersatzlos gestrichen werden kann.“  
04 2. Auch sämtliche Renteneinkünfte – ebenso wie Einkünfte aus selbstständiger  
05 und nichtselbstständiger Arbeit – gemäß SGB XII §82 (3) zu 30% von der An-  
06 rechnung auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung abzuset-  
07 zen sind.  
08  
09  
10  
11

## 12 **SENIORENPOLITIK**

15 **Antrag 140/I/2013**

16 **AG 60 plus**

17 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

### 18 **Seniorenmitwirkung**

19 Die Fraktion der SPD im Abgeordnetenhaus Berlin und die sozialdemokratischen  
20 Mitglieder des Senats werden aufgefordert, unverzüglich eine Gesetzesvorlage ein-  
21 zubringen, die die Stärkung der Mitwirkungsrechte der Seniorinnen und Senioren am  
22 gesellschaftlichen Leben im Land Berlin besser regelt.  
23  
24

## 25 **VERSCHIEDENES**

28 **Antrag 141/I/2013**

29 **ASF Berlin**

30 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

### 31 **Forschungsvorhaben zur Lesbengeschichte**

32 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses  
33 und des Senats sowie des Bundestages und einer SPD-geführten Bundesregierung  
34 dazu auf, Forschungsarbeiten zur Geschichte lesbischer Frauen anzuregen und aktiv  
35 auf Universitäten, Hochschulen, andere Forschungseinrichtungen und Gedenkstät-  
36 ten zuzugehen, um sie für diese Forschungsvorhaben zu sensibilisieren. Dabei soll  
37 ein Schwerpunkt auf die Zeit des Nationalsozialismus und die frühe Bundesrepublik  
38 und frühe DDR gelegt werden.  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47

## 48 **WAHLEN**

51 **Antrag 142/I/2013**

52 **Jusos Berlin**

53 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

### 54 **U18-Wahl unterstützen!**

55 Die SPD Berlin unterstützt die U18-Wahl im Vorfeld der Bundestagswahl. Alle SPD-  
56 und Juso-Kreise sind dazu aufgerufen, Kinder- und Jugendbüros, Jugendeinrichtun-  
57 gen und andere Einrichtungen bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl  
58 tatkräftig zu unterstützen sowie eigene Veranstaltungen für unter 18jährige anzubie-  
59 ten. Der Juso Landesvorstand unterstützt dabei durch die Bereitstellung von Materi-  
60 al, Konzeptideen und soweit notwendig auch durch die Übernahme von Aufgaben im  
61 Zusammenhang mit den Veranstaltungen.  
62

Überweisung an AH-Fraktion

Annahme in der Fassung der AK

Annahme in der Fassung der AK

01  
02  
03  
04  
05  
06  
07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62

Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin dafür ein, das Wahlalter auf 16 zu senken und so die Beteiligung von jungen Menschen zu den Wahlen auf Landes-/Bundes- und Europaebene zu ermöglichen.

## **Antrag 143/I/2013**

### **Abt. 3 | Steglitz-Zehlendorf**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### **Legislaturperiode des Deutschen Bundestages verlängern**

Die Bundestagsfraktion und die Parteiführung der SPD werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Legislaturperiode des Deutschen Bundestages von vier auf fünf Jahre verlängert wird.

## **KONSENSLISTE**

### **Antrag 147/I/2013**

#### **Landesvorstand**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### **Konsensliste**

Die im Antragsbuch mit gekennzeichneten Empfehlungen der Antragskommission wurden im Konsens ausgesprochen. Der Landesparteitag stimmt diese mit gekennzeichneten Anträge en bloc ab.

## **RESOLUTION**

### **Resolution 1:**

#### **Landesvorstand**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

#### **Für einen Richtungswechsel auch in Europa!**

Das vereinte Europa ist ein Friedensprojekt und eine demokratische und soziale Wertegemeinschaft. Deshalb macht sich die EU mit den Mitteln der Diplomatie und des Dialogs weltweit für den Erhalt und den Ausbau von Demokratie, Menschenrechten und sozialer Sicherheit stark. In Zeiten der Globalisierung sehen wir in der EU die einzige Möglichkeit, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in unserer Gesellschaft zu erhalten und auszubauen.

Wir stehen zu einem Europa, in dem alle Mitgliedstaaten gleichberechtigt zusammenarbeiten. Wir verurteilen eine Haltung, die das deutsche Wirtschaftsmodell und die deutsche Krisenpolitik anderen Mitgliedstaaten aufzwingen will. Eine Union kann nur bestehen, wenn sich alle gegenseitig respektieren und bereit sind, voneinander zu lernen. In diesem Sinne fordern wir mehr denn je die Umsetzung des europäischen Leitgedanken, der die unterschiedlichen Lebensweisen in Europa begrüßt: „In Vielfalt geeint“.

Europapolitik hat unmittelbare Auswirkungen auch auf Berlin. Es geht um ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, und nicht des Finanzkapitalismus. Dafür setzt sich die Berliner SPD auf allen Ebenen ein. Wir wollen die soziale Spaltung überwinden, gute Arbeit schaffen und den Finanzkapitalismus bändigen. Es geht um einen Politikwechsel – in Deutschland, und in Europa.

Um diesen umzusetzen, bedarf es auch einer anderen Politik im Europaparlament. Denn dort werden zahlreiche Entscheidungen, die die Menschen direkt hier in Berlin betreffen, getroffen.

Wir betonen: Die Krise in der Eurozone ist in erster Linie eine Banken- und Finanzkrise, und keine Staatsschuldenkrise! Wie sich an den Beispielen Spanien und Irland belegen lässt, sind selbst Staaten, die nach den Kriterien der Wirtschafts- und Währungsunion vorbildlich gewirtschaftet haben, nun im Sog der Krise und müssen zu

**Vertagt auf LPT II/2013**

**Annahme**

**Annahme in der Fassung des  
Parteitages**

01 hohe Zinsen auf ihre Staatsanleihen zahlen. So wichtig das grundlegende Ziel einer  
02 Reduzierung zu hoher Staatsverschuldung ist, die extrem in die Höhe geschossenen  
03 Staatsschulden sind eine direkte Konsequenz aus der Rettung systemrelevanter  
04 Banken und staatlicher Konjunkturpakete in der globalen Finanz- und Wirtschaftskri-  
05 se 2007-2009. Allein in Deutschland belaufen sich die Kosten der Finanzkrise auf  
06 über 200 Mrd. Euro.

07

08 Daraus gilt es Konsequenzen zu ziehen:

09 Statt Austeritätspolitik brauchen wir eine Politik für Wachstum und Beschäftigung in  
10 Europa. Dazu gehört ein Europäischer Investitions- und Aufbaufonds. Er ist insbe-  
11 sondere aus Mitteln der Finanztransaktionssteuer, Umschichtungen im EU-Haushalt  
12 und einer zumindest europäisch koordinierten Vermögensabgabe zu füllen. Ein  
13 europäischer Schuldentilgungsfonds hilft Mitgliedstaaten mit hoher Verschuldung,  
14 wieder auf einen nachhaltigen Wachstumskurs zu kommen.

15 Wir müssen Schluss machen mit Privatisierung der Gewinne, und der Sozialisierung  
16 der Verluste der Banken und Finanzmarktakteure! Wir brauchen einen von den  
17 Banken finanzierten europäischen Bankenfonds. Die Trennung des Investment- vom  
18 Geschäftsbanking. Das Verbot unnötiger Derivate und der Spekulation mit Lebens-  
19 mitteln. Kurz: Eine Finanzmarktregulierung, die diesen Namen verdient.

20 Zu Recht beschreitet Berlin den Weg der Rekommunalisierung von Wasser und  
21 Stromversorgung. Das heißt dann aber auch: Lebensnotwendige Leistungen der  
22 Daseinsvorsorge dürfen keinem Privatisierungszwang seitens der EU unterliegen! Die  
23 sog. Konzessionsrichtlinie, die im Ergebnis zu einem Privatisierungszwang bei der  
24 Wasserversorgung führen wird, ist überflüssig und muss jedenfalls nachgebessert  
25 werden!

26

27 Wir müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt stellen, nicht  
28 den Binnenmarkt! Die Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa muss wieder  
29 ins Zentrum der EU-Politik rücken. Dazu sollte ein Sozialer Stabilitätspakt eingerich-  
30 tet werden, der gemeinsame Rahmenregeln für Mindestlöhne, die Höhe der Sozial-  
31 ausgaben und eine Harmonisierung der Unternehmenssteuern, verbindlich und  
32 orientiert an der jeweiligen Wirtschaftsleistung eines jeden Mitgliedstaats, vorgibt.

33

34 Mindeststeuersätze und eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für Unterneh-  
35 menssteuern müssen endlich kommen, um Steuerhinterziehung und – umgehung zu  
36 beenden! Diese Mittel – bis zu eine Billion Euro – fehlen nämlich heute in Berlin für  
37 Straßen und Kitas!

38

39 Wir treten dafür ein, die politische Legitimität sowohl des Europäischen Parlaments  
40 als auch der Europäischen Kommission zu stärken. Dazu gehört auch, die Wahl des  
41 Präsidenten oder der Präsidentin der EU-Kommission unmittelbar mit der Entschei-  
42 dung der Wählerinnen und Wähler bei den Europawahlen zu verknüpfen.

43

44 Außerdem sollten neben dem Präsidenten oder der Präsidentin auch weitere Mit-  
45 glieder der Europäischen Kommission unter Berücksichtigung des Europawahlergeb-  
46 nisses aus den Reihen des Europäischen Parlaments ausgewählt werden können, um  
47 die demokratische Legitimität der Kommission zusätzlich zu erhöhen.

48

49 Keine Festung Europa! Das Europäische Einwanderungs- und Asylrecht ist zu huma-  
50 nisieren. Wir brauchen echte Solidarität in Europa, und müssen die Drittstaatenrege-  
51 lung überwinden. Dazu gehört auch: Die Mittel für den Agrarhaushalt sind zu sen-  
52 ken, statt damit Dumpingexporte in Entwicklungsländer zu finanzieren!

53

54 Europa braucht eine Wende in der Verkehrspolitik in Richtung Schiene. Wir fordern  
55 eine starke Berücksichtigung der transeuropäischen Vorrangnetze im Schienenver-  
56 kehr in die nationalen Planungen.

57

58 Wir brauchen eine ehrgeizige europäische Klima- und Energiepolitik – auch nach  
59 2020. Dies erfordert eine frühzeitige dynamische Debatte über einen klaren politi-  
60 schen Rahmen bis 2030. Die Möglichkeiten beim Ausbau der erneuerbaren Energien,  
61 der Verbesserung der Energieeffizienz und der Reduzierung unserer CO<sub>2</sub>-Emissionen  
62 sind längst nicht ausgeschöpft. Im Gegenteil: Sie müssen weiterhin rechtsverbindlich

01 und zielorientiert im Fokus einer europäischen Energie- und Klimapolitik stehen.  
02 Klarheit und europäische Koordinierung sind mehr denn je notwendig, um die Wett-  
03 bewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken

04

05 Ein freies Internet verbindet Menschen, gerade in Europa – wir stehen für digitale  
06 Teilhabe statt Monopol- und Verwerterinteressen. Google, Facebook&Co dürfen  
07 nicht entscheiden, was mit unseren Daten geschieht. Es gibt auch ein Recht auf  
08 Vergessen im Netz!

09

10 **Resolution 2:**

11 **Jürgen Murach (AG Polen)**

12 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

13

14 **Resolution zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Sozialdemokraten im**  
15 **Europawahlkampf**

16 Die SPD Berlin begrüßt die Kolberger Resolution der SPD Abgeordnetenfraktion zur  
17 Entwicklung des deutsch-polnischen Wirtschaftsraumes der Oder-Partnerschaft. Die  
18 SPD Berlin begrüßt auch den Vorschlag unserer polnischen Schwesterpartei SLD  
19 Westpommern, auf Grundlage der Kolberger Tagung ein gemeinsames Aktionspro-  
20 gram zu erarbeiten und dieses mit der Europakandidatin/dem Europakandidaten  
21 der SPD Berlin und dem Europa-Kandidaten der polnischen Sozialdemokraten für  
22 Westpommern und Lubuskie Boguslaw Liberadzki (Mitglied für die S&D-Fraktion im  
23 Verkehrsausschuss des Europa-Parlaments) medienwirksam in Berlin und Stettin zu  
24 präsentieren. Das Aktionsprogramm sollte unter Mitwirkung der Fachausschüsse  
25 und Experten beider Parteien erarbeitet werden und sollte u. a. Aussagen zur Ver-  
26 besserung der Bahnverbindungen von Berlin nach Stettin und Gorzów, zur besseren  
27 Schienenanbindung des zukünftigen Flughafens Willy Brandt und des Hafens von  
28 Stettin, zum Wiederaufbau der Bahnverbindung nach Swinemünde (Karniner Brü-  
29 cke), sowie Aussagen zu einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Ener-  
30 gie- und Umweltpolitik enthalten. Der Landesvorstand wird um entsprechende Ab-  
31 stimmungen mit dem Vorstand der SLD Westpommern gebeten.

32

33

34

## 35 **INITIATIVANTRÄGE**

36

37

38 **Initiativantrag 1:**

39 **ASF, Jusos**

40 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

41

42 **Keine Kürzungen beim Familienplanungszentrum BALANCE und der**  
43 **Lesbenberatung**

44 Wir fordern die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin dazu auf, dafür Sorge  
45 zu tragen, dass das einzurichtende Projekt zur psychologischen Betreuung von woh-  
46 nungslosen Frauen im laufenden Haushaltsjahr nicht zu Lasten bereits bestehender  
47 Projekte wie dem Familienplanungszentrum Balance und der Lesbianberatung  
48 (Gesundheitsversorgung von Lesben, bisexuellen Frauen und Trans\*) vom Senat  
49 gefördert wird.

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

Annahme

Annahme